

An die Vorsitzende des Stadtrates und die Fraktionsvorsitzenden

Terminkette zu erneuten Beratungen zur Haushaltssatzung und zur Haushaltskonsolidierung

- 20.01.2016 Beratung mit den Fraktionsvorsitzenden
- 17.02.2016 Haupt- und Finanzausschuss
- 16.03.2016 Haupt- und Finanzausschuss (außerplanmäßig)
- 20.04.2016 Haupt- und Finanzausschuss
- 17.05.2016 OR Stadt Gernrode
- 26.05.2016 OR Bad Suderode
- 31.05.2016 WVL
- 02.06.2016 KTS
- 09.06.2016 BauQ
- 15.06.2016 HFA
- 23.06.2016 Stadtrat

Frank Ruch
Oberbürgermeister



Landkreis Harz • Postfach 15 42 • 38805 Halberstadt

Welterbestadt Quedlinburg
Der Oberbürgermeister
Markt 1
06484 Quedlinburg

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom: 10.12.2015
Mein Zeichen: 15 12 00 - 15
Meine Nachricht vom:
Fachbereich: Landrat
Fachdienst: Kommunalaufsicht/Wahlen
Bearbeiter: Frau Grams
Telefon: (03941) 5970-4568
Fax: (03941) 5970-4626
E-Mail: Heidrun.Grams@kreis-hz.de
Ort: 38820 Halberstadt
Straße: Friedrich-Ebert-Str. 42
Haus / Zimmer Nr.: I/216
Datum: 08.01.2016

DA: M. 1. 16

Haushaltssatzung und Haushaltskonsolidierungskonzept der Welterbestadt Quedlinburg für das Haushaltsjahr 2016 hier: Rücknahme des Genehmigungsantrages vom 07.01.2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

die am 03.12.2015 beschlossene Haushaltssatzung der Welterbestadt Quedlinburg wurde dem Landkreis Harz am 10.12.2015 zur Prüfung vorgelegt. Die Haushaltssatzung ist bezüglich des in § 4 festgesetzten Höchstbetrages der Liquiditätskredite gem. § 110 Abs. 2 KVG LSA genehmigungspflichtig, da dieser ein Fünftel der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit im Finanzplan übersteigt.

Im Ergebnis der Prüfung der vorgelegten Unterlagen wurde festgestellt, dass die vom Stadtrat der Welterbestadt Quedlinburg in seiner o. g. Sitzung gefassten Beschlüsse Nr. BV-StRQ/065/15 über die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 und Nr. BV-StRQ/075/15 über das Haushaltskonsolidierungskonzept gemäß § 146 Abs. 1 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288) in der derzeit geltenden Fassung zu beanstanden sind, da sie das Gesetz verletzen.

Über das Ergebnis der Prüfung wurde der Oberbürgermeister der Welterbestadt Quedlinburg am 07.01.2016 fermündlich in Kenntnis gesetzt. Daraufhin wurde der Antrag der Welterbestadt Quedlinburg zur Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 vom 10.12.2015 durch den Oberbürgermeister noch am 07.01.2016 zurückgezogen.

Für die zwingend erforderliche Überarbeitung sowohl des Haushaltsplanes 2016 und insbesondere auch des Haushaltskonsolidierungskonzeptes werden nachfolgende Hinweise gegeben.

Nach § 98 Abs. 3 Satz 1 KVG LSA ist der Haushalt in jedem Haushaltsjahr in Planung und Rechnung der Erträge und Aufwendungen (Ergebnishaushalt) auszugleichen. Nach Satz 2 dieser Vorschrift ist er ausgeglichen, wenn die Erträge die Höhe der Aufwendungen mindestens erreichen.

Satz 1 gilt als erfüllt, wenn ein Fehlbetrag in Planung und Rechnung durch die Inanspruchnahme der durch Ergebnisüberschüsse gebildeten Rücklage möglich ist.

Der Ergebnisplan weist einen Jahresfehlbedarf i.H.v. 1.709.100 EUR aus. Damit verstößt die Welterbestadt Quedlinburg gegen obige gesetzliche Vorschrift und gefährdet damit die stetige Aufgabenerfüllung gem. § 98 Abs. 1 KVG LSA.

Gemäß Erlass des Ministeriums für Inneres und Sport vom 20.12.2012, geändert mit Erlass vom 22.11.2013 ist es jedoch für 3 Jahre zulässig, negative Jahresergebnisse mit der Rücklage aus der Eröffnungsbilanz in Höhe der bilanziellen Abschreibungen abzüglich der Sonderposten zu verrechnen.

Trotz dieser Ausnahmeregelung ist es der Stadt nicht gelungen, einen Ausgleich im Haushaltsjahr 2016 darzustellen. Eine Ergebnissrücklage in entsprechender Höhe ist nicht vorhanden.

Entsprechend des § 98 KVG LSA i.V.m. § 8 Abs. 3 der Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO) vom 16.12.2015 gilt die gesetzliche Verpflichtung zum Ausgleich auch für die mittelfristige Ergebnisplanung. Die Welterbestadt Quedlinburg weist für die Jahre 2017 bis 2019 jährlich neue strukturelle Fehlbeträge i.H.v. ca. 2.500.000 EUR bis 3.072.000 EUR aus. Der kumulierte Fehlbedarf wird nach den derzeitigen Planzahlen im Jahr 2019 ca. 9.000.000 EUR betragen.

Gemäß § 100 Abs. 3 KVG LSA ist ein Haushaltskonsolidierungskonzept zu erstellen, wenn der Haushaltsausgleich entgegen den Grundsätzen des § 98 Abs. 3 KVG LSA nicht erreicht wird. Die Pflicht zur Erstellung entsteht, wenn ein Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses nach den Absätzen 1 und 2 des § 23 KomHVO nicht möglich ist, das heißt, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen den Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge übersteigt und die aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses des Ergebnisplanes gebildete Rücklage zum Haushaltsausgleich nicht ausreicht.

Das Haushaltskonsolidierungskonzept dient dem Ziel, die künftige, dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu erreichen. Der Haushaltsausgleich ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt wiederherzustellen, spätestens jedoch im fünften auf das letzte Finanzplanungsjahr folgenden Jahr. Im Haushaltskonsolidierungskonzept ist der Zeitraum festzulegen, innerhalb dessen der Haushaltsausgleich wieder erreicht werden kann.

Dabei sind die Maßnahmen darzustellen, durch die die in der Vermögensrechnung und im Ergebnisplan ausgewiesenen Fehlbeträge abgebaut und das Entstehen eines neuen Fehlbetrages in künftigen Jahren vermieden werden sollen.

Die dargestellten Maßnahmen sind für die Kommune grundsätzlich verbindlich. Abweichungen von diesen bindenden Festlegungen und die jährlichen Fortschreibungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind nur zulässig, wenn das Haushaltskonsolidierungsziel auf andere Weise erreicht wird oder sich die Planungsgrundlagen rechtlich oder tatsächlich ändern.

Das vom Stadtrat beschlossene Haushaltskonsolidierungskonzept kann bis zum Jahr 2024 selbst den strukturellen Ausgleich nicht aufzeigen. Bis zum Ende des Konsolidierungszeitraums 2024 kann daher auch nicht mit dem Abbau der bis zu diesem Zeitpunkt aufgelaufenen Fehlbeträge begonnen werden.

Im Haushaltsjahr 2015 war der Welterbestadt Quedlinburg die Erstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes freigestellt, da sie in Anwendung des Erleichterungserlasses den Haushaltsausgleich aufzeigen konnte.

Leider hat die Stadt trotz der bereits zu diesem Zeitpunkt bestehenden gravierenden Probleme nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, eigenständig ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen und zu beschließen, obwohl es die angespannte Haushaltslage auch hier schon erforderlich gemacht hätte.

Das beschlossene Haushaltskonsolidierungskonzept kann nach eingehender Prüfung nicht akzeptiert werden. Weist der Ergebnisplan im Haushaltsjahr 2016 einen Fehlbetrag von 1.709.100 EUR auf, so sind es nach der „Konsolidierung“ im Haushaltsjahr 2024 3.514.410 EUR, also mehr als der doppelte Fehlbetrag des Jahres 2016.

Zu berücksichtigen ist auch, dass die Stadt im Haushaltsjahr 2016 ein Darlehen i.H.v. 997.400 EUR im Rahmen von STARK II umgeschuldet hat. Die Welterbestadt Quedlinburg hat hier einen Tilgungszuschuss von 299.600 EUR erhalten.

Durch den zu erwartenden Tilgungszuschuss aus dem STARK II Programm i.H.v. 299.600 EUR kann die Welterbestadt Quedlinburg ihr Ergebnis um diesen Betrag verbessern. Ohne den Tilgungszuschuss würde der Fehlbedarf sogar 2.008.700 EUR betragen.

Das Konzept 2016 umfasst wie in den Jahren zuvor, zuletzt im Haushaltsjahr 2014, vorwiegend Absichtserklärungen, aber keine konkreten abrechenbaren Maßnahmen.

Der beschlossene Maßnahmenkatalog enthält Maßnahmen, die in 3 Kategorien eingeteilt worden sind:

Kategorie 1: Beschluss zur Umsetzung der Maßnahmen bereits gefasst – **3 Maßnahmen**

Kategorie 2: Maßnahmen- bzw. Prüfauftrag bereits ausformuliert, mögliche Auswirkungen darstellbar, Maßnahmenblatt liegt vor – **10 Maßnahmen**

Hierzu gehört auch die Maßnahme 13 – Personalkosteneinsparung durch Geschäftsprozessoptimierung –. Bis zum Jahr 2023 sollen lt. Konzept Personalkosten i.H.v. 1.900.000 EUR eingespart werden. Wie das erfolgen soll, bleibt offen.

Entgegen der angegebenen Personalkosteneinsparung in v.g. Höhe steigen die Personalaufwendungen von 14.813.900 EUR im Jahr 2016 auf 15.687.900 EUR im Jahr 2019, das bedeutet eine Steigerung um 874.000 EUR. Der Vergleich des Jahres 2016 zum Jahr 2024 weist eine Steigerung der Personalkosten um 183.310 EUR aus.

In diesem Sinne könnte man Maßnahme für Maßnahme aufführen, da diese erst einer Prüfung unterzogen werden sollen. Bei den Maßnahmen 1;2;4;5;6;7 und 21 sind keine finanziellen Auswirkungen dargestellt.

Im Hinblick auf die geplante Personalkosteneinsparung weise ich zudem darauf hin, dass die Vorlage eines nachvollziehbaren Personalentwicklungskonzeptes gemäß Ziff. 3.2. des RdErl. vom 24.09.2004 –Hinweise zur Haushaltskonsolidierung- zwingend erforderlich ist.

Zuletzt wurde ein solches Konzept vom Stadtrat der Stadt Quedlinburg mit Beschluss Nr. BV-StRQ/012/12 am 12.04.2012 beschlossen.

Kategorie 3: Diese Maßnahmen können keinesfalls als Konsolidierungsmaßnahmen akzeptiert werden, da sie erst nach Beschluss des Stadtrates zum Haushaltskonsolidierungskonzept überhaupt erst einmal einer Prüfung unterzogen werden sollen. Die Realisierung soll dann „zeitnah“, dargestellt werden. **-11 Maßnahmen, also der größte Anteil der aufgeführten Maßnahmen.**

Für die Maßnahmen der Kategorie 3 wurden nicht einmal Maßnahmenblätter erarbeitet, sicher im Hinblick darauf, dass keine finanziellen Auswirkungen dargestellt werden können.

Das betrifft die Maßnahmen 11; 14 bis 20 und 22 bis 24.

Im Konzept 2016 konnten bei der Prüfung gegenüber 2014 und früher keine neuen effektiven Maßnahmen festgestellt werden.

Besonders aufschlussreich ist die der Niederschrift zu TOP 7.3. Haushaltskonsolidierungskonzept beigefügte Liste „Mögliche Maßnahmen 2016 – Diskussionsgrundlage“.

Hier standen 29 Maßnahmen zur Diskussion, von denen 24 Maßnahmen in den endgültigen Maßnahmenkatalog zur Haushaltskonsolidierung aufgenommen wurden – aber leider wurden die effektiven Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung gestrichen, so z. B.:

die Erhebung der Tourismusabgabe
Prüfung der Erhöhung der Realsteuerhebesätze
Veräußerung Geschäftsanteil HSB
Prüfung Reduzierung Winterdienst
Abschaffung Ortschaftsrat und Ortsbürgermeister ab 2019
Verringerung Verlustausgleich HSB
und die Reduzierung der Ausschüsse von 4 auf 3 Mitglieder.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass das beschlossene Haushaltskonsolidierungskonzept nicht den gesetzlichen Vorgaben des § 100 Abs. 3 KVG LSA entspricht. Einsparungen können bis zum Haushaltsjahr 2024 nicht dargestellt werden.

Trotz mehrfacher Aufforderungen in den vergangenen Haushaltsjahren wurde keine Aufgabenkritik bzw. -analyse (auch im pflichtigen Bereich) durchgeführt. Das Konzept enthält keinerlei Kürzungen im Bereich der freiwilligen Aufgaben, von denen noch eine Vielzahl vorhanden ist.

Zu den freiwilligen Aufgaben gehört auch der Verzicht zur Erhebung von kostendeckenden Gebühren für die Nutzung öffentlicher Einrichtungen.

Ein Haushaltskonsolidierungskonzept wird nur dann akzeptiert, wenn die einzelnen Maßnahmen nachvollziehbar dargestellt werden und die Summe dieser daraus entstehenden Mehrerträge/-einzahlungen bzw. Minderaufwendungen/-auszahlungen das Konsolidierungsziel schlüssig untersetzen.

Ein Haushaltskonsolidierungskonzept ist so zu konzipieren, dass aus den einzelnen haushaltskonsolidierenden Maßnahmen auf der Grundlage von konkreten Zahlen verbindliche Planziele abgeleitet werden können und in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung nachvollziehbar ihren Niederschlag finden.

Die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen sind im Einzelnen zu beschreiben und zu erläutern. Es kommt darauf an, jede Einzelmaßnahme darzustellen und ihre Umsetzung inhaltlich und zeitlich zu beschreiben. Die finanziellen Auswirkungen der einzelnen Umsetzungsschritte sind auf die Erträge und Aufwendungen der Haushalte des laufenden Jahres und der Folgejahre festzulegen. Die Gesamtdarstellung muss so erfolgen, dass sie durch die Kommunalaufsichtsbehörde nachvollziehbar ist und geprüft werden kann.

Die Verpflichtung zum Ausgleich des Finanzhaushaltes ergibt sich aus dem allgemeinen Haushaltsgrundsatz der Sicherung der Liquidität einschließlich der Finanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen aus Liquiditätsreserven nach § 98 Abs. 4 KVG LSA. Im Übrigen hat sich die mittelfristige Finanzplanung nach § 8 Abs. 3 KomHVO an den Grundsätzen des § 98 Abs. 3 KVG LSA auszurichten. Einzahlungen und Auszahlungen sollen so geplant werden, dass die Einzahlungen mindestens die Höhe der Auszahlungen erreichen.

Der Finanzplan weist einen Finanzmittelbedarf i.H.v. 3.079.900,00 EUR aus. Unter Berücksichtigung des tatsächlichen Kassenbestandes zum 01.01.2015 i.H.v. ca. – 21.854.039,00 EUR und den Finanzmittelfehlbedarfen in den Jahren 2017 bis 2019 wird dies im Jahr 2017 voraussichtlich zur Zahlungsunfähigkeit der Stadt führen, da der Liquiditätskreditrahmen für die dann fehlenden Finanzmittel i.H.v. ca. 28.614.539,00 EUR nicht mehr ausreichend wäre.

Bis zum Jahr 2019 entwickelt sich der Finanzbedarf auf über 36.000.000,00 EUR.

Die Finanzplanung weist mit den verschiedenen Salden die Fähigkeit der Kommune aus, ihre Aufgabenerledigung aus eigener Kraft zu finanzieren (dauernde Leistungsfähigkeit). Der Cash Flow aus laufender Verwaltungstätigkeit muss den Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit mit erwirtschaften. Ist dieser Cash Flow negativ, erfolgt eine Finanzierung des laufenden Geschäfts aus Krediten.

Die Welterbestadt Quedlinburg kann diese dauernde Leistungsfähigkeit nicht nachweisen, da der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit mittelfristig immer negativ ist und mithin auch keine Mittel für die ordentliche Tilgung zur Verfügung stellt.

Die Handlungsfähigkeit der Kommune setzt voraus, dass genügend finanzielle Mittel im Rahmen eines gesetzlich geordneten Haushaltswesens zur Verfügung stehen; also die Gemeinden nicht wesentlich schuldenfinanziert sind.

Ohne die notwendigen Geldmittel kann eine Gemeinde keine eigenverantwortlichen Entscheidungen treffen; die Selbstverwaltung in Finanzangelegenheiten ist eingeschränkt.

Da die Stadt über keine ausreichenden eigenen liquiden Mittel verfügt, sondern ihre Auszahlungen zu ca. 62 v.H. über Liquiditätskredite finanziert, wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass unter diesen Voraussetzungen sich Kreditaufnahmen zukünftig ausschließen.

Die Haushaltssatzung wäre bezüglich des in § 4 festgesetzten Höchstbetrages der Liquiditätskredite gem. § 110 Abs. 2 KVG LSA genehmigungspflichtig, da dieser ein Fünftel der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit im Finanzplan übersteigt.

Es wird darauf hingewiesen, dass durch eine Beanstandung der Haushaltssatzung der Liquiditätskreditrahmen nicht in Kraft tritt, sondern der Liquiditätskredit aus der zuletzt nicht beanstandeten Haushaltssatzung 2015, weiterhin Gültigkeit besitzt.

Es wird festgestellt, dass Liquiditätskredite keine Deckungsmittel zur dauerhaften Finanzierung von ungedeckten Auszahlungen bzw. von kameralen Altfehlbeträgen darstellen, sondern nur für einen zu überbrückenden Zeitraum bis zum Eingang geplanter Einzahlungen genutzt werden sollen.

Es wird erwartet, dass durch die Welterbestadt Quedlinburg zusammen mit der überarbeiteten Haushaltssatzung 2016 eine mittelfristige Finanz- bzw. Liquiditätsplanung vorgelegt wird, aus der sich eine Reduzierung, mindestens jedoch eine Stabilisierung auf dem heutigen Niveau des Liquiditätskreditvolumens nachvollziehbar ergibt.

Dazu hat die Stadt alle erforderlichen Maßnahmen zur Einzahlungsverbesserung auszuschöpfen und ihre Auszahlungen an den Anforderungen der vorläufigen Haushaltsführung (§ 104 Abs. 1 Kommunalverfassungsgesetz Sachsen-Anhalt) auszurichten sowie den Erlass des Ministeriums für Inneres und Sport über die „Kommunale Haushaltswirtschaft; Genehmigungspflicht des Höchstbetrages für Liquiditätskredite“ vom 23.02.2015 (MBI. LSA S. 160) anzuwenden.

Erforderlich ist eine verbindliche Planung, die mit dem für den Ergebnishaushalt gesetzlich geregelten Haushaltskonsolidierungskonzept zu verbinden oder bei nicht erforderlichem Konsolidierungskonzept entsprechend aufzubauen ist (§ 100 Abs. 3 Kommunalverfassungsgesetz Sachsen-Anhalt). Die Kommune hat dazu sämtliche in Betracht kommenden Maßnahmen tabellarisch darzustellen und die gebotenen Maßnahmen unverzüglich zu ergreifen, um den Liquiditätsbedarf zeitnah zu senken.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass die Welterbestadt Quedlinburg mit der Haushaltssatzung und dem Haushaltskonsolidierungskonzept gegen § 98 Abs. 1 - 4 KVG LSA verstößt. Auf Grund der Gesetzesverstöße kann die Kommunalaufsichtsbehörde entsprechend § 146 Abs. 1 KVG LSA die Beschlüsse beanstanden.

Hinweise der vergangenen Jahre führten nicht zur erforderlichen Einsicht der Stadt zur notwendigen Haushaltskonsolidierung. Offensichtlich ist der Stadt die Tragweite ihrer Haushaltsschiefelage, einschließlich der drohenden Zahlungsunfähigkeit nicht bewusst. Die negative Entwicklung der Stadt kann nicht mehr toleriert werden.

Es wird erwartet, dass die Stadt schnellstmöglich eine genehmigungsfähige Haushaltssatzung 2016 sowie ein rechtmäßiges Haushaltskonsolidierungskonzept erarbeitet und beschließt.

Die Welterbestadt Quedlinburg befindet sich weiterhin in der vorläufigen Haushaltsführung nach § 104 KVG LSA. Keinesfalls dürfen rechtliche Verpflichtungen erst geschaffen werden. Unter dem Begriff „Fortsetzung von Maßnahmen“ ist nicht zu verstehen, dass Planungsmaßnahmen den Beginn von Baumaßnahmen bedeuten oder anfinanzierte Projekte zwingend fortgesetzt werden müssen.

Die Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung sind restriktiv auszulegen. Es wird dringend empfohlen, dass der Oberbürgermeister alle Bediensteten hierauf sowie auf die rechtlichen Folgen der Nichtbeachtung hinweist.

Die Übernahme neuer freiwilliger Leistungen kommt während der vorläufigen Haushaltsführung nicht in Betracht.

Für die Überarbeitung des Haushaltsplanes werden weiterhin folgende Hinweise gegeben:

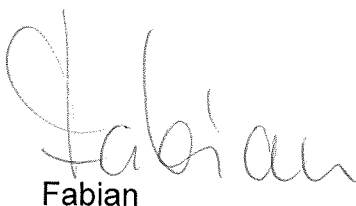
- Im Gesamtergebnisplan und der Übersicht über die zu übertragenden Verpflichtungsermächtigungen fehlen die nachrichtlichen Angaben gemäß dem verbindlichen Muster.
- Die Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten 2016 entspricht ebenfalls nicht dem verbindlichen Muster. Auch hier fehlen die nachrichtlichen Angaben.
Liquiditätshilfen gehören nicht zu Krediten zur Liquiditätssicherung, sondern zu sonstigen Verbindlichkeiten.
- Für die geplanten investiven Maßnahmen wurde keine Prioritätenliste vorgelegt. Die Prioritätenliste gibt Auskunft über die Dringlichkeit und Notwendigkeit der Maßnahmen.
Zur Aufstellung einer entsprechenden Liste verweise ich auf den RdErl. vom 24.09.2004 Ziff. 14. – Hinweise zur Haushaltskonsolidierung -.
- Es wird darauf hingewiesen, dass die Welterbestadt Quedlinburg Zuschüsse an Unternehmen nur leisten darf, wenn diese keine Beihilfe darstellen oder im Rahmen eines Notifizierungsverfahrens durch die EU – Kommission genehmigt worden sind.
- Des Weiteren liegt keine geprüfte Eröffnungsbilanz vor. Diese ist Grundlage für das System der doppelten Buchführung. Ohne die Eröffnungsbilanz fehlt die Grundlage für die Erstellung der Jahresabschlüsse. Somit ist eine ordnungsgemäße Prüfung der Beschlüsse über die Haushaltssatzungen nur eingeschränkt möglich.

Ziel der Stadt muss es sein, mit der Haushaltssatzung 2016 eine geprüfte bzw. mindestens vorläufige Eröffnungsbilanz vorzulegen. Sollte dies nicht erfolgen, wird eine Beanstandung der nächsten Haushaltssatzung zu prüfen sein.

- Sowohl der Beschluss über die Haushaltssatzung 2016 als auch der Beschluss zum Haushaltskonsolidierungskonzept enthält die Formulierung, dass der Beschluss mit sofortiger Wirkung in Kraft tritt.

Ich weise jedoch darauf hin, dass gemäß § 150 Abs. 1 KVG LSA Satzungen, Beschlüsse und andere Maßnahmen der Kommune, die der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde bedürfen, erst mit der Genehmigung wirksam werden.

Mit freundlichem Gruß
Im Auftrag


Fabian

08.01.2016 fa.



SACHSEN-ANHALT
Ministerium der Finanzen

Gesehen
und weitergeleitet
AZ: 15.12.09-15
11. Jan. 2016
Landkreis Harz
Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt
Postfach 3761 · 39012 Magdeburg
Im Auftrag *Grams*

Landesverwaltungsamt
Abteilung ☐ 1 ☒ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ 5 ☐ 6
Bitte um: 30. DEZ. 2015 *Belmer*
Rücksprache: ☐ vor Abgang zur Kenntnis: ☐
Bericht: ☐ Kenntnis nach Abgang: ☐
Anweisungswort: ☐ Teilnahme an Vertretung: ☐
Rückruf: ☐
bis zum:

Stadt Quedlinburg
Herrn Oberbürgermeister Frank Ruch
Markt 1
06484 Quedlinburg

Eingang: 12. Jan. 2016

Personen:

FB	FB 1	FB 2	FB 3	0.1	0.2
☒	☒	☒	☐	☐	☐

Umwandlung von Liquiditätshilfen in Bedarfszuweisungen

Hier: Ihr Schreiben vom 9. November 2015

Sehr geehrter Herr Ruch,

mit Schreiben vom 9. November 2015 baten Sie um die Umwandlung von Liquiditätshilfen der ehemals selbständigen Gemeinde Bad Suderode in Höhe von 14.616.958 EUR in Bedarfszuweisungen.

Eine Entscheidung über den bereits aus dem in diesem Zusammenhang vorliegenden Antrag aus dem Jahr 2009 sollte mit der Veräußerung des Kurei-genbetriebes getroffen werden. Laut Ihrem Schreiben vom 9. November 2015 ist die Liegenschaft nunmehr zum 8. Oktober 2015 zu einem Kaufpreis von 200.000 EUR veräußert worden. Einem Presseartikel der Volkstimme vom 12. Dezember 2015 war jedoch zu entnehmen, dass der ursprüngliche Käufer weitere juristische Schritte gegen Ihren Rücktritt aus dem vorherigen Kaufver-trag eingelegt hat. Hierzu bitte ich um eine Bewertung des Sachverhaltes.

Darüber hinaus bitte ich Sie, anhand der aktuellen Haushaltsunterlagen der Stadt Quedlinburg, nachzuweisen, dass es der Stadt nicht möglich ist, zumin-dest einen Teil der o. g. Liquiditätshilfen zurückzuzahlen.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Armann
Armann

Über
Landesverwaltungsamt
Kommunalaufsicht
Ernst-Kamieth-Str. 2
06112 Halle (Saale)
Und
Landkreis Harz
Kommunalaufsicht
Friedrich-Ebert-Str. 42
38820 Halberstadt

Landesverwaltungsamt
Eing.: 30. Dez. 2015
Akt. Anl. BL
Posteingang 2
206/1230.12.

Magdeburg, 28. Dezember 2015

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht:
fro vom 9. November 2015

Mein Zeichen: 2712-10611
Stadt Quedlinburg

bearbeitet von: Frau Wiezer

Tel.: (0391) 567-1045

Editharing 40 · 39108 Magdeburg

Telefon (0391) 567-01

Telefax (0391) 567-1195

E-Mail:

poststelle@mf.sachsen-anhalt.de

Landeshauptkasse Sachsen-Anhalt

Deutsche Bundesbank

Filiale Magdeburg

BLZ 810 000 00

Konto 810 015 00

BIC MARKDEF1810

IBAN DE2181000000081001500

Beschluss
öffentliche Sitzung vom 03.12.2015
Stadtrat Quedlinburg

TOP 7.2

Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Welterbestadt Quedlinburg für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: BV-StRQ/065/15

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung der Welterbestadt Quedlinburg für das Haushaltsjahr 2016 (Stand 30.11.2015) einschließlich der Empfehlung des WVLR vom 03.11.2015

geändert beschlossen

Ja 25 Nein 6 Enthaltung 2

Der Beschluss tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Auf Grund des § 33 Abs. 1 KVG LSA wurde kein Mitglied des Stadtrates Quedlinburg von der Abstimmung ausgeschlossen.



Dr. Sylvia Marschner
Vorsitzende des Stadtrates Quedlinburg



Frank Ruch
Oberbürgermeister
Welterbestadt Quedlinburg

Beschluss
öffentliche Sitzung vom 03.12.2015
Stadtrat Quedlinburg

TOP 7.3

Haushaltskonsolidierungskonzept zur Haushaltssatzung 2016
Vorlage: BV-StRQ/075/15

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt das geänderte Haushaltskonsolidierungskonzept zur Haushaltssatzung 2016.

geändert beschlossen

Ja 24 Nein 4 Enthaltung 5

Der Beschluss tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Auf Grund des § 33 Abs. 1 KVG LSA wurde kein Mitglied des Stadtrates Quedlinburg von der Abstimmung ausgeschlossen.


Dr. Sylvia Marschner
Vorsitzende des Stadtrates Quedlinburg




Frank Ruch
Oberbürgermeister
Welterbestadt Quedlinburg

Haushaltskonsolidierungskonzept der Welterbstadt Quedlinburg ab dem Haushaltsjahr 2016

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 03.12.2015 das Haushaltskonsolidierungskonzept der Welterbstadt Quedlinburg ab dem Haushaltsjahr 2016 beschlossen.

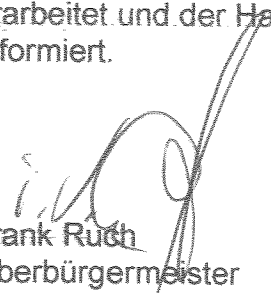
Das vorliegende Konzept besteht aus einem Maßnahmenkatalog, der Maßnahmen unterschiedlicher Kategorien enthält.

Kategorie 1 Beschluss zur Umsetzung der Maßnahmen bereits gefasst

Kategorie 2 Maßnahme bzw. Prüfauftrag bereits ausformuliert, möglich Auswirkungen darstellbar, Maßnahmeblatt liegt vor

Kategorie 3 Maßnahmen werden erst nach Beschluss des Stadtrates zur HHKK einer Prüfung unterzogen und die Realisierung zeitnah dargestellt

Zur Umsetzung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes wird ein konkreter Zeitplan erarbeitet und der Haupt- und Finanzausschuss wird regelmäßig über den Fortgang informiert.



Frank Ruch
Oberbürgermeister
Welterbestadt Quedlinburg

Maßnahmenkatalog zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Quedlinburg ab dem Haushaltsjahr 2016

Erträge

Lfd. Nr.	Konsolidierungsmaßnahme	mögliche finanzielle Auswirkungen	Kategorie
1	Prüfung der Veräußerung von Grundstücken mit dem Ziel der Einsparung von Bewirtschaftungskosten		2
2	Prüfung der Beiträge der städtischen Eigengesellschaften zur Haushaltskonsolidierung insbesondere - Erschließung von Synergien innerhalb der städtischen Gesellschaften - Steigerung der Ausschüttungsquote - Rücklagenauflösung - Überprüfung der Übertragung von Serviceleistungen der Verwaltung auf die städtischen Tochterunternehmen - kommunales Rechenzentrum	Erhöhung der Gewinnausschüttung durch effizienteres Arbeiten der städtischen Gesellschaften	2
3	Prüfung der Erhöhung weiterer örtlicher Steuern - Hundesteuer	bei Erhöhung um 8€/10€/10 € jährlich 10 T€ bereits realisiert, Beschluss am 03.12.15 gefasst	1
4	Ausweitung der maschinellen Straßenreinigung auf die Ortsteile		2

Aufwendungen/Auszahlungen

	Konsolidierungsmaßnahme	mögliche finanzielle Einsparungen	Kategorie
5	Mittelfristige Aufgabe des Schulstandortes GS Süderstadt	ca. 100 t€ jährlich	2
6	Optimierung der Standorte der Kinderbetreuung (Kitastandorte)	ca. 80 T€ jährlich	2
7	Positionierung zum Straßenbeleuchtungsvermögen – Übertragungsmöglichkeiten an die Stadtwerke prüfen		2
8	Energie, Wasser, Beleuchtung – Fortsetzung der Umstellung auf LED-Leuchtmittel in städtischen Objekten – Umstellung in den städtischen Museen	20 T€ jährlich	2
9	Reduzierung der Kosten bei Büchern und Zeitschriften	- 2,6 T€ jährlich	1
10	Verringerung Verlustausgleich QTM durch Veränderung der Gesellschaftsstruktur	- 80 T€ jährlich	2
11	Prüfung von Effizienzgewinnen durch interkommunale Zusammenarbeit insbesondere mit Thale, Ballenstedt und Blankenburg		3
12	Optimierung der Energielieferverträge	- 8 T€ jährlich	1
13	Personalkosteneinsparung durch Geschäftsprozessoptimierung	- 1,9 Mio € bis 2023	2
14	Erarbeitung eines Konzeptes für Hallenbad und Osterteich durch die Bäder Quedlinburg GmbH		3
15	Prüfung der Veräußerung des Gebäudes Hallenbad an die Bäder GmbH		3
16	Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Betreibung der Märkte durch die QTM		3
17	Erarbeitung von Steuersparmodellen, Bildung und Auflösung von BgA` der Stadt QLB		3
18	Outsourcing von Leistungen bei gleichem oder ähnlichem Leistungsumfang		3
19	Fremdvergabe Bewirtschaftung Parkplatz Fischteiche		3
20	Einführung digitalen Parksystem		3

21	Prüfauftrag zur Erstellung eines Konzeptes zur Weiterentwicklung der Museumslandschaft, Entwicklung eines Stiftsbergkonzeptes		2
22	Prüfung der Festsetzung von Gewerbesteuer für Domschatzmuseum		3
23	Veräußerung des Kaiserhofes bis 2017		3
24	Ausgliederung bestimmter Aufgabenfelder der QTM GmbH an Dritte		3

Nr.	zu- ständige(s) SG/ StSt	Produkt/ BUST	Maßnahmebezeichnung	Ausgabenreduzierungen/ Einnahmeverbesserungen in €									
				2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	gesamt
1		1.1.1.701.02/ 1008.682100	Veräußerung von Grundstücken										

Erläuterungen/ Bemerkungen:

Durch den Bereich Liegenschaften wurde eine Übersicht über nicht betriebsnotwendige Grundstücke und Gebäude erstellt. Diese Liegenschaften sollen einer Veräußerung zugeführt werden. Erste Ausschreibungen dazu sind bereits erfolgt. Dieses Verfahren soll im Laufe des Jahres sukzessive fortgesetzt werden. Unklarheit besteht hier allerdings über das Interesse am Markt und einen zu erzielenden Preis. Grundlage für eine Veräußerung soll der aktuelle Bodenrichtwert sein.

Durch eine Veräußerung von Grundstücken werden zukünftig auch Bewirtschaftungskosten und Personalkosten eingespart.

mögliche nachteilige Wirkungen:

keine

erforderliche Begleitmaßnahmen/ Voraussetzungen:

- Ausschreibungen bzw. Veröffentlichung des Vorhabens entsprechend der Grundstücksmittelteilung der EU
- Beschluss der städtischen Gremien entsprechend der Wertgrenzen

Nr.	zu- ständige(s) SG/ StSt	Produkt/ BUST	Maßnahmebezeichnung	Ausgabenreduzierungen/ Einnahmeverbesserungen in €									
				2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	gesamt
02			Beiträge der städtischen Eigengesellschaften zur Haushaltskonsolidierung		Beginn der Prüfung der weiteren Synergieeffekte								

Erläuterungen/ Bemerkungen:

Grundsätzlich kommen hier 3 Maßnahmebereiche in Betracht:

- a) Erschließung von Synergien innerhalb der städtischen Eigengesellschaften
- b) Steigerung der Ausschüttungsquote der jeweiligen Jahresabschlüsse
- c) Rücklagenauflösung (Eigenkapitalreduzierung)
- d) Überprüfung der Möglichkeiten der Übertragung von Serviceleistungen der Verwaltung auf die städtischen Tochterunternehmen (u.a. Straßenreinigung, Teile des Fuhrparkmanagements, Liegenschaftsmanagement)

Synergiepotentiale zwischen den Beteiligungen sowie zwischen den Beteiligungen und der Welterbestadt Quedlinburg resultieren aus der Optimierung der Gestaltung der Arbeitsabläufe

(Unternehmensübergreifende Zusammenarbeit) und dem Ausnutzen von Größenvorteilen gleichartiger Tätigkeit in größeren Einheiten. Hierbei steht die Prüfung der organisatorischen Vernetzung über eine Holding unter den aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen im Vordergrund. Die Reduzierung von Doppelstrukturen führt zu Synergien, denn einerseits ergeben sich Möglichkeiten der Auslastungsverbesserung durch Konzentration von Tätigkeiten. Andererseits ergeben sich aus betriebswirtschaftlicher Sicht Optimierungsmöglichkeiten aus Erfahrungseffekten mit einer Erhöhung der Anzahl gleichartiger Tätigkeiten.

Im Holdingmodell werden bestimmte Dienstleistungen für die Tochtergesellschaften erbracht, die im Rahmen der Konzernverrechnung den Tochtergesellschaften in Rechnung gestellt werden (unter anderem die technische und kaufmännische Betriebsführung).

Zwischen der Holding und ihren Tochtergesellschaften werden Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge abgeschlossen.

Gewinne und Verluste der einzelnen Gesellschaften werden in der Holding zusammengefasst.

Mit dem städtischen Haushalt bestehen bezogen auf die einzelnen Geschäftsjahre ergebnisbezogene Verflechtungen des Konzerns im Sinne von Gewinnausschüttungen oder Verlustzuschüssen.

Die operativen Aufgaben werden dabei weiterhin in den Tochtergesellschaften erbracht.

Hinzu kommen Überlegungen an welcher Stelle im „Konzern Stadt“, also bei welcher Organisationseinheit innerhalb der Kernverwaltung oder bei welcher Beteiligung eine Aufgabe optimal angesiedelt ist.

Bei Gewinnbeteiligungen stellt sich die Frage, ob eine regelmäßige Ausschüttung an den kommunalen Haushalt erfolgt und ob diese in Bezug zum eingesetzten kommunalen Eigenkapital der Höhe nach angemessen ist.

Dabei stellt sich auch die Frage, ob alle Einnahmemöglichkeiten im Kontext der Beteiligungen ausgenutzt sind, d.h. einerseits die Einnahmen der Beteiligungen und andererseits die Einnahmen der Welterbestadt von den Beteiligungen optimiert sind.

Eine Entnahme aus der Kapital- bzw. Gewinnrücklage zum Zwecke der Zuführung zum Haushalt der Welterbestadt Quedlinburg ist ein bedeutender Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

Gemäß § 29 GmbH Gesetzes haben die Gesellschafter Anspruch auf den Jahresüberschuss. Die Möglichkeit der Entnahme von Mitteln aus der Kapital- bzw. Gewinnrücklage und deren Verwendung für den städtischen Haushalt besteht bei einer Umwandlung in Stammkapital nicht mehr. Das Vermögen darf nach § 30 GmbH Gesetz, welches zur Erhaltung des Stammkapitals erforderlich ist, nicht an die Gesellschafter zurückgezahlt werden.

Eine Rücklagenauflösung ist in Betracht zu ziehen, wenn die Eigenkapitalquote vergleichsweise hoch ist und durch die Entnahme die Bestandssicherheit der Beteiligung nicht gefährdet wird.

besonders von der Maßnahme betroffen:

Die städtischen Eigengesellschaften; einschließlich die Bäder Quedlinburg GmbH.

Weitere Kooperationspartner der städtischen Eigengesellschaften

mögliche nachteilige Wirkungen:

Sind aus derzeitiger Sicht nicht erkennbar.

erforderliche Begleitmaßnahmen/ Voraussetzungen:

Begleitung der Maßnahme durch die Gremien der städtischen Eigengesellschaften (Geschäftsführer; Aufsichtsrat, Gesellschafterversammlung)Vorbereitung durch das städtische Beteiligungsmanagement.

Nr.	zu- ständige(s) SG/ StSt	betroffene HHST bzw. UA	Maßnahmebezeichnung	Ausgabenreduzierungen/ Einnahmeverbesserungen in €									
				2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	gesamt
4	4.3	5.4.5.101.02	Ausweitung der maschinellen Straßenreinigung auf die Ortsteile										

Erläuterungen/ Bemerkungen:

Die Übernahme der Maschinellen Straßenreinigung verkehrswichtiger und tourismusrelevanter Straßen und Straßenabschnitte in den Ortsteilen Stadt Gernrode und Bad Suderode ist mit den vorhandenen Kehrmaschinen der Stadt Quedlinburg möglich. Im Rahmen von Tourenplänen könnten Straßen in der Reinigungsklasse 3 (1 x wöchentlich) und in der Reinigungsklasse 4(2 x monatlich) eingeordnet werden.

Die Auflistung der zusätzlich zu reinigenden Straßen und Kehrmeter ist erfolgt. In der Stadt Gernrode sollen 24 Straßen und Plätze und in Bad Suderode 14 Straßen und Plätze regelmäßig gereinigt werden. Auf der Basis der neuen Gesamtkehrmeter muss noch die Berechnung der Straßenreinigungsgebühr, gestaffelt nach den 4 Reinigungsklassen, für alle zukünftig beteiligten Grundstücke in der Kernstadt und den Ortsteilen erfolgen.

Nach dem Beschluss zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung über die Neuaufnahme von Straßen und die neu berechneten Gebühren kann aus heutiger Sicht frühestens zum 01.04.2016 mit der Reinigung nach Tourenplan in den Ortsteilen begonnen werden.

Durch die Erweiterung der Kehrmeter verringern sich die Fixkosten pro Kehrmeter auch für den Eigenanteil der Stadt Quedlinburg, dieser steigt aber insgesamt durch die Zunahme der Kehrmeter. Unter Zugrundelegung der derzeit gültigen Gebühren wären bei Einbeziehung der angegebenen Straßen in den Ortsteilen Mehreinnahmen von geschätzten 21.500 zu erzielen. Dem stehen aktuell noch nicht zu beziffernde Mehrausgaben gegenüber.

Genaue Angaben über die zukünftigen Straßenreinigungsgebühren und die Entwicklung der Kosten können erst nach der Kalkulation gemacht werden.

besonders von der Maßnahme betroffen:

Die Maßnahme wirkt sich positiv auf die Sauberkeit der zukünftig zu reinigenden Straßen aus. Erfahrungsgemäß sind die maschinell gereinigten Straßen durchgehend und nachhaltig sauber. Durch die maschinelle Straßenreinigung werden die Mitarbeiter des Bauhofes entlastet, die momentan noch die anliegerfreien Flächen und die Straßen, deren Reinigung nicht übertragen werden kann, reinigen müssen. Es steht wieder mehr Zeit für die Durchführung von Arbeiten in der Straßenunterhaltung zur Verfügung.

Die Anlieger werden entlastet, da sie die Straßenreinigung bis zur Mitte der Fahrbahn nicht mehr selbst durchführen müssen. Von den Anliegern werden Straßenreinigungsgebühren erhoben.

mögliche nachteilige Wirkungen:

keine

erforderliche Begleitmaßnahmen/ Voraussetzungen:

Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren, Beschluss über die Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung

Nr.	zu- ständige(s) SG/ StSt	Produkt/ BUST	Maßnahmebezeichnung	Ausgabenreduzierungen/ Einnahmeverbesserungen in €									
				2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	gesamt
5			Mittelfristige Aufgabe des Schulstandortes GS Süderstadt										

Erläuterungen/ Bemerkungen:

Mit der Vorlage BV-StRQ/082/14 Festsetzung der Schulstandorte und Schulbezirke für das Schuljahr 2016/2017 hat die Welterbestadt Quedlinburg ihre Verantwortung bei der Anpassung der Schulbezirke und Schulstandorte an die demographische Entwicklung wahrgenommen. In der Grundschule Süderstadt wird zum Schuljahr 2016/2017 keine erste Klasse mehr gebildet. Der Schließungsbeschluss als formeller Akt für die Aufhebung des Schulstandortes wird vorbereitet. Derzeitig laufen die Gespräche mit der Schulbehörde, dem Stadtelternrat und dem Träger der Schulentwicklungsplanung.

mögliche nachteilige Wirkungen:

- Umverteilung der Schüler und des Lehrkörpers auf andere Einrichtungen

erforderliche Begleitmaßnahmen/ Voraussetzungen:

- Stadtratsbeschluss
- Änderung der Festsetzung der Schulstandorte

Nr.	zu- ständige(s) SG/ StSt	Produkt/ BUST	Maßnahmebezeichnung	Ausgabenreduzierungen/ Einnahmeverbesserungen in €									
				2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	gesamt
6			Optimierung der Standorte der Kinderbetreuung										

Erläuterungen/ Bemerkungen:

Die Welterbestadt Quedlinburg ihre Verantwortung auch bei der Vorhaltung von Kindertageseinrichtungen an die demographische Entwicklung wahrzunehmen.
In den Jahren 2016 und 2017 ist die Sanierung der Kindertagesstätte Süderstadt vorgesehen. In diesem Zeitraum sind alle Kindertageseinrichtungen vorzuhalten, da nicht von einer Sanierung im laufenden Betrieb ausgegangen wird.
Nach dem Abschluss der Sanierung im Jahr 2017 sollte unter Beachtung der demographischen Entwicklung über die Optimierung der Standorte der Kinderbetreuung nachgedacht werden.

mögliche nachteilige Wirkungen:

- Umverteilung der Kinder und des pädagogischen Personals auf andere Einrichtungen

erforderliche Begleitmaßnahmen/ Voraussetzungen:

- Stadtratsbeschluss

Nr.	zu- ständige(s) SG/ StSt	Produkt/ BUST	Maßnahmebezeichnung	Ausgabenreduzierungen/ Einnahmeverbesserungen in €									
				2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	gesamt
7			Endgültige Positionierung zum Straßenbeleuchtungsvermögen der Welterbestadt Quedlinburg – Übertragungsmöglichkeiten an die Stadtwerke Quedlinburg GmbH	Möglicher Beginn der Prüfung der Maßnahme									

Erläuterungen/ Bemerkungen:

Hier sollte aus Sicht eine endgültige Entscheidung herbeigeführt werden.

Ob die Übernahme des Straßenbeleuchtungsvermögens durch die Stadtwerke kostengünstiger für die Welterbestadt Quedlinburg ist, hängt unter anderem vom Personaleinsatz, von der Personalübernahme und den Möglichkeiten der Energieoptimierung ab.

Hierbei ist zu prüfen, ob die Stromsteuervorteile gegenüber den Umsatzsteuerbelastungen überwiegen. Stromsteuervorteile können entstehen, wenn die Lieferung von Strom und die Wartung der Leuchten und Leuchtstellen durch die Stadtwerke auf einen Vertrag zur Lieferung von Licht umgestellt werden. Dies führt zu einer entsprechenden Einsparung durch Ermäßigung von Stromsteuer, weil der Stromverbrauch dann als steuerbegünstigter Eigenverbrauch der Stadtwerke eingeordnet werden könnte.

Zusätzlich sind die Stadtwerke als Energiedienstleister sicherlich in der Lage, Energieverbräuche effizient zu managen und zu reduzieren.

Die Übertragung des Vermögens der Straßenbeleuchtungsanlagen bedarf noch einer abschließenden Klärung der kommunal- und straßenrechtlichen Zulässigkeit.

Hinsichtlich dieser Prüfung auch bezogen auf die Abschätzung eines möglichen Kaufpreises ist hier aus der Vergangenheit die Stadt Münster bekannt.

Die Stadt Münster hat der Stadtwerke Münster GmbH die in ihrem Eigentum stehenden Straßenbeleuchtungsanlagen, einschließlich des vorhandenen Lagerbestandes, sowie der Straßenbeleuchtungsanlagen, deren Errichtung veranlasst ist und vollzogen wird, übertragen.

Hierbei wurde ein Betrag von 824 € pro Leuchte zum Ansatz gebracht.

Als Bewertungsmaßstab wurden die Substanzwerte zugrunde gelegt. Für das bewertete

Anlagevermögen wurde ein Anschaffungskostenrestwert ermittelt.

Die Übertragung sollte auch mit dem Ziel erfolgen, den Energieverbrauch in den nächsten Jahren weiter zu senken, um die Energiekosten für die Straßenbeleuchtung zu reduzieren bzw. einen Anstieg der Energiekosten aufgrund der steigenden Energiepreise zu kompensieren.

Hierbei sollten auch gezielte Investitionsmaßnahmen geplant werden. Aus Sicht der Wissenschaft sind verschiedene Kostenreduzierungsmaßnahmen möglich:

- zeit- oder teilweise Abschaltung
- Einsatz von Vorschaltgeräten zur Leistungsvariation
- Nutzung von Phasenschnittsteuerungen und
- Spannungsabsenkungen

besonders von der Maßnahme betroffen:

Die Welterbestadt Quedlinburg bezüglich der Aufgabenerfüllung sowie ihre städtische Eigengesellschaft als Betreiber bzw. Eigentümer der Anlagen und Ausrüstungen der Straßenbeleuchtung; Kunden innerhalb der Welterbestadt

mögliche nachteilige Wirkungen:

Sind derzeit nicht erkennbar

erforderliche Begleitmaßnahmen/ Voraussetzungen:

Abschließende externe Untersuchung der rechtlichen und wirtschaftlichen (insbesondere steuerlichen) Möglichkeiten der Realisierung unter Beteiligung externer Sachverständiger.

Grundsätzliche Entscheidung innerhalb der Gremien der Stadtwerke Quedlinburg GmbH und des Stadtrates.

Nr.	zu- ständige(s) SG/ StSt	Produkt/ BUST	Maßnahmebezeichnung	Ausgabenreduzierungen/ Einnahmeverbesserungen in €									
				2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	gesamt
8	5.3	Diverse Buchungs- stellen	Energie, Wasser, Beleuchtung			-20.000 €							

Erläuterungen/ Bemerkungen:

Die musealen Einrichtungen Schloss, Klopstockhaus und Ständerbau haben auf Grund ihrer kulturellen Aufgaben sehr hohe Energieverbräuche. Diese resultieren vorrangig aus der Ausstellung und Repräsentation von Kulturgütern. Die aufgezählten Einrichtungen, welche mit speziellen Beleuchtungseinrichtungen zur fachgerechten Ausleuchtung der Ausstellungsgegenstände ausgestattet sind, sollen über den Austausch der vorhandenen Leuchtmittel den Stromverbrauch reduzieren.

Stromverbräuche in den letzten Jahren:

Schloss:	2013	190.957 Kwh	2014	192.655 Kwh
Klopstockmuseum:	2013	13.246 Kwh	2014	13.288 Kwh
Ständerbau:	2013	9.111 Kwh	2014	10.527 Kwh

Gemäß den vorliegenden Verbrauchsdaten erfolgt derzeit eine Wirtschaftlichkeitsberechnung gemeinsam mit einer Fachfirma.

Der überschläglichen Berechnung der angestrebten Einsparung liegen folgende Ansätze zugrunde:

Bei einer Reduzierung der Verbräuche durch den Einbau von LED- Leuchtmitteln wird von einer Einsparung in Höhe von 70 % ausgegangen. Da nicht der gesamte Stromverbrauch auf die Beleuchtung zurückzuführen ist, wird ein Einsparpotential von 50% angenommen.

Die Kosten für den Austausch der Leuchtmittel würden im 1. Jahr aus der Reduzierung der Verbräuche finanziert. Alle weiteren Jahre wäre bei einem gleichen Niveau der Strompreise eine Einsparung von ca. 29.000 € möglich.

besonders von der Maßnahme betroffen:

mögliche nachteilige Wirkungen:

erforderliche Begleitmaßnahmen/ Voraussetzungen:

Nr.	zu- ständige(s) SG/ StSt	Produkt/ BUST	Maßnahmebezeichnung	Ausgabenreduzierungen/ Einnahmeverbesserungen in €									
				2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	gesamt
9	5.3	diverse Buchungs- stellen 543102	1. Bücher und Zeitschriften 2. Bücher und Zeitschriften	- 2.600	- 2.600	- 2.600	- 2.600	- 2.600	- 2.600	- 2.600	- 2.600	- 2.600	23.400

Erläuterungen/ Bemerkungen:

Zu 1. Die Welterbestadt Quedlinburg bezieht 7mal die Mitteldeutsche Zeitung. Davon werden 6 Exemplare (OB, FB 2, FB 4, Pressestelle, Museum, JC Kleers) zum Preis von 331,80 €/ Jahr /Abo bezogen (Gesamtkosten 1.990,80 €). 1 Exemplar wird über einen Sonderpreis vom FB 3 in Höhe von ca. 72 €/Jahr bezogen. Gemäß Preisliste der Mitteldeutschen Zeitung ist es möglich, pro Printabonnenten eine E-Paper- Ausgabe in Höhe von 36 €/Jahr zu beziehen.

Bei 6 Abonnenten bestände die Möglichkeit, 3 davon auf E-Paper umzustellen und demzufolge pro Jahr 887,40 €/ Jahr einzusparen. Da diese Einsparung verschiedene Buchungsstellen betrifft, wäre eine Aufteilung auf die einzelnen Buchungsstellen erforderlich.

Zu 2. Durch die Optimierung von Bezügen von Fachliteratur sowie Ergänzungslieferungen unter Ausnutzung der Datenbereitstellung über das Intranet bzw. online-Versionen werden im FB 5 ca. 1.800 €/ Jahr eingespart.

Da diese Einsparung verschiedene Buchungsstellen betrifft, wäre eine Aufteilung auf die einzelnen Buchungsstellen erforderlich.

besonders von der Maßnahme betroffen:

mögliche nachteilige Wirkungen:

erforderliche Begleitmaßnahmen/ Voraussetzungen:

Kündigung von Bezugsverträgen bzw. Vertragsumstellungen

Nr.	zu- ständige(s) SG/ StSt	Produkt/ BUST	Maßnahmebezeichnung Stand: 06.10.2015	Ausgabenreduzierungen/ Einnahmeverbesserungen in €									
				2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	gesamt
10			Prüfung der Möglichkeiten der Beteiligung von Gesellschaftern an der Quedlinburg Tourismus Marketing GmbH- Gesellschaftsstruktur verändern; Verringerung Verlustausgleich			80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	560.000

Erläuterungen/ Bemerkungen:

Der Aufgabenbestand und die finanzielle Situation der QTM GmbH sind bekannt. Aufgrund der Übernahme bestimmter Aufgabenfelder hat sich der im Gesellschaftsvertrag durch die bisher einzige Gesellschafterin, der Welterbestadt Quedlinburg, der festgeschriebene Zuschuss weiter erhöht. Dieser führt zu einer jährlichen direkten Belastung des Haushalts der Welterbestadt.

Zu prüfen wäre, ob die Möglichkeit besteht, im Wege eines transparenten und diskriminierungsfreien Wettbewerbsverfahrens eine Veräußerung eines Geschäftsanteils in einer noch zu bestimmenden Höhe beispielsweise bis 24,9 % erfolgen könnte.

Die Realisierung einer Geschäftsanteilsveräußerung würde zu einer nachhaltigen Minimierung der jährlichen Zuschusszahlung und damit zur ständigen Entlastung des städtischen Haushalts im Verhältnis zu der neuen Gesellschafterstruktur führen.

Das Wettbewerbsverfahren könnte nach der grundsätzlichen Entscheidung des Stadtrates im Jahr 2016 im Kalenderjahr 2017 durchgeführt werden. Hierfür sind im Haushalt finanzielle Mittel einzustellen.

besonders von der Maßnahme betroffen:

In der städtischen Gesellschaft verändert sich die Eigentümerstruktur durch Beteiligung eines Minderheitsgesellschafters. Dem Minderheitsgesellschafter sollte ein Sitz im Aufsichtsrat der Gesellschaft zugewiesen werden.

mögliche nachteilige Wirkungen:

Sind derzeit durch die beabsichtigte Minderheitsbeteiligung nicht erkennbar. Möglicherweise sollte der Gesellschaftsvertrag hinsichtlich des Stimmrechts des Minderheitsgesellschafters geändert werden.

erforderliche Begleitmaßnahmen/ Voraussetzungen:

Nach der grundsätzlichen Zustimmung des Stadtrates sollte das transparente und diskriminierungsfreie Wettbewerbsverfahren im Jahr 2016 eingeleitet und durchgeführt werden. Hierzu sind Kosten im städtischen Haushalt zu veranschlagen.

Entscheidung über vereinnahmten Kaufpreis (Einstellung Rücklage oder Veränderung Stammeinlagen)

Nr.	zu- ständige(s) SG/ StSt	Produkt/ BUST	Maßnahmebezeichnung	Ausgabenreduzierungen/ Einnahmeverbesserungen in €									
				2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	gesamt
12	5.3	2.5.2.101. 01.524101	Ausgabenreduzierung durch Optimierung der Energielieferverträge Energie, Wasser, Beleuchtungsmaterialien Schlossmuseum	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000.	8000	8.000	8.000	8.000	72.000

Erläuterungen/ Bemerkungen:

Die Reduzierung der Ausgaben für die Belieferung der städtischen Objekte mit Strom ist auf Grund des geringen beeinflussbaren Anteils am Endverbrauchspreis schwierig. Mehr als 75 % des Endpreises setzt sich aus vorgeschriebenen Steuern und Abgaben zusammen. Verhandlungsspielraum bestehen diesbezüglich bei lediglich weniger als einem Viertel des Preises.

Gemeinsam mit dem Stromanbieter für das Schlossmuseum ist es beabsichtigt, zum 01.01.2016 einen neuen Stromliefervertrag abzuschließen.

Infolge dieser Preisanpassung würde die Welterbestadt Quedlinburg bei gleichem Verbrauch und unter der rechnerischen Annahme, dass die Steuern und Abgaben im Niveau des Vergleichsjahres (2014) verbleiben, ca. 8.000 €/ Jahr in der Buchungsstelle 2.5.2.101.01.524101 Energie, Wasser, Beleuchtungsmaterialien sparen.

besonders von der Maßnahme betroffen:

mögliche nachteilige Wirkungen:

keine

erforderliche Begleitmaßnahmen/ Voraussetzungen:

Nr.	zu- ständige(s) SG/ StSt	betroffene HHST bzw. UA	Maßnahmebezeichnung	Ausgabenreduzierungen/ Einnahmeverbesserungen in € Zahlenangaben informativ, da bereits in der mittelfristigen Finanzplanung des Haushaltsplanentwurfs 2016 eingestellt									
				2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	gesamt
13	5.1 in Zusammen- arbeit mit allen Bereichen	Personal- kosten- budget	Personalkosteneinsparung durch Geschäftsprozessoptimierung und weitere Rationalisierung von Verwaltungsabläufen mit der damit verbundenen Anpassung des Personalbestandes an den daraus resultierenden Personalbedarf		0	0	10.300	134.000	507.700	979.000	1.418.000	1.916.000	4.965.000
<u>Erläuterungen/ Bemerkungen:</u> Die ständige Aufgabe im Zuge der Haushaltskonsolidierung „Personalkosteneinsparung durch Geschäftsprozessoptimierung und weitere Rationalisierung von Verwaltungsabläufen mit der damit verbundenen Anpassung des Personalbestandes an den daraus resultierenden Personalbedarf“ wird auch für die Folgejahre weitergeführt. Durch die Nutzung der altersbedingten Personalfluktuatun insbesondere ab 2021 erfolgten Neueinstellungsüberlegungen aus heutiger Sicht unter dem Aspekt der Effekte der v.g. Instrumentarien und Berücksichtigung der demografischen Gesamtentwicklung. Die in dieser Maßnahme ausgewiesenen Zahlen sind bereits in die mittelfristige Finanzplanung eingearbeitet.													
<u>besonders von der Maßnahme betroffen:</u> Bürger der Stadt Quedlinburg, Besucher der Stadt, Mitarbeiter													
<u>mögliche nachteilige Wirkungen:</u> Stellenwegfall wirkt sich differenziert aus: Bei weiter wachsenden Aufgaben: ggf. Standardreduzierung bei der Aufgabenwahrnehmung, verlängerte Warte- bzw. Bearbeitungszeiten für die Bürger,													
<u>erforderliche Begleitmaßnahmen/ Voraussetzungen:</u> Organisationsuntersuchungen, Aufgabenanalysen, Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, Bedarfsprüfungen, empirische Bemessungen und deren Fortschreibungen , arbeitsrechtliche Begleitmaßnahme													

Mögliches Konsolidierungspotential

Erträge											
lfd.Nr.	BUST	Bezeichnung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
3	6.1.1.101.403200	Erhöhung Hundesteuer	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000
			11.000	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000

Aufwendungen											
lfd.Nr.	BUST	Bezeichnung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
1	Versicherungsbeiträge	Veräußerung von Grundstücken	0	-5.600	-5.600	-5.600	-5.600	-5.600	-5.600	-5.600	-5.600
5	Bewirtschaftungskosten	mittelfristige Aufgabe des Schulstandortes GS Süderstadt	0	0	0	-68.000	-68.000	-68.000	-68.000	-68.000	-68.000
6	Bewirtschaftungskosten	Optimierung Standorte Kinderbetreuung	0	0	0	-56.000	-56.000	-56.000	-56.000	-56.000	-56.000
8	Bewirtschaftungskosten	Umrüstung auf LED in städtischen Museen	0	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
9	Bücher und Zeitschriften		-2.600	-2.600	-2.600	-2.600	-2.600	-2.600	-2.600	-2.600	-2.600
10	5.7.3.201.531501	Beihilfe QTM	0	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000
12	Bewirtschaftungskosten	Optimierung der Energielieferverträge	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
			-10.600	-110.600	-110.600	-234.600	-226.600	-226.600	-226.600	-226.600	-226.600

Konsolidierungspotential	21.600	121.600	121.600	245.600	237.600	237.600	237.600	237.600	237.600	237.600
--------------------------	--------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

Aus den im Maßnahmenkatalog finanziell bisher nicht untersetzten Maßnahmen wird ein hohes Konsolidierungspotential erwartet.

Weiterhin erwartet die Welterbestadt Quedlinburg durch die Überarbeitung der Bewertung des Anlagevermögens und die Feststellung des Jahresergebnisses 2014 nach Erstellung der Eröffnungsbilanz positive Effekte für die Haushaltswirtschaft.

Kostendeckungsgrade Gebühren und Entgelte Stadt Quedlinburg

In der Stadt Quedlinburg erfolgt für kostenrechnende Einrichtungen, bei denen eine kostendeckende Gebühr erhoben wird, i.d.R. die Gebührenkalkulation für einen Zeitraum von 2 Jahren. Damit wird dem vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Zeitraum für den Ausgleich von Kostenüber- und Kostenunterdeckungen aus der vergangenen Kalkulationsperiode Rechnung getragen.

In Einrichtungen, bei denen aufgrund sozialer Gesichtspunkte keine kostendeckende Gebühr erhoben wird, gilt ein Kalkulationszeitraum von 3 Jahren. Kostenüberdeckungen (Kostendeckungsgrad >100%) müssen gemäß KAG LSA im nächsten Kalkulationszeitraum ausgeglichen werden.

Grundlage der nachfolgenden Aufstellung bilden, wenn nicht abweichend aufgeführt, die Rechnungsergebnisse der jeweils angegebenen Jahre der kostenrechnenden Einrichtungen der Stadt Quedlinburg.

Kostenrechnende Einrichtung	Kosten	Gebühren/Entgelte	Deckungsgrad	Vorjahr	aktuelle Satzung seit
Friedhof (2011)	165.112,12 €	177.676,00 €	107,6 %	108,8 %	01.07.2014
Straßenreinigung (2011)	247.739,92 €	206.127,46 €	83,2 %	68,0 %	01.08.2013
Märkte (2014)	34.514,46 €	26.239,46 €	76,0 %	91,1 %	01.01.2016
Obdachlosenheim (2010)	22.397,05 €	3.656,21 €	16,3 %	33,4 %	01.05.2012
Museen (2012)	707.714,38 €	150.472,58 €	21,3 %	21,2 %	01.05.2014
Sporthallen (2012)	364.661,84 €	18.344,75 €	5,0 %	3,2 %	keine gesetzliche Grundlage zur Erhebung
Kurtaxe (2012)	920.426,61 €	372.429,25 €	40,0 %	28,4 %	01.07.2014

Kindertagesstätten pro Platzart und Monat

Platzart	Kosten 2014	Platzpauschale 2014	Gebühr 2014	Deckungsgrad	Vorjahr	aktuelle Satzung seit
Kindergarten 10h	553,49 €	222,97 €	137,00 €	65,0 %	76,3 %	01.01.2014
Kindergarten 8h	475,64 €	222,97 €	128,00 €	73,8 %	74,1 %	
Kindergarten 7h	436,71 €	222,97 €	124,00 €	79,5 %	72,9 %	
Kindergarten 5h	358,86 €	222,97 €	116,00 €	94,5 %	69,7 %	
Kinderkrippe 10h	894,09 €	328,63 €	190,00 €	58,0 %	70,1 %	
Kinderkrippe 8h	748,12 €	328,63 €	160,00 €	65,3 %	67,7 %	
Kinderkrippe 7h	675,13 €	328,63 €	145,00 €	70,2 %	66,1 %	
Kinderkrippe 5h	529,16 €	328,63 €	130,00 €	86,7 %	64,4 %	
Hort (Regelbetreuung)	162,81 €	88,02 €	61,00 €	91,5 %	70,3 %	

Friedhof

Die Friedhofsgebührensatzung wird alle 2 Jahre überarbeitet. Mit Ausnahme des Gebührentatbestandes „Kapellennutzung“ wird seit 01.01.2009 die gesetzlich maximal mögliche Gebühr erhoben. Bei allen Gebührentatbeständen wird die Kostenunterdeckung aus Vorjahren vollständig ausgeglichen.

Straßenreinigung

Die Gemeinde hat einen Anteil an den Gesamtkosten zu tragen, um dem Interesse der Allgemeinheit an der Straßenreinigung gerecht zu werden. Bis 2010 betrug dieser Anteil 25 %. Zum 01.01.2011 wurde dieser durch die Stadt zu tragende Allgemeinanteil auf 15 % gesenkt. Die verbleibenden Kosten in Höhe von 85 % der Gesamtkosten der Straßenreinigung werden vollständig auf die Gebühr umgelegt. Die Kosten des Winterdienstes auf den Fahrbahnen sind nach diversen Rechtsprechungen nicht gebührenfähig, sondern gehen zu Lasten des allgemeinen Haushaltes. Dieser Forderung wurde mit der neuen Gebührensatzung zum 01.08.2013 Rechnung getragen.

Die Gebühr wird derzeit neu kalkuliert.

Märkte

Die neue Marktgebührensatzung tritt am 01.01.2016 in Kraft. Zukünftig wird eine einheitliche Gebühr für alle drei Märkte kostendeckend erhoben. Die Kostenunterdeckung aus 2014 wird vollständig ausgeglichen.

Obdachlosenheim

Die Gebühr pro m² Wohnfläche im Obdachlosenheim wird kostendeckend erhoben. Jedoch führt die geringe Auslastung des Objektes im Jahresdurchschnitt in Höhe von weit weniger als 50 % nicht zur Deckung der Gesamtkosten. Die Nichtauslastung des Objektes ist mit einer Überkapazität gleichzusetzen und darf im Rahmen des Kostenausgleichs nicht berücksichtigt werden.

Zum 01.01.2010 wurde der durch die Stadt zu tragende Allgemeinanteil an den Kosten von 1/3 auf 1/5 gesenkt. Nach einem Brand im März 2011 konnte das Objekt mehrere Monate nicht genutzt werden. Für diesen Zeitraum wurde ein Ausweichquartier der Wohnungswirtschafts GmbH angemietet. Eine Kostenrechnung wurde für das Jahr 2011 nicht durchgeführt. Seit November 2011 steht das Gebäude in der Magdeburger Straße nach einem Umbau durch den Eigentümer wieder als Obdachlosenunterkunft zur Verfügung. Die Kapazität wurde verringert. Die aktuelle Gebührensatzung basiert auf einer Plankalkulation.

Museen

Da im Bereich Museen kein kostendeckendes Entgelt erhoben wird, beträgt der Kalkulationszeitraum hier 3 Jahre.

Das Entgelt für den Besuch des Schlossmuseums wurde mit Wirkung zum 01.05.2014 angehoben. Allerdings ist die Verbesserung der Gesamteinnahmen von den Besucherzahlen abhängig.

Sporthallen

Im Bereich der Sporteinrichtungen besteht keine gesetzliche Grundlage, um von den gemeinnützigen Vereinen ein Entgelt zu erheben. Derzeit erfolgt die Kostenerstattung durch die Sportvereine in Form eines freiwilligen Beitrages zu den Betriebskosten.

Die Schulen in Trägerschaft des Landkreises entrichten jährlich Nutzungsbeiträge auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages.

Durch die Neubewertung der Gebäude im Rahmen der Einführung des Neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens verringerten sich die kalkulatorischen Kosten (Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen) und der Deckungsgrad wurde erhöht.

Kurtaxe

Am 01.04.2009 ist erstmalig eine Satzung zur Erhebung einer Kurtaxe in Kraft getreten. Der Kurtaxensatz wurde auf 1,50 € festgesetzt. Die Kurtaxe-Satzung wurde zum 01.07.2014 geändert. Der Kurtaxensatz wurde auf 2,50 € erhöht.

Kindertagesstätten

Die Kosten der Kindertagesstätten basieren auf der Defizitabrechnung 2014.

Mit Inkrafttreten des neuen Kinderförderungsgesetzes LSA zum 01.08.2013 wurden die Platzpauschalen anhand der Platzart gezahlt. Die Gemeinde hat 50 % der Kosten nach Abzug der Platzpauschale zu tragen (siehe § 12 b KiFöG).

Unter Berücksichtigung des neuen KiFöG wurden die Elternbeiträge zum 01.08.2013 bzw. 01.01.2014 neu kalkuliert.

Der Mindestpersonalschlüssel wird gemäß § 21 (2) S.1 KiFöG zum 01.08.2015 geändert. Die Elternbeiträge sind neu zu kalkulieren.

Übersicht über Produkte mit freiwilligen Leistungen 2014 - 2023

Anlage 3

		2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
1	1.1.1.304 Leistungen des Bauhofes (25 %)	-63.450,00 €	-101.575,00 €	-88.725,00 €	-95.850,00 €	-142.200,00 €	-98.700,00 €	-99.550,00 €	-100.100,00 €	-100.550,00 €	-99.850,00 €
2	1.1.1.305 Fuhrpark Bauhof (25 %)	-44.575,00 €	-80.800,00 €	-75.750,00 €	-75.675,00 €	-75.750,00 €	-73.125,00 €	-71.100,00 €	-67.450,00 €	-67.150,00 €	-66.325,00 €
3	1.1.1.801 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	-137.400,00 €	-126.200,00 €	-142.100,00 €	-145.200,00 €	-147.300,00 €	-149.500,00 €	-153.300,00 €	-131.500,00 €	-133.300,00 €	-135.000,00 €
4	2.5.2.101 Städtische Museen	-540.400,00 €	-634.100,00 €	-552.800,00 €	-532.900,00 €	-519.000,00 €	-531.700,00 €	-489.600,00 €	-433.700,00 €	-438.100,00 €	-447.300,00 €
4a	darunter: 2.5.2.101.01 Schlossmuseum		-262.600,00 €	-216.900,00 €	-204.000,00 €	-199.200,00 €	-210.000,00 €	-195.100,00 €	-175.700,00 €	-177.200,00 €	-180.500,00 €
4b	darunter: 2.5.2.101.02 Klopstockmuseum		-198.500,00 €	-191.500,00 €	-176.900,00 €	-175.400,00 €	-175.100,00 €	-161.400,00 €	-144.500,00 €	-145.900,00 €	-148.800,00 €
4c	darunter: 2.5.2.101.03 Ständerbaumuseum		-173.000,00 €	-144.400,00 €	-152.000,00 €	-144.400,00 €	-146.600,00 €	-133.100,00 €	-113.500,00 €	-115.000,00 €	-118.000,00 €
5	2.7.2.101 Stadtbücherei/ Bibliotheken	-33.900,00 €	-37.600,00 €	-37.100,00 €	-37.200,00 €	-37.300,00 €	-37.100,00 €	-35.000,00 €	-34.100,00 €	-33.900,00 €	-33.900,00 €
6	2.8.1.101 Kommunale Veranstaltungen	-163.000,00 €	-87.800,00 €	-88.400,00 €	-89.600,00 €	-91.500,00 €	-177.200,00 €	-57.200,00 €	-49.800,00 €	-136.100,00 €	-48.300,00 €
7	2.8.1.201 Kulturförderung/ Zuschüsse	-460.400,00 €	-487.300,00 €	-500.000,00 €	-502.700,00 €	-474.100,00 €	-473.500,00 €	-464.400,00 €	-461.600,00 €	-461.200,00 €	-461.200,00 €
7a	darunter: 2.8.1.201 Zuschuss Nordharzer Städtebundtheater	-450.400,00 €	-457.500,00 €	-464.800,00 €	-472.200,00 €	-479.800,00 €	-443.000,00 €	-443.000,00 €	-443.000,00 €	-443.000,00 €	-443.000,00 €
8	3.6.2.101 Angebote der Kinder- und Jugendarbeit	-222.600,00 €	-80.200,00 €	-91.000,00 €	-87.800,00 €	-88.500,00 €	-89.600,00 €	-88.100,00 €	-88.400,00 €	-89.600,00 €	-89.300,00 €
9	3.6.6.101.05 Jugendklub Kleers	-66.200,00 €	-92.300,00 €	-88.100,00 €	-90.900,00 €	-92.200,00 €	-92.200,00 €	-93.800,00 €	-94.900,00 €	-96.300,00 €	-64.300,00 €
10	3.6.6.101.06 Kulturzentrum Reichenstraße	-160.600,00 €	-195.500,00 €	-160.700,00 €	-163.900,00 €	-159.200,00 €	-159.200,00 €	-158.700,00 €	-158.600,00 €	-158.700,00 €	-158.600,00 €
11	3.6.6.101.07 Jugendraum Quarmbeck	-30.600,00 €	-66.600,00 €	-70.800,00 €	-72.000,00 €	-73.600,00 €	-75.200,00 €	-76.300,00 €	-77.600,00 €	-47.900,00 €	-41.900,00 €
12	3.6.6.101.08 Jugendclub Gernode	-3.700,00 €	-5.400,00 €	-5.000,00 €	-7.200,00 €	-7.300,00 €	-7.300,00 €	-6.500,00 €	-6.300,00 €	-6.200,00 €	-6.200,00 €
13	3.6.6.101.09 Jugendclub Bad Suderode	-500,00 €	-5.800,00 €	-6.500,00 €	-6.500,00 €	-6.600,00 €	-6.600,00 €	-5.800,00 €	-5.600,00 €	-6.500,00 €	-6.500,00 €
14	3.6.6.101.11 Natur- und Umweltzentrum	-36.500,00 €	-40.300,00 €	-42.000,00 €	-42.000,00 €	-41.100,00 €	-41.100,00 €	-40.400,00 €	-40.200,00 €	-40.200,00 €	-40.100,00 €
15	4.1.8.101 Kurzentrum Bad Suderode	-194.000,00 €	-73.500,00 €	-10.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
16	5.7.3.101 Bedürfnisanstalten	-99.400,00 €	-128.900,00 €	-99.100,00 €	-96.100,00 €	-71.100,00 €	-69.900,00 €	-70.000,00 €	-70.100,00 €	-70.300,00 €	-70.400,00 €

		2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
17	5.7.3.201 Beihilfe QTM GmbH	-384.900,00 €	-384.900,00 €	-337.000,00 €	-340.000,00 €	-343.000,00 €	-346.000,00 €	-338.500,00 €	-338.500,00 €	-285.500,00 €	-285.500,00 €
18	5.7.3.201 Verlustausgleich HSB	-46.200,00 €	-46.200,00 €	-46.200,00 €	-46.200,00 €	-46.200,00 €	-46.200,00 €	-46.200,00 €	-46.200,00 €	-46.200,00 €	-46.200,00 €
Summe		<u>-2.688.325,00 €</u>	<u>-2.674.975,00 €</u>	<u>-2.441.275,00 €</u>	<u>-2.431.725,00 €</u>	<u>-2.415.950,00 €</u>	<u>-2.474.125,00 €</u>	<u>-2.294.450,00 €</u>	<u>-2.204.650,00 €</u>	<u>-2.217.700,00 €</u>	<u>-2.100.875,00 €</u>

Maßnahmenkatalog zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Quedlinburg ab dem Haushaltsjahr 2016
Mögliche Maßnahmen ab 2016 - Diskussionsgrundlage
Erträge

Lfd. Nr.	Konsolidierungsmaßnahme	mögliche finanzielle Auswirkungen	Empfehlung der Ausschüsse	Anmerkungen
1	Erhebung einer Tourismusabgabe	320 T€ abhängig von konkreten Übernachtungszahlen	WVL und KTS einstimmig abgelehnt	Streichen 29 Ja / 0 Nein / 4 Enth.
2	Prüfung der Veräußerung von Grundstücken mit dem Ziel der Einsparung von Bewirtschaftungskosten			31 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen
3	Prüfung der Beiträge der städtischen Eigengesellschaften zur Haushaltskonsolidierung insbesondere - Erschließung von Synergien innerhalb der städtischen Gesellschaften - Steigerung der Ausschüttungsquote - Rücklagenauflösung - Überprüfung der Übertragung von Serviceleistungen der Verwaltung auf die städtischen Tochterunternehmen - kommunales Rechenzentrum	Erhöhung der Gewinnausschüttung durch effizienteres Arbeiten der städtischen Gesellschaften	Empfehlung WVL	25 Ja / 3 Nein / 5 Enthaltungen
4	Prüfung der Erhöhung der Hebesätze der Realsteuern	bei einer Erhöhung um 20 v.H. bei Grundsteuer B und Gewerbesteuer jährlich 380 T€	WVL und KTS einstimmig abgelehnt	Streichen 25 Ja / 0 Nein / 8 Enth.
5	Prüfung der Erhöhung weiterer örtlicher Steuern - Hundesteuer	bei Erhöhung um 8€/10€/10 € jährlich 10 T€		25 Ja / 5 Nein / 3 Enthaltungen
6	Ausweitung der maschinellen Straßenreinigung auf die Ortsteile			32 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltungen
7	Veräußerung Geschäftsanteil HSB	38 T€ einmalig	Antrag CDU-Fraktion, Antrag FDP/OF	Streichen 32 Ja / 0 Nein / 1 Enth.

Aufwendungen/Auszahlungen

	Konsolidierungsmaßnahme	Mögliche Einsparungen	Empfehlung der Ausschüsse	Anmerkungen
8	Prüfung der Reduzierung des Winterdienstes		WVL einstimmig abgelehnt	Streichen 31 Ja / 2 Nein / 0 Enth.
9	Mittelfristige Aufgabe des Schulstandortes GS Süderstadt	ca. 100 t€ jährlich		30 Ja/ 1 Nein / 2 Enthaltungen
10	Optimierung der Standorte der Kinderbetreuung (Kitastandorte)	ca. 80 T€ jährlich		33 Ja/ 0 Nein / 0 Enthaltungen
11	Prüfung des Anteilsankaufs des Geschäftsanteils der Stadt Celle an der Stadtwerke Quedlinburg GmbH	einmalige Auszahlung 25.000 €		Streichung der Maßnahme, Stadt Celle hat Verkauf abgelehnt
12	Positionierung zum Straßenbeleuchtungsvermögen – Übertragungsmöglichkeiten an die Stadtwerke prüfen			31 Ja/ 0 Nein / 2 Enthaltungen
13	Abschaffung Ortschaftsrat und Ortsbürgermeister ab Wahlperiode 2019 – 2024	7 T€ in 2019 danach 14 T€ jährlich	Antrag der Ortsbürgermeister, Antrag CDU Antrag FDP/OF, Antrag BfQ	Streichen 33 Ja / 0 Nein / 0 Enth.
14	Energie, Wasser, Beleuchtung – Fortsetzung der Umstellung auf LED-Leuchtmittel in städtischen Objekten – Umstellung in den städtischen Museen	20 T€ jährlich		33Ja/ 0 Nein / 0 Enthaltungen
15	Reduzierung der Kosten bei Büchern und Zeitschriften	- 2,6 T€ jährlich		28 Ja/ 1 Nein / 4 Enthaltungen
16	Verringerung Verlustausgleich QTM durch Veränderung der Gesellschaftsstruktur	- 80 T€ jährlich		29 Ja/ 4 Nein / 0 Enthaltungen
17	Verringerung Verlustausgleich HSB	- 19 T€ jährlich	Antrag CDU-Fraktion	Streichen 31 Ja / 0 Nein / 2 Enth.
18	Prüfung von Effizienzgewinnen durch interkommunale Zusammenarbeit insbesondere mit Thale, Ballenstedt und Blankenburg			33 Ja/ 0 Nein / 0 Enthaltungen
19	Optimierung der Energielieferverträge	- 8 T€ jährlich		33 Ja/ 0 Nein / 0 Enthaltungen
20	Personalkosteneinsparung durch Geschäftsprozessoptimierung	- 1,9 Mio € bis 2023		31 Ja/ 0 Nein / 2 Enthaltungen
21	Erarbeitung eines Konzeptes für Hallenbad und Osterteich durch die Bäder Quedlinburg GmbH			33 Ja/ 0 Nein / 0 Enthaltungen
22	Prüfung der Veräußerung des Gebäudes Hallenbad an die Bäder GmbH			33 Ja/ 0 Nein / 0 Enthaltungen
23	Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Betreibung der Märkte durch die QTM			29 Ja/ 1 Nein / 3 Enthaltungen

24	Erarbeitung von Steuersparmodellen, Bildung und Auflösung von BgA` der Stadt QLB			31 Ja/ 0 Nein / 2 Enthaltungen
25	Prüfung der Neuverteilung der Zuständigkeiten der Ausschüsse mit dem Ziel der Reduzierung von 4 auf 3			Streichen 31 Ja /2 Nein /0 Enth.
26	Outcoursing von Leistungen bei gleichem oder ähnlichem Leistungsumfang		Empfehlung WVLEinstimmig	33 Ja/ 0 Nein / 0 Enthaltungen
27	Fremdvergabe Bewirtschaftung Parkplatz Fischteiche			32 Ja/ 0 Nein / 1 Enthaltungen
28	Einführung dialoges ParksysteM			32 Ja/ 0 Nein / 1 Enthaltungen
29	Prüfauftrag zur Erstellung eines Konzeptes zur Weiterentwicklung der Museumslandschaft, Entwicklung eines Stiftsbergkonzeptes			33 Ja/ 0 Nein / 0 Enthaltungen

Weiter Anträge von Stadträten:

	Einziehung von Gewerbesteuer für Domschatzmuseum		Antrag StR Ringel-Owczarzak	26 Ja/ 6 Nein / 1 Enthaltungen
	Veräußerung des Kaiserhofes bis 2017		Antrag StR Ringel-Owczarzak	24 Ja/ 4 Nein / 5 Enthaltungen
	Ausgliederung bestimmter Aufgabenfelder der QTM GmbH in private Hände		Antrag StR Ringel-Owczarzak	17 Ja/ 13 Nein / 3 Enthaltungen



Maßnahmenkatalog Haushaltskonsolidierung

Copyright 2012

Das Werk einschließlich aller seine Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung und Quellenangabe unzulässig und strafbar.

KGSt

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
Gereonstr. 18-32
D-50670 Köln

Telefon: 02 21/ 3 76 89-0

Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen,
Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die

Telefax: 02 21/ 3 76 89-59
E-Mail: kgst@kgst.de

Aufgrund der immer schwieriger werdenden Haushaltssituationen in den Kommunen und hiermit verbunden sich reduzierender Gestaltungsmöglichkeiten, hat die KGSt in den letzten beiden Jahren verstärkt Projekte zum Thema „strategische Haushaltskonsolidierung“ in verschiedenen Mitgliedskommunen begleitet.

Um diese Arbeiten leisten zu können, hat die KGSt diverse Haushaltskonsolidierungskonzepte aus den unterschiedlichsten Mitgliedskommunen gesichtet, anonymisiert ausgewertet und die Ideen und Vorschläge aufgabengruppenbezogen in einer Datei zusammengefasst. Diese enthält aktuell ca. 700 Fragestellungen, die im Rahmen von Konsolidierungsprozessen als Anregungen zum Nachdenken über entsprechende Maßnahmen verwendet werden können.

Die in der Liste enthaltenen Anregungen sollen Kommunen, die sich mit dem Thema Haushaltskonsolidierung auseinandersetzen bei der eigenen Ideenfindung unterstützen, Auswege aus der finanziellen Krise zu finden und Empfehlungen für die örtlichen Entscheidungsträger zur Konsolidierung des eigenen kommunalen Haushalts zu erarbeiten.

Hierbei handelt es sich um eine Sammlung von örtlich diskutierten Vorschlägen und nicht um Empfehlungen der KGSt für alle Kommunen, diese **möglichen** Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zwingend umzusetzen. Diese Entscheidung muss selbstverständlich vor dem Hintergrund der spezifischen Bedingungen jeder einzelnen Kommune, ihrer strategischen Ausrichtung zur Zielerreichung, ihrer Handlungsnotwendigkeiten und dergl. individuell getroffen werden.

Die Liste ist nach den bekannten Aufgabengruppen strukturiert, um die Vorschläge schnell und unabhängig von örtlichen Besonderheiten wiederfinden zu können. Sie umfasst Aufgaben aus Kommunen aller Größenklassen sowie aus Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Länderspezifische Aspekte sind zu beachten, so ist z. B. das Vermessungswesen in einigen Bundesländern nicht auf der kommunalen Ebene angesiedelt. Insofern sind alle in der Datei enthaltenen Fragestellungen auf ihre örtliche Relevanz hin zu überprüfen.

Der Ansatz der KGSt zur strategischen Haushaltskonsolidierung ist davon geprägt, dass der Prüfmaßstab für alle Einsparvorschläge die strategischen (Wirkungs-)Ziele der jeweiligen Kommune sind. Sind diese vorhanden, muss jeder einzelne Vorschlag zur Haushaltskonsolidierung dahin gehend geprüft werden, welche Auswirkungen seine Umsetzung auf das / die strategische/n Ziel/e der betroffenen Kommune hat.

Da Ziel die laufende Fortschreibung dieser umfassenden Ideensammlung zu möglichen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen ist, bitten wir alle Mitgliedsverwaltungen, uns auch Ihre ergänzenden Ideen und Anregungen zukommen zu lassen.

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
In den übergreifenden Hinweisen sind Prüfaspkte enthalten, die sich nicht ausschließlich auf eine oder vereinzelte Aufgabengruppen beziehen, sondern grundsätzlich auf alle Aufgabengruppen bezogen angewendet werden können. Dabei handelt es sich beispielsweise um Fragen zu Möglichkeiten der inter-/ intrakommunalen Zusammenarbeit, Standardreduzierungen, Prüfung von Personalausstattungen etc. Die nachfolgend benannten Hinweise sind daher ebenso von allen Organisationseinheiten zu prüfen, wie die aufgabenspezifischen in den AHG 1-8.				
übergreifend	ü 1	Aufgabenübertragung auf Dritte		
übergreifend	ü 1.1	Aufgabenübertragung auf Dritte	Wurden Möglichkeiten der Aufgabenübertragung auf Dritte mit dem Ziel einer dauerhaften Kostensenkung geprüft?	Durchführung von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen
übergreifend	ü 2	Ausweitung ehrenamtl. Engagement		
übergreifend	ü 2.1	Ausweitung ehrenamtl. Engagement	Wurde eine Ausgabenreduzierung durch die Einführung von Bürgerarbeit überprüft?	
übergreifend	ü 3	Beschaffung		
übergreifend	ü 3.1	Beschaffung	Wird im Falle von Neu- oder Ersatzbeschaffungen eine eingehende Wirtschaftlichkeitsprüfung vorgenommen?	
übergreifend	ü 4	Bezirksverwaltungen		
übergreifend	ü 4.1	Bezirksverwaltungen	Wurde eine Reduzierung von Bezirksverwaltungsstellen geprüft?	
übergreifend	ü 4.2	Bezirksverwaltungen	Wurde überprüft, inwiefern durch eine Nachfrageorientierung von Bürgerdiensten in den Ortsverwaltungen Leistungen verstärkt auch innerhalb der Stadtverwaltung wahrgenommen werden und Doppelstrukturen zurückgebaut werden können?	Sofern in den Ortsverwaltungen Personal für Querschnittsaufgaben (bsp. des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen) eingesetzt wird, sollte geprüft werden, inwiefern dieses in die Kernverwaltung zur gebündelten Aufgabenwahrnehmung verlagert werden kann.
übergreifend	ü 5	Bürgerschaftliches Engagement		
übergreifend	ü 5.1	Bürgerschaftliches Engagement	Lässt sich die Eigenverantwortung der Nutzer/Bürger für Einrichtungen durch die Übertragung von Verantwortlichkeiten steigern?	
übergreifend	ü 5.2	Bürgerschaftliches Engagement	Wurden alle Möglichkeiten zum Einsatz von ehrenamtlichen Kräften geprüft?	
übergreifend	ü 6	Controlling		
übergreifend	ü 6.1	Controlling	Wurde über eine Verstärkung des Controllings der Auftrags- und Vertragsmaßnahmen durch eine separate Darstellung und eine entsprechende Ausweisung von Kostendeckungsgraden nachgedacht?	
übergreifend	ü 7	dauerhafte Verpflichtungen		
übergreifend	ü 7.1	dauerhafte Verpflichtungen	Wird vor dem Abschluss von dauerhaften vertraglichen Verpflichtungen (z. B. Mietverhältnisse) eine eingehende Wirtschaftlichkeitsprüfung vorgenommen?	
übergreifend	ü 8	demografischer Wandel		
übergreifend	ü 8.1	demografischer Wandel	Wurden die Konsequenzen aus dem demografischen Wandel für alle Aufgabenbereiche und Zielgruppen geprüft?	
übergreifend	ü 8.2	demografischer Wandel	Wurde geprüft, ob das Leistungsangebot ggf. generell eingeschränkt oder verändert werden kann, z. B. wegen des Rückganges der Nachfrage oder der Fallzahlen?	
übergreifend	ü 8.3	demografischer Wandel	Wurde überprüft, inwiefern ein den demografischen Effekten entsprechender Umbau des Leistungsangebotes zu Kosteneinsparungen führen könnte?	
übergreifend	ü 9	dezentrale Fach- und Ressourcenverantwortung		

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
übergreifend	9.1	dezentrale Fach- und Ressourcen-verantwortung	Ist die Fach- und Ressourcenverantwortung weitgehend dezentralisiert, sodass das Kostenbewusstsein weiter geschärft und Entscheidungswege optimiert werden können?	
übergreifend	ü 10	Einsatz von Software		
übergreifend	ü 10.1	Einsatz von Software	Wurden vor/nach dem Einsatz neuer Software jeweils die Fallzahlen geprüft?	
übergreifend	ü 11	Entgelte/Gebühren		
übergreifend	ü 11.1	Entgelte/Gebühren	Wurde für alle Aufgabenbereiche überprüft, inwiefern kostenlose Leistungen in Zukunft entgelt- bzw./gebührenpflichtig werden können?	
übergreifend	ü 11.2	Entgelte/Gebühren	Werden konsequent (kostendeckende) Entgelte für freiwillige Leistungen in allen Aufgabenbereichen erhoben?	
übergreifend	ü 12	Erträge		
übergreifend	ü 12.1	Erträge	Wurden alle Positionen der Teilhaushalte nach Möglichkeiten zur Verbesserung der Ertragsituation überprüft?	
übergreifend	ü 13	Förderung durch Dritte		
übergreifend	ü 13.1	Förderung durch Dritte	Gibt es die Vorgabe, dass wegfallende Zuschüsse anderer Träger nicht durch kommunale Mittel kompensiert werden sollen?	teilweise Kompensation; vollkommener Verzicht auf Kompensation
übergreifend	ü 13.2	Förderung durch Dritte	Werden alle Möglichkeiten zur Akquise von Fördermitteln konsequent genutzt und zentral gesteuert, aber stets unter Berücksichtigung möglicher Folgekosten-Berechnungen (insbesondere für die laufenden Ausgaben)?	
übergreifend	ü 14	Förderung/Zuschüsse Dritter		
übergreifend	ü 14.1	Förderung/Zuschüsse Dritter	Wurde über Möglichkeiten zur Einstellung und/oder Reduzierung des Zuschusses zu Karnevalsumzügen nachgedacht?	Einstellung des Zuschusses; Reduzierung des Zuschusses
übergreifend	ü 14.2	Förderung/Zuschüsse Dritter	Wurden alle in den Teilhaushalten enthaltenen direkten und indirekten Förderungen und Zuschüsse an Dritte hinsichtlich der Möglichkeit zur Reduzierung oder Einstellung geprüft?	Streichung der direkten und indirekten Förderung; Reduzierung der direkten und indirekten Förderung
übergreifend	ü 15	Forderungsmanagement		
übergreifend	ü 15.1	Forderungsmanagement	Gibt es für die gesamte Kommune einen sogenannten "Ermittlungsdienst"?	Ist das Forderungsmanagement zentral organisiert?
übergreifend	ü 15.2	Forderungsmanagement	Ist sichergestellt, dass für in Rechnung gestellte Zahlungsforderungen der Kommune auch eine parallele SOLL-Buchung erfolgt?	
übergreifend	ü 16	freiwillige Leistungen		
übergreifend	ü 16.1	freiwillige Leistungen	Wurden alle freiwilligen Leistungen auf ihre Erforderlichkeit hin überprüft?	Gibt es eine Übersicht über alle freiwilligen Leistungen und die hiermit verbundenen Aufwände?
übergreifend	ü 17	Geschäftsprozessoptimierung		
übergreifend	ü 17.1	Geschäftsprozess-optimierung	Kann die Leistungserbringung durch eine ganzheitlichere Sachbearbeitung und damit eine Konzentration in einer Organisationseinheit optimiert werden?	Reduzierung von Schnittstellen und Reibungsverlusten durch notwendige Abstimmungsprozesse
übergreifend	ü 17.2	Geschäftsprozess-optimierung	Wurden Aufgabenbereiche identifiziert, bei welchen eine detaillierte und differenzierte Prozessanalyse und eine damit verbundene Prozessoptimierung mit personellen und sachlichen Einsparungen verbunden wäre? Wurden die damit verbundenen Maßnahmen schon umgesetzt?	
übergreifend	ü 17.3	Geschäftsprozess-optimierung	Wurden alle Möglichkeiten zur Prozessoptimierung durch einen effizienten Einsatz von IT-Lösungen geprüft?	
übergreifend	ü 18	interkommunale Zusammenarbeit		

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
übergreifend	ü 18.1	interkommunale Zusammenarbeit	Wurden alle Aufgabenbereiche hinsichtlich der Möglichkeiten zur interkommunalen Zusammenarbeit überprüft?	
übergreifend	ü 18.2	intrakommunale Zusammenarbeit	Wurde geprüft, welche Leistungen konzernintern gebündelt und zusammengeführt werden können?	mit den Eigenbetrieben und Gesellschaften
übergreifend	ü 19	Investitionen		
übergreifend	ü 19.1	Investitionen	Können private Investoren für anstehende, sonst aber nicht finanzierbare Investitionen gewonnen werden (aber unter Berücksichtigung einer Folgekosten-Berechnung)?	
übergreifend	ü 19.2	Investitionen	Wurde überprüft, ob geplante Investitionsmaßnahmen geschoben bzw. gestrichen werden können? Besteht Kenntnis darüber, welcher personelle Planungsaufwand durch den Verzicht auf die Investition eingespart werden kann? Wird für Investitionsprojekte eine Folgekostenberechnung durchgeführt?	
übergreifend	ü 20	Kassierdienste		
übergreifend	ü 20.1	Kassierdienste	Wurde geprüft, ob bei Kassierdiensten alle Möglichkeiten der Personalkosteneinsparung durch Kassenautomaten genutzt wurden?	
übergreifend	ü 21	Kostendeckung		
übergreifend	ü 21.1	Kostendeckung	Wurden alle Einrichtungen, Betriebe und Beteiligungen hinsichtlich der Möglichkeit zur Verbesserung des Kostendeckungsgrades überprüft?	
übergreifend	ü 21.2	Kostendeckung	Wurde überprüft, ob eine Erhöhung des Kostendeckungsgrades in kostenrechnenden Einrichtungen möglich ist?	
übergreifend	ü 22	Lagerflächen/Lagerhallen		
übergreifend	ü 22.1	Lagerflächen/Lagerhallen	Wurde überprüft, inwiefern in den kommunalen Lagern durch eine effektivere Raumnutzung Personal- und Mietkosteneinsparungen möglich sind?	
übergreifend	ü 23	Leistungserbringung durch Dritte		
übergreifend	ü 23.1	Leistungserbringung durch Dritte	Kann die Leistungserbringung ganz oder teilweise auf Dritte übertragen werden?	
übergreifend	ü 24	Mitgliedschaften in Vereinen/Verbänden		
übergreifend	ü 24.1	Mitgliedschaften in Vereinen/Verbänden	Wurden alle Mitgliedschaften der Kommune auf ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit (Kosten-Nutzen) in Vereinen/Verbänden überprüft?	
übergreifend	ü 25	Mittel-/ Ressourcenplanung		
übergreifend	ü 25.1	Mittel-/ Ressourcenplanung	Sind alle mit kommunalen Leistungen verbundenen Aufwendungen bekannt und vollständig ausgewiesen? Erfolgt für alle kommunalen Leistungen eine Nettoausweisung unter Berücksichtigung aller direkten und indirekten Aufwendungen?	
übergreifend	ü 25.2	Mittel-/ Ressourcenplanung	Werden für alle Aufgabenbereiche Jahresplanungen erstellt hinsichtlich des Einsatzes von finanziellen und personellen Ressourcen?	Schaffung von Kostenbewusstsein und -transparenz
übergreifend	ü 26	Nutzungsentgelte		
übergreifend	ü 26.1	Nutzungsentgelte	Wurde geprüft, ob Nutzungsentgelte bei der Durchführung öffentlicher Veranstaltungen erhoben werden können?	
übergreifend	ü 27	Oberzentrumsfunktion		
übergreifend	ü 27.1	Oberzentrumsfunktion	Wie weit sind die Bemühungen der Kommune vorangekommen, Aufwände ihrer "ausgeprägten" Oberzentrumsfunktion aus dem Umland kompensiert zu bekommen? Ist die Stadt bereit, als letzten denkbaren Schritt den Status der Kreisfreiheit aufzugeben und in der Region im Rahmen einer Aufgaben- und Funktionalreform zu einer entlastenden Neuordnung zu kommen?	

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
übergreifend	ü 28	Organisationsanalyse		
übergreifend	ü 28.1	Organisationsanalyse	Wurde eine systematische Analyse großer Aufgabenbereiche vorgenommen hinsichtlich der Identifikation von Bereichen mit einem hohen negativen Deckungsbeitrag?	
übergreifend	ü 28.2	Organisationsanalyse	Wurde überprüft, ob es Doppelstrukturen gibt, die abgebaut werden können, um Synergien zu erzeugen?	Schaffung effizienter Organisationseinheiten durch die Bündelung von Aufgaben nach dem Kriterium der Artverwandtschaft
übergreifend	ü 29	Organisation publikumsintensiver Bereiche		
übergreifend	ü 29.1	Organisation publikumsintensiver Bereiche	Wurde überprüft, inwiefern in publikumsintensiven Bereichen durch nachfrageorientiertes Arbeiten eine gezieltere Auslastungssteuerung möglich ist?	Einführung von Terminsprechzeiten
übergreifend	ü 30	Personaleinsatz		
übergreifend	ü 30.1	Personaleinsatz	Wurde der Personaleinsatz in allen Aufgabenbereichen abgeglichen mit aktuellen Vergleichswerten (Benchmark) bezogen auf das Verhältnis Fallzahlen pro Mitarbeiter?	Standardfestlegung
übergreifend	ü 31	Privatisierung		
übergreifend	ü 31.1	Privatisierung	Werden wirtschaftliche Vergleichsberechnungen durchgeführt zwischen dem Einkauf externer Beratungsleistungen und der Nutzung eigener Experten ?	
übergreifend	ü 31.2	Privatisierung	Wurden alle Möglichkeiten der Aufgabenübertragung auf Dritte mit dem Ziel einer dauerhaften Kostensenkung geprüft?	IKZ, Privatisierung, Shared Service Center, freie Träger, PPP-Modelle
übergreifend	ü 31.3	Privatisierung	Wurde geprüft, ob verwaltungsinterne Kontrahierungszwänge zugunsten eines Wettbewerbs mit Dritten aufgehoben werden können?	
übergreifend	ü 31.4	Privatisierung	Wurden für alle Bereiche die Effekte untersucht, die sich aus der Anwendung des sog. "Markttestverfahrens Dresden" (siehe KGSt-Materialie 1/2009) ergeben können?	
übergreifend	ü 31.5	Privatisierung	Wurde geprüft, ob auf sog. Garderobendienste in verschiedenen kommunalen Einrichtungen verzichtet werden kann?	Wenn die Dienste erhalten bleiben sollen ist zu prüfen, wie der Kostendeckungsgrad erhöht werden kann. Übertragung auf Dritte
übergreifend	ü 32	Projektmanagement		
übergreifend	ü 32.1	Projektmanagement	Wird die Wirtschaftlichkeit neuer Projekte, Maßnahmen und/oder Aktivitäten geprüft bzw. wird geprüft, ob die Gegenfinanzierung sichergestellt ist?	
übergreifend	ü 32.2	Projektmanagement	Wurde überprüft, ob alle laufenden Projekte noch erforderlich sind, ob Projekte zusammengefasst werden können, ob alle noch ihre Ziele stringent verfolgen?	
übergreifend	ü 33	Sachmittelbudgets		
übergreifend	ü 33.1	Sachmittelbudgets	Wurde für alle Aufgabenbereiche überprüft, inwiefern Reduzierungen der Sachmittelbudgets möglich sind?	
übergreifend	ü 34	Sondernutzungs-Gebühren		
übergreifend	ü 34.1	Sondernutzungs-Gebühren	Wurden alle Aufgabenbereiche auf mögliche Erhöhungen von Sondernutzungsgebühren geprüft?	
übergreifend	ü 35	Sponsoring		
übergreifend	ü 35.1	Sponsoring	Wurden für die freiwilligen Leistungen in allen Aufgabenbereichen alle Finanzierungsmöglichkeiten durch Sponsoring geprüft?	
übergreifend	ü 36	Städtepartnerschaften/ -freundschaften		
übergreifend	ü 36.1	Städtepartnerschaften/ -freundschaften	Sind Anzahl und Aufwand der Städtepartnerschaften angemessen?	
übergreifend	ü 37	Standards für die Aufgabenwahrnehmung		

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
übergreifend	ü 37.1	Standards für die Aufgabenwahrnehmung	Wurden die Standards aller Aufgabenbereiche auf Basis von strategischen Zielen in einer Kosten-Nutzen-Analyse überprüft? Wurden alle Möglichkeiten zur Standardabsenkung genutzt und umgesetzt?	
übergreifend	ü 38	Standardreduzierung		
übergreifend	ü 38.1	Standardreduzierung	Wurde die Festlegung der Standards an Benchmark-Werten ausgerichtet?	
übergreifend	ü 38.2	Standardreduzierung	Wurde geprüft inwiefern das Leistungsangebot für den Bürger eingeschränkt werden kann?	
übergreifend	ü 38.3	Standardreduzierung	Wurde geprüft, ob sich die Unterhaltung, Wartung, Reinigung, Instandsetzung von technischen Anlagen und Geräten turnusmäßig verlängern oder einschränken lassen?	unter Beachtung vorgeschriebener Prüfungen bzw. Prüfzeiträume
übergreifend	ü 38.4	Standardreduzierung	Wurde überprüft, ob die durch die Kommune organisierten Veranstaltungen weiter durchgeführt werden sollen bzw. ob das Leistungsangebot gekürzt bzw. gestrichen werden kann?	
übergreifend	ü 38.5	Standardreduzierung	Kann auf Beratungsleistungen ganz oder teilweise verzichtet werden?	
übergreifend	ü 38.6	Standardreduzierung	Wurden alle Möglichkeiten zur Absenkung des Ausstattungsstandards in kommunalen Einrichtungen überprüft? Kann der Benutzerkomfort zumutbar eingeschränkt werden?	
übergreifend	ü 39	Standardüberprüfungen		
übergreifend	ü 39.1	Standardüberprüfungen	Ist die laufende Überprüfung der Standards der Aufgabenerfüllung sowie der Erforderlichkeit von freiwilligen Leistungen als Daueraufgabe implementiert?	
übergreifend	ü 39.2	Standardüberprüfungen	Wurde beim Vollzug der Aufgabenwahrnehmung überprüft, inwiefern „sonstige“ und/oder „ergänzende“ Tätigkeiten zur Haupttätigkeit verzichtbar sind und die Rahmenbedingungen für das Handeln optimiert werden können?	
übergreifend	ü 40	Strategisches Management		
übergreifend	ü 40.1	Strategisches Management	Wurde geprüft, inwiefern die einzelnen Ziele der Organisationseinheiten mit den übergeordneten gesamtstädtischen Zielen korrelieren?	
übergreifend	ü 40.2	Strategisches Management	Wurde geprüft, ob durch nicht abgestimmte Handlungsprioritäten inhaltlich ähnliche Projekte und Maßnahmen für eine Zielgruppe von zwei oder mehreren Organisationseinheiten parallel aufgesetzt werden?	Projektmanagement
übergreifend	ü 40.3	Strategisches Management	Werden alle Aktivitäten an den strategischen Zielen ausgerichtet und in diesem Kontext entschieden (zielgerichtetes Steuern)?	
übergreifend	ü 40.4	Strategisches Management	Ist zur Durchführung einer aufgabenkritischen Analyse bereits ein Bewertungsschema zur Priorisierung von Zielen und Maßnahmen eingeführt, um auf dieser Basis auch die personellen und sachlichen Ressourcen entsprechend der festgelegten Prioritäten bereitstellen zu können?	
übergreifend	ü 41	subsidiäre Leistungen der Kommune		
übergreifend	ü 41.1	subsidiäre Leistungen der Kommune	Kann das Leistungsangebot entfallen oder eingeschränkt werden, weil es bereits ein allgemein zugängliches Dienstleistungsangebot eines anderen Trägers oder eines Dritten gibt oder dies initiiert werden könnte?	Vermeidung von Doppelstrukturen
übergreifend	ü 42	Wissensmanagement		
übergreifend	ü 42.1	Wissensmanagement	Wird das in der Verwaltung vorhandene Wissen zur Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) berücksichtigt?	
übergreifend	ü 43	zeitliche Begrenzungen der Aufgabenerledigung		

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
übergreifend	ü 43.1	zeitliche Begrenzungen der Aufgabenerledigung	Wurde für alle Aufgaben geprüft, inwiefern es zeitliche Einschränkungsmöglichkeiten bei der Leistungserbringung, z. B. tageszeitlich, nach Wochentagen oder auch saisonal gibt? Wurde geprüft inwiefern durch eine gezielte Konzentration auf die Auslastungsspitzen und eine Entlastung der Zeiten mit geringerer Auslastung, Einsparungen erzielt werden können?	
übergreifend	ü 44	Zentrales Controlling (Zentraler Lenkungsstab)		
übergreifend	ü 44.1	Zentrales Controlling	Ist die Organisation des zentralen und dezentralen Controllingsystems effizient und effektiv? Können die dezentralen Dezernatsbüros den Anforderungen einer kritisch-distanzierten Rolle als Teil des Systems gerecht werden?	
übergreifend	ü 45	zielorientiertes Handeln		
übergreifend	ü 45.1	zielorientiertes Handeln	Sind für die (freiwilligen) Aufgaben, Produkte und Leistungsangebote Wirkungsziele definiert? Wurde geprüft, inwiefern Aufgaben entfallen bzw. Standards reduziert werden können, weil es keine Realisierungschancen für die Erreichung dieser Ziele gibt?	
übergreifend	ü 46	Zuwendungen		
übergreifend	ü 46.1	Zuwendungen	Wurde überprüft, ob die Zuwendungen an Dritte zwingend notwendig sind? Gibt es eine Richtlinie zu Zuwendungen, die Inhalte und Bedingungen laufender Zuwendungen (Zuwendungsvertrag) und einmaliger Zuwendungen einschl. Leistungen, Mengen, Ziele, Qualitäten und Berichtswesen regelt?	

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
Bitte beachten Sie unbedingt auch die Prüffragen im Tabellenblatt "Zuordnung übergreifend". In diesen übergreifenden Hinweisen sind Prüfaspkte enthalten, die sich nicht ausschließlich auf eine oder vereinzelte Aufgabengruppen beziehen, sondern grundsätzlich auf alle Aufgabengruppen bezogen angewendet werden können. Dabei handelt es sich beispielsweise um Fragen zu Möglichkeiten der inter-/ intrakommunalen Zusammenarbeit, Standardreduzierungen, Prüfung von Personalausstattungen etc. Die dort benannten Hinweise sind daher ebenso von allen Organisationseinheiten zu prüfen, wie die aufgabenspezifischen in den AHG 1-8.				
10	ZENTRALE VERWALTUNG			
10	10.1	Arbeitsmedizin		
10	10.1.1	Arbeitsmedizin	Wurde geprüft inwiefern durch eine Ausweitung der arbeitsmedizinischen Untersuchungen auf den gesamten Konzern Mehrerträge zu erzielen sind?	Leistungserbringung für Dritte gegen Kostenerstattung
10	10.2	Arbeitsmengenuntersuchungen		
10	10.2.1	Arbeitsmengenuntersuchungen	Wurden im Zusammenhang von Stellenbemessungen Arbeitsmengenuntersuchungen auch in den Bereichen durchgeführt, die keine Arbeitsmengen an das zentrale Controlling gemeldet haben?	
10	10.3	Arbeitssicherheit		
10	10.3.1	Arbeitssicherheit	Wurde die Fremdvergabe von Teilleistungen der Arbeitssicherheit überprüft?	Werden Leistungen der Arbeitssicherheit derzeit über normative Regelungen hinaus erbracht? (Standardüberprüfung)
10	10.4	Arbeitszeitregelungen		
10	10.4.1	Arbeitszeitregelungen	Wurde die Abschaffung der Kernarbeitszeit und die Einführung einer Funktions- oder Servicezeit überprüft, um den Personaleinsatz zu flexibilisieren, Arbeitsmengenschwankungen aufzufangen und Überstunden abzubauen?	Jahresarbeitszeitkonten Höhe der übertragbaren Überstunden Einrichtung von sog. "Alterskonten" Saisonarbeit
10	10.4.2	Arbeitszeitregelungen	Wurde über die Einführung von sog. "Pflichtferien" in der Weihnachtszeit bzw. zum Jahreswechsel nachgedacht, wenn die Arbeitstage im Verhältnis zu den Arbeitstagen entsprechend "günstig" liegen?	Abbau von Resturlaub und Überstunden Reduzierung von Energiekosten in Verwaltungsgebäuden
10	10.4.3	Arbeitszeitregelungen	Wurde über einen Haustarifvertrag unter Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit nachgedacht?	
10	10.4.4	Arbeitszeitregelungen	Wird offensiv mit der Möglichkeit einer befristeten Arbeitszeitreduzierung umgegangen (auch unter Gewährung von Anreizen, z.B. x Tage mehr bezahlter Urlaub)?	
10	10.4.5	Arbeitszeitregelungen	Wurde überprüft, inwiefern die Handhabung der Frühstückspausen in verschiedenen Organisationseinheiten zu vermeidbaren, zusätzlichen Ausfallzeiten führt?	Abschaffung der bezahlten Frühstückspause (Anrechnung als Pausenzeit)
10	10.5	Aufbewahrungsfristen für Akten		
10	10.5.1	Aufbewahrungsfristen für Akten	Ist geprüft worden, ob alle Akten nur bezogen auf eine Mindestfrist aufbewahrt werden, um Raumkapazitäten zu gewinnen? Ist dabei geprüft worden, ob die Akteninhalte nicht auch bei anderen Organisationseinheiten vorgehalten werden, sodass sie daher vernichtet werden können? Ist die Möglichkeit der Digitalisierung der Akten überprüft worden?	
10	10.6	Aus-, Fort- und Weiterbildung		
10	10.6.1	Aus-, Fort- und Weiterbildung	Wurde überprüft ob durch Schulungen im Bereich e-Government Einsparungen erreicht werden können?	umfangreiche und zielführende Nutzung der Möglichkeiten eines e-Government durch die fachlich verantwortlichen Organisationseinheiten

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
10	10.7	Ausstattung mit IT - Hard- und Software		
10	10.7.1	Ausstattung mit IT - Hard- und Software	Wurde geprüft, ob alle im Einsatz befindlichen Software-Lizenzen weiterhin benötigt werden und die hierfür entstehenden Kosten aufgewendet werden müssen?	Wegfall nicht mehr benötigter Lizenzen und Lizenzkosten
10	10.7.2	Ausstattung mit IT - Hard- und Software	Wurde eine Umstellung auf Thin Clients ("schlanke" Ein- und Ausgabegeräte) überprüft, um die Höhe der Anschaffungskosten und der Kosten für den IT-Support zu reduzieren?	
10	10.7.3	Ausstattung mit IT - Hard- und Software	Wurde der mögliche Einsatz von Gebrauchtsoftware überprüft?	
10	10.7.4	Ausstattung mit IT - Hard- und Software	Wurde die Einführung eines Dokumenten-Management-Systems mit Workflow-Komponenten generell oder für spezifische Bereiche (wie Finanzbuchhaltung) überprüft?	
10	10.7.5	Ausstattung mit IT - Hard- und Software	Wurde überprüft, ob durch Neuverhandlungen im Bereich von Software-Lizenzen Einsparungen erzielt werden können?	
10	10.7.6	Ausstattung mit IT - Hard- und Software	Wurde überprüft, ob es durch die Einführung eines Systems des verbrauchsabhängigen Druckens zu Einsparungen kommt und ob eine Reduzierung der Gesamtzahl der Drucker möglich ist, wenn sog. Multifunktionsgeräte eingesetzt werden?	
10	10.7.7	Ausstattung mit IT - Hard- und Software	Wurde geprüft, ob sich aus einer noch stärkeren Vereinheitlichung der informationstechnischen Infrastruktur Wirtschaftlichkeitseffekte ergeben?	auch auf den gesamten Konzern bezogen
10	10.7.8	Ausstattung mit IT - Hard- und Software	Wurde geprüft, welche Option (Kauf, Leasing, Miete) bezogen auf die Nutzung von Kopierern die wirtschaftlichste ist?	
10	10.7.9	Ausstattung mit IT - Hard- und Software	Entsprechen die vorhandenen EDV-Konzepte sowohl hinsichtlich der Hardware-Ausstattung als auch in Bezug auf die eingesetzte Software den Anforderungen, die sich aus den zu erfüllenden Aufgaben ergeben?	Ggf. Investition in Hardware- und/oder Softwarelösungen um durch damit verbundene Prozessoptimierungen, Kosteneinsparungen zu generieren
10	10.8	Beschaffung		
10	10.8.1	Beschaffung	Können durch eine größere Standardisierung im Beschaffungsbereich Kosten gespart werden? Erfolgt die Beschaffung zentral?	bei der Bearbeitung von häufig wiederkehrenden und gleichgelagerten Fällen Abschluss von Rahmenverträgen
10	10.9	Beschaffung Mobiliar		
10	10.9.1	Beschaffung Mobiliar	Erfolgt eine zentrale Beschaffung des Mobiliars?	
10	10.9.2	Beschaffung Mobiliar	Ist die Einrichtung von Einkaufsgemeinschaften geprüft worden?	
10	10.10	Beschaffung von Postdienstleistungen		
10	10.10.1	Beschaffung von Postdienstleistungen	Wurde über eine Reduzierung der Portokosten durch alternative Verteildienste nachgedacht?	Nutzung alternativer Zustelldienste. Verzicht auf Briefsendungen, z. B. über die Bereitstellung von ausfertigten Personalausweisen. Nutzung alternativer Techniken, wie Internet oder Mails. Gemeinsame Postverteilung mit anderen Kommunen, Behörden
10	10.11	Betriebliches Vorschlagswesen		
10	10.11.1	Betriebliches Vorschlagswesen	Gibt es ein betriebliches Vorschlagswesen, über das aktiv Optimierungsvorschläge der Mitarbeiter/innen eingefordert werden?	
10	10.11.2	Betriebliches Vorschlagswesen	Wurde überprüft ob durch die Erhöhung von Prämien im Bereich des internen (betrieblichen) Vorschlagswesens der Umfang und die Qualität der Vorschläge verbessert werden können?	
10	10.12	Dienstreisen		

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
10	10.12.1	Dienstreisen	Wird im Einzelfall die Erforderlichkeit von Dienstreisen überprüft?	Festlegung von einheitlichen Kriterien
10	10.13	Druckerei		
10	10.13.1	Druckerei	Wurde überprüft, inwiefern eine Reduzierung der Aufträge an private Druckereien zu Kosteneinsparungen und höherer Auslastung führt? Wurde überprüft ob die Kapazitäten der Druckerei vollständig ausgelastet sind?	Rekommunalisierung
10	10.14	ehrenamtlich Beauftragte		
10	10.14.1	ehrenamtlich Beauftragte	Wurden die Budgets der ehrenamtlich Beauftragten hinsichtlich Kürzungsmöglichkeiten überprüft?	
10	10.15	Fuhrpark und Fahrdienstleistungen		
10	10.15.1	Fuhrpark und Fahrdienstleistungen	Ist geprüft worden, ob eine gemeinsame Nutzung von Fahrzeugen in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen und/oder mit anderen öffentlich-rechtlichen Institutionen möglich, zweckmäßig und wirtschaftlich ist?	
10	10.15.2	Fuhrpark und Fahrdienstleistungen	Wurde überprüft, ob und wenn ja, welche Fahrzeuge dienstlich notwendig sind und wie wirtschaftlich dieser Einsatz ist bzw. ob es alternative Möglichkeiten zum Erhalt der Mobilität gibt?	z. B. Rahmenverträge mit Taxi-Unternehmen Mobilitätskonzept Einsatz privater PKW
10	10.15.3	Fuhrpark und Fahrdienstleistungen	Wird die Auslastung der Dienst-KFZ mit und ohne Fahrer überprüft?	Bildung eines Fahrzeugpools zusammen mit den kommunalen Beteiligungsgesellschaften
10	10.15.4	Fuhrpark und Fahrdienstleistungen	Wurden Möglichkeiten zur Nutzung der städtischen Fahrzeuge als Werbeflächen durch private Nutzer oder stadteigene Unternehmungen gegen Entgelt geprüft?	
10	10.15.5	Fuhrpark und Fahrdienstleistungen	Wurde die Organisation des kommunaleigenen Post-, Zustell- und Kurierdienstes geprüft?	Zusammenlegung mit anderen Fahrdienstleistungen, wie z. B. Personenfahrdienste, Fahrdienste von Fahrzeugen des Baubetriebshofes und dergl.
10	10.15.6	Fuhrpark und Fahrdienstleistungen	Wurden Umfang und Einsatzzeiten des Fahrdienstes überprüft? Wurde dabei geprüft, ob der Fahrdienst auch Botendienste übernehmen kann? Ist sichergestellt, dass der Fahrdienst zu Zeiten der Fahrbereitschaft mit anderen Aufgaben betraut wird?	Abschluss von Rahmenverträgen mit Taxiunternehmen als Ersatz für dauerhafte Vorhaltung eines Fahrdienstes
10	10.15.7	Fuhrpark und Fahrdienstleistungen	Wurde der Verkauf von Fahrzeugen überprüft? Wurde alternativ geprüft, welche Effekte sich aus dem Leasing von Fahrzeugen ergeben?	
10	10.16	Gebäudemanagement		

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
10	10.16.1	Gebäudemanagement	Wurde eine mögliche Optimierung der Unterbringung der Verwaltung überprüft?	Verdichtung der Belegung je Raum Überprüfung ob Bürofläche je Mitarbeiter aktuellen Vergleichswerten entspricht Verlagerung von Dienstgebäuden und -räumen in Außenbereiche, wenn dies mit der Aufgabenstellung der Organisation vereinbar ist Schaffung räumlicher Nähe von Organisationseinheiten, wenn persönliche Kontakte zur Arbeitsoptimierung beitragen Wiederherstellung der Einräumigkeit der Verwaltung Prüfung ob durch Reduzierung der Raumfläche Ertragssteigerungen durch Vermietungen/Verpachtungen zu erzielen sind Nutzung eines Arbeitsplatzes z.B. durch mehrere Teilzeitkräfte
10	10.16.2	Gebäudemanagement	Wurde geprüft, ob mit der Schaffung von Telearbeitsplätzen Kosteneinsparungen durch die Reduzierung von Büroarbeitsplätzen im Gebäude der Verwaltung verbunden sind?	
10	10.17	Geschäftsprozessoptimierung		
10	10.17.1	Geschäftsprozess-Optimierung	Wenn Amts-, Fachbereichs- bzw. Referatsleitungen über Vorzimmerkräfte verfügen - ist geprüft worden, wie diese verstärkt mit sachbearbeitenden Funktionen betraut werden können und die Serviceleistungen für die Leitungskräfte im gleichen Maße zurückgefahren werden können?	
10	10.17.2	Geschäftsprozess-Optimierung	Ist geprüft worden, eine Assistentzkraft für mehrere Amts-, Fachbereichs- oder Referatsleitungen zur Verfügung zu stellen?	
10	10.17.3	Geschäftsprozess-Optimierung	Wurde überprüft, ob der Aufwand für die Vorbereitung und Durchführung von zusätzlichen, gesetzlich nicht vorgeschriebenen Bürgerversammlungen in den Ortsteilen reduziert werden kann?	
10	10.17.4	Geschäftsprozess-optimierung	Steht bei der Prozessgestaltung die Kundensicht im Vordergrund?	
10	10.17.5	Geschäftsprozess-Optimierung	Wurde eine Optimierung der Prozessabläufe und eine damit verbundene Personal(kosten)reduktion geprüft?	
10	10.17.6	Geschäftsprozess-Optimierung	Wurde geprüft, ob durch die Beschaffung von leistungsstärkeren Geräten und Maschinen / technische Unterstützung Optimierungen im Arbeitsablauf erzielt werden können?	
10	10.17.7	Geschäftsprozess-Optimierung	Existiert ein kommunales Call-Center, ggf. in Kooperation mit anderen Kommunen?	
10	10.17.8	Geschäftsprozess-Optimierung	Wurde überprüft, ob durch die Einführung von D115 alle Möglichkeiten zur Umstrukturierung der Telefonvermittlung und des damit zusammenhängenden Wegfalls von Vermittlungsprozessen genutzt wurden?	Prüfung der Wirtschaftlichkeit einer Beteiligung bei D115; Ausstieg der Kommune zu welchem Zeitpunkt und zu welchen Bedingungen möglich?
10	10.17.9	Geschäftsprozess-optimierung	Werden alle Reinigungskräfte der Kommune zentral "aus einer Hand" eingesetzt?	
10	10.17.10	Geschäftsprozess-Optimierung	Wurde eine Zentralisierung des IT-Supports (First-Level und Second-Level) geprüft?	

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
10	10.17.11	Geschäftsprozess-Optimierung	Wurde geprüft, ob gleiche Daten, die in unterschiedlichen Bereichen vorgehalten werden müssen, zentralisiert vorgehalten werden können und zukünftig zentral abgerufen werden können?	siehe auch 12.1.1
10	10.17.12	Geschäftsprozess-Optimierung	Wurde über eine Optimierung der Bearbeitung von Gleitzeitbelegen hinsichtlich des Wegfalls von Korrekturbelegen und Online-Nach-Einbuchungen nachgedacht?	
10	10.18	Gratulationen und Ehrungen		
10	10.18.1	Gratulationen und Ehrungen	Wurde die Gratulationspraxis überprüft (Umfang und Standards)? Sind Einsparungen möglich bei Geschenken zu Jubiläen, Geburtstagen und Weihnachtsfeiern (bsp. Weihnachtsfeiern für Senioren/innen)?	
10	10.19	Hardwareeinsatz		
10	10.19.1	Hardwareeinsatz	Wurde für die Gesamtverwaltung die Optimierung des Druckereinsatzes geprüft?	
10	10.20	Hierarchieabbau		
10	10.20.1	Hierarchieabbau	Werden die Leitungsspannen gemäß den aktuellen Anforderungen zur Aufgabenerledigung und im Hinblick auf die eingesetzten Mitarbeiter regelmäßig überprüft und optimiert?	
10	10.20.2	Hierarchieabbau	Wird die Delegation von Verantwortung soweit wie möglich umgesetzt?	
10	10.21	Information und Kommunikation		
10	10.21.1	Information und Kommunikation	Wurden alle Zeitschriftenabonnements hinsichtlich Notwendigkeit und Dopplung geprüft?	
10	10.21.2	Information und Kommunikation	Wurde die Einstellung einer freiwilligen Mitarbeiterzeitschrift geprüft?	
10	10.21.3	Information und Kommunikation	Kann die Wahlberichterstattung im Zusammenhang mit allen Wahlen im Internet auf ein Mindestmaß gesenkt werden?	
10	10.21.4	Information und Kommunikation	Wurde geprüft, welche Möglichkeiten zur Reduzierung von Dienstanweisungen, Handreichungen und Handlungsleitfäden bestehen?	
10	10.21.5	Information und Kommunikation	Sofern noch kein Amtsblatt vorhanden ist: wurde die Einführung eines Amtsblattes und die Reduzierung öffentlicher Bekanntmachungen über die örtliche Presse geprüft?	
10	10.22	Rekommunalisierung		
10	10.22.1	Rekommunalisierung	Wurde geprüft, ob bereits vergebene Leistungen mit eigenem Personal wirtschaftlicher erledigt werden können?	
10	10.23	Interkommunale Zusammenarbeit		
10	10.23.1	Interkommunale Zusammenarbeit	Findet eine Beteiligung an Interkommunalen Vergleichen zur Identifizierung von Optimierungspotenzialen statt?	
10	10.23.2	Interkommunale Zusammenarbeit	Wurde für alle Leistungsbereiche geprüft, ob eine IKZ möglich ist?	
10	10.24	interne Leistungserbringung		
10	10.24.1	interne Leistungserbringung	Sollte es in der Verwaltung inkl. der sog. "Konzernstöchter" mehrere Servicestellen für gleiche Leistungsangebote geben (Beihilfen, Reisekosten, Trennungsgeld, Umzugskosten, Besoldung, Vergütung, Finanzen/Kasse, informationstechnische Dienstleistungen, Gebäudemanagement und dergl.): Wurde geprüft, welche Synergieeffekte sich aus einer Zentralisierung ergeben?	Welche Organisation hat bezogen auf welche Dienstleistungen die besten Leistungsvoraussetzungen? Welche steuerrechtlichen Konsequenzen sind damit verbunden?

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
10	10.25	IT-Optimierung		
10	10.25.1	IT-Optimierung	Wurde die Abschaffung von farbigen Vordrucken und Papier mit einem erhöhten Qualitätsniveau sowie die Digitalisierung von Vordrucken überprüft?	
10	10.25.2	IT-Optimierung	Wurde überprüft, ob die Betriebskosten für die Datenverarbeitung gesenkt werden können?	Anschluss an ein kommunales Gebietsrechenzentrum. Kooperation mit einer anderen Stadt. Nutzung von IT-Serviceangeboten des Landes, PPP-Modelle und dergl.
10	10.26	Kantine		
10	10.26.1	Kantine	Wurde geprüft, ob die finanzielle Unterstützung des Betriebs einer Kantine eingestellt werden kann?	
10	10.26.2	Kantine	Wurde geprüft, ob durch eine Kündigung des Pachtvertrages und anschl. Ausschreibung die Kantine wirtschaftlicher betrieben werden kann?	Vermietung an eine gemeinnützige Einrichtung, wie z. B. Qualifizierungseinrichtungen für junge Menschen, Kooperation mit Großküchen (wie z. B. von Krankenhäusern) und/oder Erhöhung der Essenspreise für Beschäftigte und Dritte
10	10.27	Mitarbeiter-Parkplätze		
10	10.27.1	Mitarbeiter-Parkplätze	Wurde geprüft, ob und wenn ja in welchem Umfang in Zukunft ein Nutzungsentgelt für die den Beschäftigten kostenlos zur Verfügung stehenden verwaltungseigenen Parkplätze erhoben werden kann?	Hierzu zählen auch die Flächen, die an Schulen tätigen Lehrkräften kostenlos zum Parken zur Verfügung stehen.
10	10.27.2	Mitarbeiter-Parkplätze	Kann auf die Bereitstellung von Parkflächen nicht ganz verzichtet werden, so dass die dann nicht mehr benötigte Fläche anderweitig genutzt oder verwertet (Verkauf) werden kann?	
10	10.28	Mobil- und Festnetztelefonie		
10	10.28.1	Mobil- und Festnetztelefonie	Wurde eine Reduzierung der Bereitstellung der Mobiltelefone und/oder die Optimierung der Verträge überprüft?	Flatrates in angemessener Höhe
10	10.28.2	Mobil- und Festnetztelefonie	Ist geprüft worden, ob Mitarbeiter, die ein Mobiltelefon nutzen, zusätzlich noch über einen Festnetzanschluss verfügen müssen?	
10	10.28.3	Mobil- und Festnetztelefonie	Wurde die Einführung und Nutzung von IP-Telefonie überprüft?	
10	10.29	Personalkostenreduzierung		
10	10.29.1	Personalkostenreduzierung	Wurden nach der Einrichtung eines kommunalen Call-Centers die sich in den übrigen Organisationseinheiten ergebenden Effekte ermittelt und umgesetzt?	Reduzierung des Beratungsaufkommens in den übrigen OE
10	10.30	politische Gremien		
10	10.30.1	politische Gremien	Wurde eine Kürzung der Zuschüsse für die Geschäftsstellen der Fraktionen geprüft?	
10	10.30.2	politische Gremien	Wurde eine Reduzierung der Politikkosten geprüft?	Zahl der Mandate im Stadtrat bzw. Kreistag, die Zahl der Ausschüsse, die Zahl der Ausschussmitglieder, die Höhe der Aufwandsentschädigungen und der Sitzungsgelder, Zuwendungen an Fraktionen und Gruppen und dergl.
10	10.30.3	politische Gremien	Ist geprüft worden, ob und wenn ja in welchem Umfang die Zahl der Bezirksvertretungen reduziert werden kann?	

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
10	10.30.4	politische Gremien	Ist geprüft worden, ob und in welchem Umfang die Zahl der Mandate in den Bezirksvertretungen reduziert werden kann?	
10	10.30.5	politische Gremien	Sind Möglichkeiten der Reduzierung von sog. "Freien Mittel" für die Bezirksvertretungen geprüft worden?	
10	10.30.6	politische Gremien	Wurde geprüft, in welchem Umfang Reduzierungen sog. "geldwerter Leistungen" an die Fraktionen möglich sind?	
10	10.30.7	politische Gremien	Ist geprüft worden, welche Einsparungen damit verbunden sind, wenn die Vorlagen, Protokolle und dergl. für die politischen Gremien ausschließlich digital erstellt und versandt werden?	elektronisches Informationssystem; Bereitstellung von Notebooks für die Rats-/ Kreistagsmitglieder
10	10.30.8	politische Gremien	Ist geprüft worden, welche Mehreinnahmen mit einer Kostenpflicht für bisher den Ratsmitgliedern kostenlos zur Verfügung gestellten Parkplätzen verbunden wären?	
10	10.30.9	politische Gremien	Wurden die bestehenden Beiräte hinsichtlich ihrer Kosten/Nutzen-Relation überprüft?	
10	10.30.10	politische Gremien	Wurden die Kosten, die sich bezogen auf die Beantwortung jeder politischer Anfrage ergeben, geprüft und transparent dargestellt?	
10	10.30.11	politische Gremien	Wurde geprüft, ob die Zuschüsse für die Jugendorganisationen der im Rat vertretenen Parteien und für Jugendverbände gestrichen werden können?	
10	10.30.12	politische Gremien	Ist geprüft worden, welche Leistungen Mandatsträger kostenfrei in Anspruch nehmen dürfen (z.B. Bereich von kulturellen Einrichtungen)?	
10	10.30.13	politische Gremien	Wurde geprüft, die pauschale Abrechnung der Entschädigung für Rats- und Ausschussmitglieder umzustellen auf eine geringere Pauschale zzgl. Sitzungsgeld?	
10	10.30.14	politische Gremien	Kann eine Abschaffung der Weihnachtspräsente für Mandatsträger erfolgen?	
10	10.30.15	politische Gremien	Kann auf die kostenfreie Bewirtung der Mandatsträger nach / während der Sitzungen verzichtet werden?	
10 10.31 Sponsoring				
10	10.31.1	Sponsoring	Wurde überprüft, ob das Sponsoring durch Wirtschaftsunternehmen bei städtischen Veranstaltungen ausgeweitet werden kann? Gibt es gezielte Fundraisingaktivitäten?	Sportveranstaltungen, Kulturveranstaltungen, Schulen, Kitas und dergl.
10 10.32 Partnerschaften				
10	10.32.1	Partnerschaften	Ist geprüft worden, wie Partnerschaften qualitativ und quantitativ ausgestaltet sind und welche Einsparungen bei den Standards möglich sind bzw. ob Partnerschaften ganz aufgegeben werden können?	Zahl der Reisen, Intervalle der Reisen, Zahl der mitreisenden Funktionsträger, Geschenke, Bewirtungen und dergl.
10 10.33 Vergabewesen				
10	10.33.1	Vergabewesen	Ist geprüft worden, ob im Bereich des Vergabewesens eine zentrale Vergabestelle eingerichtet werden kann, um neben wirtschaftlichen Effekten ein optimales Maß an Korruptionsprävention zu erreichen?	
10 10.34 Versicherungen				
10	10.34.1	Versicherungen	Werden laufend Kostenvergleiche unterschiedlicher Anbieter durchgeführt, um unter Beachtung der vertraglichen Leistungen jeweils den kostengünstigsten Vertragsanbieter zu haben?	

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
10	10.34.2	Versicherungen	Werden die in einer abgeschlossenen Versicherung enthaltenen Leistungen laufend hinsichtlich ihrer Notwendigkeit geprüft?	
10	10.34.3	Versicherungen	Wurde die Kündigung der Kassenversicherung / Vermögenseigenschadenversicherung überprüft?	
10	10.34.4	Versicherungen	Wurde die Kündigung der Kfz-Kaskoversicherung überprüft?	
10	10.34.5	Versicherungen	Wurde die Kündigung der Kommunalpolice Gebäude überprüft?	
10	10.34.6	Versicherungen	Wurde überprüft, zu welchen Einsparungen die Einführung einer Selbstbeteiligung (z. B. 500 € je Schadensfall) für Sturm- und Hagelschäden in der Gebäudeversicherung führt?	
10	10.35	Verwaltungsorganisation		
10	10.35.1	Verwaltungsorganisation	Sind die derzeit eingesetzten Beauftragten-Stellen in vollem Umfang erforderlich? Können ihre Aufgaben und Funktionen in die Linienorganisation überführt werden?	
10	10.36	Verwaltungsstruktur		
10	10.36.1	Verwaltungsstruktur	Wurde geprüft, ob die in den verschiedenen Ämtern vorhandenen Verwaltungsabteilungen wirtschaftlicher zentral betrieben werden können?	Einrichtung von zentralen Verwaltungs-/Rechnungsstellen z.B. auf der Dezernatsebene
10	10.36.2	Verwaltungsstruktur	Wurde die Möglichkeit der Aufgabe von Außenstellen der Verwaltung geprüft?	Einschränkung von Öffnungszeiten
10	10.36.3	Verwaltungsstruktur	Wurde geprüft, welche Effekte sich aus einer Zusammenlegung der Bereiche Organisation, Personal und Informationstechnik ergeben?	
10	10.36.4	Verwaltungsstruktur	Hat generell eine strukturkritische Untersuchung der Verwaltungsorganisation stattgefunden? Wurde geprüft, ob die Organisationsstruktur durch die Zusammenlegung von Ämtern gestrafft werden kann?	Ziel: Schaffung größerer und umfassender verantwortlicher Organisationseinheiten um Personal effektiver und Finanzressourcen variabler einsetzen zu können.Reduzierung von Schnittstellen unter Berücksichtigung der Sachzusammenhänge in der Aufgabenerledigung
10	10.36.5	Verwaltungsstruktur	Wurden die Leistungen des Bürgerbüros überprüft?	Reduzierung, weil Bürgerbüros nicht in Anspruch genommen wurden. Ausweitung, weil Bürgerbüros nachgefragt wurden.
10	10.36.6	Verwaltungsstruktur	Wurde der Aufgabenzuschnitt des Bürgerbüros unter der Prämisse "ein Ansprechpartner für den Bürger" geprüft?	Umsetzung der Überlegungen zu "front- und back-office"
10	10.36.7	Verwaltungsstruktur	Wurden die Auswirkungen auf die Aufgabenerledigung in den Fachämtern geprüft, die durch die Erledigung des Service im "front-office" des Bürgerbüros entstehen?	
10	10.36.8	Verwaltungsstruktur	Hat eine Analyse zur Neustrukturierung bürgernaher Dienstleistungen stattgefunden?	
10	10.36.9	Verwaltungsstruktur	Ist überprüft worden, wie sich die Nutzungsfrequenz der Verwaltungsbücherei durch die optimierten Möglichkeiten von online-Recherchen verändert hat und welche Reduzierungen im Sachmittel- und Stellenbereich möglich sind?	
10	10.36.10	Verwaltungsstruktur	Wurde über eine Zusammenlegung der Bereiche Arbeitssicherheit, (sozialpsychologische) Beratungsstelle und betriebsärztlicher Dienst nachgedacht, um die Leitungs- und Assistenzanteile in dieser neuen Orga-Einheit zu optimieren?	Reduzierung der Angebote auf das notwendige Minimum

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
10	10.37	Web-basierte Dienstleistungsangebote		
10	10.37.1	Web-basierte Dienstleistungsangebote	Wurde der Ausbau des interaktiven städtischen Kommunikationsangebotes überprüft, sodass Anträge und Vordrucke sofort über das Internet/Intranet ausgefüllt, bearbeitet und wieder verschickt werden können?	
10	10.37.2	Web-basierte Dienstleistungsangebote	Wurde überprüft, ob es im Bereich von e-government-Lösungen bei den Betriebskosten zu Einsparungen kommen kann?	
10	10.38	Wissensmanagement		
10	10.38.1	Wissensmanagement	Ist eine Datenbank vorhanden, um in der Verwaltung vorhandenes Wissen zu sichern und einen Know-How Verlust (z.B. durch Ausscheiden von Experten) zu verhindern? Gibt es einen institutionalisierten Wissensaustausch zwischen den Organisationsheiten?	
11	PERSONAL			
11	11.1	Aus-, Fort- und Weiterbildung		
11	11.1.1	Aus-, Fort- und Weiterbildung	Wurde geprüft, ob der ausbildungsbegleitende Unterricht aufgegeben werden kann?	
11	11.1.2	Aus-, Fort- und Weiterbildung	Wenn die Kommune Mitglied in einem Studieninstitut ist, wurde geprüft, welche Einsparungen sich durch einen Austritt erzielen lassen?	
11	11.1.3	Aus-, Fort- und Weiterbildung	Wurde die Bedarfsgerechtigkeit des Fort- und Weiterbildungsangebotes für Mitarbeiter geprüft?	
11	11.1.4	Aus-, Fort- und Weiterbildung	Wird über ein Fortbildungscontrolling sichergestellt, dass die Fortbildungen kurz-, mittel- und langfristig die gewünschten Effekte erbringen?	
11	11.1.5	Aus-, Fort- und Weiterbildung	Wurde die Möglichkeit geprüft, die Zahl der Ausbildungsplätze zu reduzieren oder die Ausbildung ganz einzustellen?	
11	11.1.6	Aus-, Fort- und Weiterbildung	Wurde die Möglichkeit geprüft, für einen befristeten Zeitraum (z. B. 5 Jahre) unter Berücksichtigung der Fluktuation, des demografischen Wandels und der Entwicklung der zu erledigenden Aufgaben keine Ausbildungsverträge abzuschließen?	
11	11.1.7	Aus-, Fort- und Weiterbildung	Wurden Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Kommunen im Bereich der Ausbildung geprüft?	Schaffung von Ausbildungsverbünden
11	11.1.8	Aus-, Fort- und Weiterbildung	Wurde überprüft, ob die Anzahl der besetzten Ausbildungsplätze dem erforderlichen Bedarf entspricht?	auf der Basis einer Personalfunktionsanalyse
11	11.1.9	Aus-, Fort- und Weiterbildung	Wurde die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze auch unter demografischen Gesichtspunkten einem Kosten-Nutzen-Vergleich unterzogen?	
11	11.1.10	Aus-, Fort- und Weiterbildung	Wurde geprüft, inwiefern bei Aus- und Fortbildungen die Sachmittelbudgets gekürzt werden können?	
11	11.1.11	Aus-, Fort- und Weiterbildung	Wurde geprüft, ob durch eine Intensivierung der zentralen Koordination von Fort- und Weiterbildungen Kosteneinsparungen erzielt werden können?	Bildung von Fahrgemeinschaften
11	11.1.12	Aus-, Fort- und Weiterbildung	Wurde geprüft, ob Fortbildungen durch interne Trainer angeboten und durchgeführt werden können?	

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
11	11.1.13	Aus-, Fort- und Weiterbildung	Wurde geprüft, ob Fortbildungen in Kooperation mit anderen Kommunen als Inhouse-Schulungen kostengünstiger durchgeführt werden können?	
11	11.1.14	Aus-, Fort- und Weiterbildung	Werden die Mitarbeiter an den Fortbildungskosten beteiligt (finanzielle Beteiligung, Einsatz von Freizeit, Veranstaltungen tw. am Wochenende, Bleibeverpflichtung nach Durchführung von besonders aufwändigen FoBi)?	
11	11.2	Erstattungen von Dritten		
11	11.2.1	Erstattungen von Dritten	Wurde überprüft, inwiefern für Stellen, für die eine Personal- und/oder Sachkostenerstattung durch Dritte erfolgt, eine Vollkostendeckung erfolgt??	
11	11.3	Förderung Betriebssportgemeinschaft		
11	11.3.1	Förderung Betriebs-sportgemeinschaft	Wurde überprüft, inwiefern die Gewährung von Mitteln zur Förderung der Betriebssportgemeinschaft eingestellt werden können?	
11	11.4	Gesundheitsmanagement		
11	11.4.1	Gesundheitsmanagement	Wird über ein betriebliches Gesundheitsmanagement aktiv die Gesundheit der Mitarbeiter/innen gefördert und erhalten?	
11	11.5	Interkommunale Zusammenarbeit, Personal		
11	11.5.1	Interkommunale Zusammenarbeit, Personal	Ist eine Optimierung der Personalabrechnung durch Vergabe von (Teil-) Leistungen an Externe und/oder durch interkommunale Zusammenarbeit geprüft worden?	
11	11.5.2	Interkommunale Zusammenarbeit, Personal	Wurde überprüft, ob eine interkommunale Zusammenarbeit in den Bereichen Beihilfen, Reisekosten und sonstige Erstattungen die wirtschaftlichere Lösung im Vergleich zur Eigenleistung ist?	
11	11.6	Job-Ticket		
11	11.6.1	Job-Ticket	Sofern den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Zuschüsse für die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs geleistet werden (z. B. Job-Tickets): Wurde die Kosten-Nutzen-Relation überprüft und/oder geprüft, ob diese Zuschüsse eingestellt werden können?	
11	11.7	Leistungsprämien		
11	11.7.1	Leistungsprämien	Wurde überprüft, inwiefern eine neuerliche Entscheidung des Stadtrates zur Reduzierung von bisher freiwillig gezahlten Leistungsprämien möglich ist?	Rotation, Hospitation
11	11.8	Personaleinsatz		
11	11.8.1	Personaleinsatz	Wird die Veränderungsbereitschaft und Flexibilität der Mitarbeiter/innen aktiv gefördert?	aktive Personalentwicklung
11	11.8.2	Personaleinsatz	Findet ein regelmäßiger Abgleich zwischen Anforderungs- und Beschäftigungsprofilen statt?	laufende Fortschreibung der Arbeitsplatzbeschreibungen
11	11.8.3	Personaleinsatz	Gibt es ein Konzept zum proaktiven Einsatz leistungsgeminderter Beschäftigter?	Gibt es ein Konzept um einer Leistungsminderung von Beschäftigten präventiv zu begegnen?
11	11.9	Personalentwicklung		
11	11.9.1	Personalentwicklung	Werden die eingesetzten personalentwicklerischen Maßnahmen (FoBi) hinsichtlich ihrer Kosten-Nutzen-Relation überprüft?	
11	11.10	Personalentwicklungskonzept		
11	11.10.1	Personalentwicklungs-konzept	Ist ein Personalentwicklungskonzept unter Berücksichtigung der Auswirkungen des demografischen Wandels (extern und intern) aufgestellt?	
11	11.11	Personalkostenreduzierung		

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
11	11.11.1	Personalkostenreduzierung	Werden bei erforderlichen Stellenbesetzungen die entstehenden Bedarfe vorrangig durch die Realisierung von kw- bzw. ku-Vermerken bedient?	
11	11.11.2	Personalkostenreduzierung	Wurde darüber nachgedacht, die Entgeltumwandlung zu forcieren, weil dadurch Personalnebenkosten gespart werden können?	
11	11.11.3	Personalkostenreduzierung	Wird den Beschäftigten aktiv die Möglichkeit der Entgeltumwandlung angeboten?	
11	11.11.4	Personalkostenreduzierung	Wird im Einzelfall geprüft, ob die Stellen der Mitarbeiter, die aufgrund altersbedingter Fluktuation oder aus sonstigen Gründen ausscheiden werden, neu bzw. im bisherigen Umfang besetzt werden müssen?	Realisierung von kw bzw. ku-Vermerken
11	11.11.5	Personalkostenreduzierung	Wird überprüft, ob es möglich ist, Stellenbedarfe durch kurzfristige Umsetzung zu befriedigen?	
11	11.11.6	Personalkostenreduzierung	Wurden alle Tatbestände zur Gewährung von Sonderurlaub einer kritischen Prüfung unterzogen?	Abfindungen, einstweiliger Ruhestand, Beurlaubungen für einen Wechsel in die Privatwirtschaft, Nutzung von Abordnungs- und Zuweisungsmöglichkeiten, freier Tag aus Anlass des Geburtstages der Mitarbeiter/innen
11	11.11.7	Personalkostenreduzierung	Bestehen Anreize für eine "Ausstiegsbereitschaft" aus dem Arbeitsverhältnis?	
11	11.11.8	Personalkostenreduzierung	Bestehen Regelungen zu Möglichkeiten einer betriebsbedingten Änderungskündigung?	Einsatz von "eigenem" Personal, dessen (z. B. zusätzlich erworbene) Fachlichkeit im derzeitigen Einsatzgebiet derzeit nicht umfassend genutzt werden kann
11	11.11.9	Personalkostenreduzierung	Wird die Notwendigkeit einer externen Stellenausschreibung im Einzelfall geprüft?	
11	11.11.10	Personalkostenreduzierung	Wurde überprüft, inwiefern die Regelung zur Verkürzung der Stufenlaufzeit (gemäß § 17 TVöD) in der bestehenden Dienstvereinbarung zum TVöD aufgehoben werden kann?	
11	11.11.11	Personalkostenreduzierung	Wurde überprüft, inwiefern das Anfallen nicht regelmäßig zu zahlender Bezüge (Überstunden §§ 8 und 7 TVöD, Zeitzuschläge § 8 TVöD, Mehrarbeit § 8 TVöD, Rufbereitschaft ohne Zeitzuschlag § 8 TVöD, Bereitschaftsdienste § 8 TVöD, Schichtzuschläge § 8 TVöD) vermieden werden kann?	
11	11.11.12	Personalkostenreduzierung	Wurde überprüft, inwiefern freiwillige Ausgaben für betriebliche Aktivitäten (z.B. Betriebsausflüge, Weihnachtsfeiern) eingespart werden können?	
11	11.11.13	Personalkostenreduzierung	Wurde überprüft, inwiefern eine Verlängerung der Wiederbesetzungssperre von Stellen möglich ist?	
11	11.11.14	Personalkostenreduzierung	Erfolgt eine aktive Veröffentlichung von Stellenausschreibungen anderer Kommunen?	
11	11.11.15	Personalkostenreduzierung	Ist sichergestellt, dass Einsparungen an anderer Stelle erfolgen, wenn Organisationseinheiten wider Erwarten notwendige Personaleinstellungen vornehmen müssen?	
11	11.11.16	Personalkostenreduzierung	Werden alle Bewertungen regelmäßig auf Aktualität überprüft?	
11	11.11.17	Personalkostenreduzierung	Wird im höchstmöglichen Maße von der Befristung von Arbeitsverträgen Gebrauch gemacht?	

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
11	11.11.18	Personalkostenreduzierung	Stehen alle Sachbezüge und freiwilligen Leistungen unter einem jederzeitigen Widerrufsvorbehalt?	
11	11.11.19	Personalkostenreduzierung	Wurde geprüft, inwieweit die Mitarbeiter/innen anstelle der Sonderzuwendung ganz oder teilweise Urlaub in Anspruch nehmen möchten?	
11	11.11.20	Personalkostenreduzierung	Ist eine Personalfuktuationsanalyse durchgeführt worden, um in den einzelnen Abteilungen insbesondere dem drohenden Know-How Verlust vorzubeugen und um frühzeitig abschätzen zu können, in welchem Bereich und zu welchem Zeitpunkt Stellen zur Disposition frei werden?	
11	11.12	Personalplanung		
11	11.12.1	Personalplanung	Findet eine zentrale Personalplanung statt?	Beachtung der internen und externen Einflussfaktoren der demografischen Entwicklung
11	11.13	personalwirtschaftliche Dienstleistungen		
11	11.13.1	personalwirtschaftliche Dienstleistungen	Wurde überprüft, ob die vorhandenen personellen Kapazitäten für alle personalwirtschaftlichen Dienstleistungen noch besser ausgelastet werden können, bzw. zusätzliche Einnahmen generiert werden können, wenn Dienstleistungen für Dritte erbracht werden?	
11	11.14	Verwaltungssteuerung		
11	11.14.1	Verwaltungssteuerung	Werden die Personalkosten durch Personalkostenbudgetierung und -controlling gesteuert?	Kostentransparenz führt zu Kostenbewusstsein.
11	11.15	Verwaltungsstruktur		
11	11.15.1	Verwaltungsstruktur	Wurde die Zusammenlegung der Bereiche Personalentwicklung, -bedarfsplanung, -steuerung, -beschaffung geprüft?	
12	STATISTIK und WAHLEN			
12	12.1	interkommunale Zusammenarbeit		
12	12.1.1	interkommunale Zusammenarbeit	Wurde überprüft, ob mindestens die Pflichtstatistiken im Rahmen einer Kooperation mit anderen Kommunen erstellt werden können?	siehe auch 10.17.11
12	12.2	IT-Optimierung		
12	12.2.1	IT-Optimierung	Wurde eine Reduzierung der Aufwendungen im Bereich Statistik überprüft, auch in Hinsicht auf vermeidbare Druckkosten?	
12	12.3	Standard-Reduzierungen		
12	12.3.1	Standard-Reduzierungen	Können statistische Umfragen der Kommune aufgegeben werden?	
13	PRESSE- und ÖFFENTLICHKEITSARBEIT			
13	13.1	Geschäftsprozessoptimierung		
13	13.1.1	Geschäftsprozess-Optimierung	Inwieweit ist ein Abbau der Öffentlichkeitsarbeit möglich, zentral und dezentral in den Fachämtern?	
13	13.1.2	Geschäftsprozess-Optimierung	Wurde geprüft, inwiefern Presse- und Kommunikationsaufgaben - dabei insbesondere im Bereich Marketing - innerhalb des Konzerns (Verwaltung und Beteiligungen) gebündelt werden können?	
13	13.1.3	Geschäftsprozess-Optimierung	Werden alle von der Kommune erstellten Publikationen regelmäßig hinsichtlich ihres Kosten-Nutzen-Verhältnisses geprüft?	
13	13.1.4	Geschäftsprozess-Optimierung	Wurde ermittelt, in welcher Höhe für Öffentlichkeitsarbeit in der Gesamtverwaltung Mittel zur Verfügung stehen und ob diese insgesamt erforderlich sind?	Bündelung von Öffentlichkeitsarbeit

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
13	13.2	Standard-Reduzierungen		
13	13.2.1	Standard-Reduzierungen	Wurde geprüft, ob eine Standardabsenkung für die inhaltliche Ausgestaltung der Homepage möglich ist mit dem Ziel der Kosteneinsparung?	
13	13.2.2	Standard-Reduzierungen	Wurde die Aufgabe des Zeitungsausschnittdienstes geprüft?	Einstellung bzw. Reduzierung
13	13.2.3	Standard-Reduzierungen	Wurde die Erforderlichkeit von nicht-pflichtigen kommunalen Publikationen (z.B. Info.-Broschüren) überprüft?	
13	13.2.4	Standard-Reduzierungen	Wurde die Notwendigkeit aller sogenannter "Aushangkästen" geprüft?	
13	13.3	Werbeflächen		
13	13.3.1	Werbeflächen	Wurde geprüft, ob durch eine verstärkte Ausweisung von Werbeflächen im kommunalen Internet, innerhalb und außerhalb der Dienstgebäude sowie auf den Fahrzeugen, zusätzliche Einnahmen generiert werden können?	
13	13.3.2	Werbeflächen	Wurde geprüft, inwieweit Einnahmen über die Ausweisung von Werbeflächen auf städtischen Briefumschlägen erzielt werden können?	
14	RECHNUNGS- und GEMEINDEPRÜFUNG			
14	14.1	Kostenerstattungen		
14	14.1.1	Kostenerstattungen	Wurde überprüft inwiefern Kostenerstattungen durch Dritte (Vereine, Verbände, Beteiligungen etc.) für Prüfungsleistungen erfolgen und inwiefern diese Kostenerstattungen vollkostendeckend sind?	
14	14.2	Planung Baumaßnahmen		
14	14.2.1	Planung Baumaßnahmen	Wird bei der Planung von Baumaßnahmen der Fachreferate die technische Rechnungsprüfung einbezogen, um deren Erkenntnisse aus vorangehenden Bauprojekten zu nutzen?	
14	14.3	Prüfungsgebühren		
14	14.3.1	Prüfungsgebühren	Wurde die Erhebung von Prüfungsgebühren und deren Höhe für bestimmte Prüfungsaufgaben (durch das RPA) gegenüber Institutionen, an denen die Kommune im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung beteiligt ist, geprüft?	
14	14.3.2	Prüfungsgebühren	Wurde überprüft, inwiefern durch die Ausweitung der Prüfungstätigkeiten für "Dritte" Zusatzerlöse generiert werden können?	
14	14.4	Rolle RPA		
14	14.4.1	Rolle RPA	Agiert das Rechnungsprüfungsamt proaktiv und weist im Rahmen seiner übergreifenden Tätigkeit auf Optimierungspotenziale hin?	

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
Bitte beachten Sie unbedingt auch die Prüffragen im Tabellenblatt "Zuordnung übergreifend". In diesen übergreifenden Hinweisen sind Prüfaspekte enthalten, die sich nicht ausschließlich auf eine oder vereinzelter Aufgabengruppen beziehen, sondern grundsätzlich auf alle Aufgabengruppen bezogen angewendet werden können. Dabei handelt es sich beispielsweise um Fragen zu Möglichkeiten der inter-/ intrakommunalen Zusammenarbeit, Standardreduzierungen, Prüfung von Personalausstattungen etc. Die dort benannten Hinweise sind daher ebenso von allen Organisationseinheiten zu prüfen, wie die aufgabenspezifischen in den AHG 1-8.				
20 KÄMMEREI				
20 20.1 Abgabewesen				
20	20.1.1	Abgabewesen	Ist sichergestellt, dass die Möglichkeiten des Kommunalabgabengesetzes (KAG) sowohl hinsichtlich der Höhe der Beiträge als auch hinsichtlich des Anteils der Beitragspflichtigen in vollem Umfang ausgeschöpft werden?	
20	20.1.2	Abgabewesen	Wurde geprüft, ob im Abgabewesen auf den Versand von Benachrichtigungen zu einzelnen Erhebungsterminen bei regelmäßig wiederkehrenden Fälligkeitsterminen verzichtet werden kann?	
20	20.1.3	Abgabewesen	Wird eine Spielbankabgabe erhoben?	
20	20.1.4	Abgabewesen	Besteht die Möglichkeit die Spielbankabgabe einzuführen oder zu erhöhen?	
20 20.2 Beteiligungen				
20	20.2.1	Beteiligungen	Wurde geprüft, ob es rechtlich möglich ist, die Zuschüsse an Gesellschaften zu reduzieren bzw. einzustellen?	
20	20.2.2	Beteiligungen	Wurden alle Zuschüsse an die Beteiligungen einer kritischen Prüfung unterzogen?	
20	20.2.3	Beteiligungen	Wurde geprüft, ob bei sog. "Verlustgesellschaften" eine Aufgabenwahrnehmung bzw. Produkterstellung innerhalb der Verwaltungsstrukturen effektiver und effizienter möglich ist?	
20	20.2.4	Beteiligungen	Wurde geprüft, zu welchen Konditionen sich die Kommune von sog. "Verlustgesellschaften" trennen kann, vor allem dann, wenn sie keinen wesentlichen Wirkungsbeitrag zu den vereinbarten strategischen Zielen erbringen?	
20	20.2.5	Beteiligungen	Wurde geprüft, ob Beteiligungen, bei denen es zu keiner Verzinsung des Eigenkapitals kommt oder die Verzinsung unter Marktniveau liegt, veräußert werden können?	
20 20.3 Beteiligungen/ Gesellschaften				
20	20.3.1	Beteiligungen/ Gesellschaften	Sind Möglichkeiten zur Erhöhung der Ausschüttung von Gesellschaften an die Kommune geprüft worden?	
20 20.4 Beteiligungen/ Sparkassen				
20	20.4.1	Beteiligungen/ Sparkassen	Wurde eine Erhöhung am Bilanzgewinn der Stadt-/Kreissparkasse überprüft?	
20 20.5 Bürgerhaushalt				
20	20.5.1	Bürgerhaushalt	Gibt es Ansätze, das Instrument Bürgerhaushalt in Richtung verstärkter Gewinnung von Sparvorschlägen durch die Bürger zu entwickeln?	
20 20.6 Eigenkapital				
20	20.6.1	Eigenkapital	Wurden Modelle zur Erhöhung der Eigenkapitalrentabilität erarbeitet?	

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
20	20.6.2	Eigenkapital	Wurde darüber nachgedacht, die Eigenkapitalverzinsung des Stammkapitals zu erhöhen?	
20	20.6.3	Eigenkapital	Ist die Möglichkeit von Zinseinsparungen aufgrund der Abführung von Eigenkapital in Raten an den kommunalen Haushalt geprüft worden?	
20	20.7	Finanzmanagement		
20	20.7.1	Finanzmanagement	Wurden mögliche Zinersparnisse, die sich aus der Umsetzung von Konsolidierungsmaßnahmen ergeben, überprüft?	
20	20.7.2	Finanzmanagement	Ist im Zusammenhang mit Vorlagen mit finanziellen Auswirkungen - insbesondere Mehraufwand außerhalb des veranschlagten Budgets - eine Stellungnahme des Finanzbereichs einzuholen?	
20	20.7.3	Finanzmanagement	Wird das Anlagevermögen zu einem höchstmöglichen kalkulatorischen Zinssatz verzinst?	
20	20.8	Forderungsmanagement		
20	20.8.1	Forderungsmanagement	Werden Forderungen, die die Stadt gegenüber wem auch immer hat, in der kürzestmöglichen Zeit eingefordert?	auch Zuwendungen nach Abschluss der Maßnahmen zentrales Forderungsmanagement
20	20.9	Gebühren und Entgelte		
20	20.9.1	Gebühren und Entgelte	Wurde überprüft, ob kommunale Gebühren an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werden können?	
20	20.9.2	Gebühren und Entgelte	Sofern die erhobenen Benutzungsentgelte für öffentliche Einrichtungen nicht kostendeckend sind: Wurden die Möglichkeiten einer Erhöhung geprüft?	
20	20.10	Geschäftsprozessoptimierung		
20	20.10.1	Geschäftsprozess- Optimierung	Wurde überprüft, welche Synergieeffekte nach der Einführung der Doppik genutzt werden können?	Einrichtung einer zentralen Buchhaltung
20	20.11	Kosten- und Leistungsrechnung		
20	20.11.1	Kosten- und Leistungsrechnung	Erfolgt in einer KLR die Ausweisung der Deckungsbeiträge der verschiedenen Bereiche?	Vereinbarung von Konsequenzen (z.B. im Sinne eines Eskalationsverfahrens) für die Aufgabenbereiche mit negativen Deckungsbeiträgen
20	20.11.2	Kosten- und Leistungsrechnung	Wurde das eingesetzte KLR-System hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit überprüft?	
20	20.12	Kurtaxe		
20	20.12.1	Kurtaxe	Wird sofern möglich eine Kurtaxe erhoben? Besteht ggf. die Möglichkeit die Kurtaxe zu erhöhen?	
20	20.13	Stadt als Gläubigerin		
20	20.13.1	Stadt als Gläubigerin	Wurde die Angemessenheit der Verzinsung seitens der durch die Kommune gewährten Darlehen geprüft?	
20	20.13.2	Stadt als Gläubigerin	Wurde bei der Gewährung von Bürgschaften überprüft, inwiefern eine Anhebung der Avalprovision auf einen marküblichen Zinssatz möglich ist?	
20	20.14	Verwaltungskostenerstattungen von Dritten		
20	20.14.1	Verwaltungskostener- stattungen von Dritten	Wurde überprüft, inwiefern Verwaltungskostenerstattungen, die von den städtischen Beteiligungen oder sonstigen Dritten, für Leistungen der Stadtverwaltung gezahlt werden, vollkostendeckend sind?	
20	20.15	Übertragung Haushaltsmittel		
20	20.15.1	Übertragung Haushaltsmittel	Wurde eine Erleichterung der Übertragung von Haushaltsmitteln auf die Folgejahre geprüft, um das sog. Dezemberfieber zu verhindern?	
20	20.16	Zuschüsse/Förderungen Dritter		

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
20	20.16.1	Zuschüsse/Förderungen Dritter	Wurde die Höhe der Zuschüsse für öffentliche Radio- und Sendeanstalten überprüft?	
21 KASSE				
21	21.1	Forderungsmanagement		
21	21.1.1	Forderungsmanagement	Wurde die Vorverlegung des Mahnzeitpunktes bei den Hauptfälligkeiten in der Finanzbuchhaltung geprüft?	
21	21.2	Gebühren und Entgelte		
21	21.2.1	Gebühren und Entgelte	Wurde die Anhebung der Höhe der Mahngebühren im privatrechtlichen Bereich geprüft?	
21	21.3	Personalkostenreduzierung		
21	21.3.1	Personalkostenreduzierung	Wurde geprüft, ob die Stellenausstattung für die Bearbeitung der manuellen Buchungsvorgänge an die tatsächlichen Fallzahlen angepasst wurde?	
22 STEUERN				
22	22.1	Forderungsmanagement		
22	22.1.1	Forderungsmanagement	Wurde die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes eines Steuerprüfdienstes geprüft?	
22	22.2	Gewerbesteuer		
22	22.2.1	Gewerbesteuer	Wurden Ausgleichszahlungen für Gewerbesteuereinnahmen aus gemeinsamen Gewerbegebieten mit dem Umland überprüft?	
22	22.2.2	Gewerbesteuer	Ist geprüft worden, ob sich durch eine Intensivierung bei den Gewerbesteueraußenprüfungen Mehreinnahmen generieren lassen?	
22	22.2.3	Gewerbesteuer	Wurde eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes geprüft?	
22	22.3	Grundsteuer		
22	22.3.1	Grundsteuer	Wurde eine Erhöhung der Grundsteuer A geprüft?	
22	22.3.2	Grundsteuer	Wurde eine Erhöhung der Grundsteuer B geprüft?	
22	22.3.3	Grundsteuer	Wurde überprüft, ob durch die Absenkung der Grundsteuern A und B eine größere Anzahl an Bürgern angeworben werden kann, und hieraus höhere FAG-Zuweisungen resultieren?	
22	22.4	Hundesteuer		
22	22.4.1	Hundesteuer	Wurde eine Anhebung der Hundesteuersätze auf den Maximalwert (ermittelt durch einen Benchmark-Prozess) geprüft?	Differenzierung der Steuersätze für den 1. Hund und jeden weiteren Hund
22	22.4.2	Hundesteuer	Wurde überprüft, ob für alle Hunde auch tatsächlich Hundesteuer gezahlt wird?	In der Presse kann auf die konsequente Überprüfung hingewiesen werden mit dem Hinweis, alle ordnungsrechtlichen Möglichkeiten zu nutzen. An die Verpflichtung könnte z. B. auch durch eine Postwurfsendung erinnert werden.
22	22.5	Jagdsteuer		
22	22.5.1	Jagdsteuer	Wurde eine Erhöhung der Jagdsteuer geprüft?	
22	22.6	Vergnügungssteuer		
22	22.6.1	Vergnügungssteuer	Wurde die Einführung einer Vergnügungssteuer überprüft?	Erhöhung der bereits vorhandenen Vergnügungssteuer
22	22.7	Zweitwohnungssteuer		
22	22.7.1	Zweitwohnungssteuer	Ist die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer geprüft worden?	
23 LIEGENSCHAFTEN				
23	23.1	Gebühren und Entgelte		

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
23	23.1.1	Gebühren und Entgelte	Ist sichergestellt, dass bei (Groß)Veranstaltungen die Kosten für Toilettenwagen von dem jeweiligen Veranstalter getragen werden?	
23	23.2	Grundbesitz		
23	23.2.1	Grundbesitz	Wurde geprüft, den städtischen Grundbesitz (bebauet und unbebauet) soweit wie möglich zu veräußern und den gesamten Restbestand ggf. an eine Eigengesellschaft abzugeben?	
23	23.2.2	Grundbesitz	Ist der Verkauf von städtischen Grundstücken geprüft worden, deren weiterer Besitz auch unter mittel- und langfristigen Gesichtspunkten keinen strategischen Wert für die Stadt darstellt?	
23	23.3	IT-gestütztes Liegenschaftsmanagement		
23	23.3.1	IT-gestütztes Liegenschaftsmanagement	Wurde über die Einführung einer EDV-Unterstützung zur Führung des Liegenschaftskatasters nachgedacht, um die Zusammenstellung von Vermessungsunterlagen erheblich zu vereinfachen?	
23	23.3.2	IT-gestütztes Liegenschaftsmanagement	Wurde eine mögliche Digitalisierung der Hausakten überprüft?	Reduzierung von Raumkapazitäten
23	23.4	Liegenschaftsverwaltung		
23	23.4.1	Liegenschaftsverwaltung	Ist geprüft worden, ob die städtischen Anlagen ausreichend gegen unberechtigte Fremdnutzung geschützt sind, um neben einem berechtigten Anspruch auf Entgelte auch die Schäden durch Vandalismus und dergl. zu reduzieren?	
23	23.5	Mieten und Pachten für kommunale Objekte		
23	23.5.1	Mieten und Pachten für kommunale Objekte	Wurde überprüft, inwiefern eine Erhöhung der Mieten und Pachten für städtische Immobilien möglich ist?	
23	23.5.2	Mieten und Pachten für kommunale Objekte	Wurde geprüft, die Mieten und Pachten für Dauerkleingärten zu erhöhen?	
23	23.5.3	Mieten und Pachten für kommunale Objekte	Wurden alle Pachtverträge dahingehend überprüft, ob Erhöhungen des Pachtzinses zum nächstmöglichen Zeitpunkt realisierbar sind?	
23	23.5.4	Mieten und Pachten für kommunale Objekte	Wurde eine Erhöhung der Sitzungssaalmieten geprüft?	
23	23.5.5	Mieten und Pachten für kommunale Objekte	Wurde durch gezielte Werbemaßnahmen versucht, die Auslastung von städtischen Einrichtungen/Räumen durch Vermietungen zu erhöhen?	
23	23.6	Nutzung von Liegenschaften		
23	23.6.1	Nutzung von Liegenschaften	Wurde die Folgenutzung von nicht mehr benötigten, entwidmeten Friedhofsflächen überprüft?	Ggf. Überführung in eine öffentl. Grünfläche, Kleingartenanlage, Sport- und andere Freizeitanlagen, Ackerland, Beweidung, Baumschulkulturen, Regenrückhalteflächen und dergl.. Für eine Übergangszeit von mindestens einer Ruheperiode (25 Jahre) sollte zunächst die oberirdische Folgenutzung geprüft werden
23	23.7	Veräußerung städtischer Objekte		
23	23.7.1	Veräußerung städtischer Objekte	Wurde eine mögliche Veräußerung ausgewählter Objekte des allgemeinen, städtischen Grundvermögens überprüft?	
23	23.8	Mieten und Pachten für Liegenschaften		
65	23.8.1	Mieten und Pachten für Liegenschaften	Wurde überprüft, inwiefern die kommunalen Immobilien für die Vermarktung von Solaranlagen geeignet sind?	
23	23.9	übergreifend		

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
23	23.9.1	übergreifend	Wurde geprüft, ob die Erhebung einer Gebühr zur "Einsichtnahme in städtische Hausakten durch Dritte" möglich ist?	

AG	Nr.	Konsolidierungsbereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
Bitte beachten Sie unbedingt auch die Prüffragen im Tabellenblatt "Zuordnung übergreifend". In diesen übergreifenden Hinweisen sind Prüfasperte enthalten, die sich nicht ausschließlich auf eine oder vereinzelte Aufgabengruppen beziehen, sondern grundsätzlich auf alle Aufgabengruppen bezogen angewendet werden können. Dabei handelt es sich beispielsweise um Fragen zu Möglichkeiten der inter-/ intrakommunalen Zusammenarbeit, Standardreduzierungen, Prüfung von Personalausstattungen etc. Die dort benannten Hinweise sind daher ebenso von allen Organisationseinheiten zu prüfen, wie die aufgabenspezifischen in den AHG 1-8.				
30 RECHT				
30 30.1 Interkommunale Zusammenarbeit				
30	30.1.1	Interkommunale Zusammenarbeit	Wurde geprüft, ob alle Möglichkeiten der Interkommunalen Zusammenarbeit in der Aufgabengruppe ausgeschöpft sind?	Feststellung, welche Aufgaben für IKZ geeignet sind
30 30.2 Privatisierung				
30	30.2.1	Privatisierung	Wurde überprüft, inwieweit der Einsatz von Anwälten (insbesondere bei speziellen Rechtsfragen) wirtschaftlicher ist als der Einsatz von eigenem Personal?	
32 SICHERHEIT und ORDNUNG				
32 32.1 Einrichtung Tierfriedhof				
32	32.1.1	Einrichtung Tierfriedhof	Wurde überprüft, ob die Einrichtung eines Tierfriedhofes mit zusätzlichen Erträgen verbunden ist?	
32 32.2 Entgelte Märkte				
32	32.2.1	Entgelte Märkte	Wurde überprüft, inwiefern bei der Durchführung von Märkten durch externe Betreiber eine Erhebung bzw. Erhöhung der Nutzungsentgelte möglich ist?	
32 32.3 Friedhofsgebühren				
32	32.3.1	Friedhofsgebühren	Wurde überprüft ob eine zusätzliche Grabgebühr für "Ewigkeitsgräber" möglich ist?	
32	32.3.2	Friedhofsgebühren	Wurde eine allgemeine Gebührenerhöhung für alle Grabrechtsinhaber auf allen städtischen Friedhöfen überprüft?	
32 32.4 Friedhofswesen				
32	32.4.1	Friedhofswesen	Wurde die Einführung von Waldurnengräber überprüft?	
32	32.4.2	Friedhofswesen	Ist geprüft worden, ob bei Bestattungsleistungen für ordnungsbehördliche Bestattungen durch Neuausschreibungen Ressourcen eingespart werden können?	
32	32.4.3	Friedhofswesen	Können die Öffnungszeiten von Friedhofsgebäuden weiter eingeschränkt werden?	
32	32.4.4	Friedhofswesen	Sind die Friedhöfe in der derzeit vorhandenen Anzahl erforderlich?	
32	32.4.5	Friedhofswesen	Wurde eine Erhöhung der Entgelte für Gewerbetreibende auf den Friedhöfen geprüft?	
32 32.5 Privatisierung				
32	32.5.1	Privatisierung	Können die kommunalen Trägerdienste bei Bestattungen eingestellt und in die Verantwortlichkeit der Bestattungsunternehmen übertragen werden?	
33 EINWOHNER- UND MELDEWESEN				
33 33.1 E-Government				
33	33.1.1	E-Government	Werden die Möglichkeiten der elektronischen Melderegisterauskunft konsequent genutzt?	
33 33.2 Geschäftsprozessoptimierung				

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
33	32.2.1	Geschäftsprozess- optimierung	Wurde geprüft, ob durch eine Optimierung der Bezahlvorgänge im Bereich des Einwohnermeldewesens eine Stellenreduktion möglich ist?	Aufstellen von Kassensautomaten, bargeldloses Zahlen mit Karte
33	32.2.2	Geschäftsprozess- optimierung	Wurde geprüft, welche Einsparungen damit verbunden sind, wenn Bürger keine schriftliche Mitteilung darüber erhalten, dass ihr beantragter Personalausweis oder Reisepass abholbereit ist?	
33	32.2.3	Geschäftsprozess- optimierung	Werden die Bürger ca. 3 Monate vor Ablauf der Gültigkeit des Personalausweises zur Vermeidung von kurzfristig erforderlichen Maßnahmen auf diesen Umstand hingewiesen?	
33	32.2.4	Geschäftsprozess- Optimierung	Wurde geprüft, welche Einsparungen mit der Einführung der sog. Elektronischen Lohnsteuerkarte verbunden sind?	
33	33.3	Interkommunale Zusammenarbeit		
33	33.3.1	Interkommunale Zusammenarbeit	Wurde geprüft, ob aufgrund der Fallzahlenentwicklung im Bereich "Einbürgerungen" eine interkommunale Zusammenarbeit sinnvoll ist?	
33	33.4	Personalbemessung		
33	33.4.1	Personalbemessung	Ist geprüft worden, wie sich die Zahl der Einbürgerungen in den vergangenen Jahren entwickelt hat und ob der Stellenbedarf diesen Veränderungen angepasst wurde?	
34	PERSONENSTAND			
34	34.1	Qualitätsstandards		
34	34.1.1	Qualitätsstandards	Ist geprüft worden, ob standesamtliche Dienstleistungen in unterschiedlichen Standards erbracht werden können und welche zusätzlichen Erlöse damit verbunden sein würden?	
34	34.1.2	Qualitätsstandards	Ist geprüft worden, ob Trauungen und damit verbundene Servicedienstleistungen durch die Stadt "aus einer Hand" angeboten werden können?	Kooperation mit der Tourismusstelle und der örtlichen Gastronomie
34	34.2	Standardreduzierung		
34	34.2.1	Standardreduzierung	Wurde überprüft, ob und inwieweit die Durchführung von Trauungen und Bestattungsfeiern außerhalb der regulären Dienstzeit (z. B. Trauungen an Samstagen) eingestellt werden können?	Wenn die Dienste erhalten bleiben sollen, ist zu prüfen, ob und in welchem Umfang der Kostendeckungsgrad erhöht werden kann.
34	34.3	Verwaltungsgebühren		
34	34.3.1	Verwaltungsgebühren	Ist geprüft worden, ob der Service rund um Trauungen (Örtlichkeit, Zeiten, Umfang der Zusatzleistungen und dergl.) in verschiedenen Qualitätsstufen möglich ist und für die über die Standardleistung hinausgehenden Dienstleistungen ein Kostendeckungsbeitrag von 100 % erzielt werden kann?	
34	34.4	Verwaltungsstruktur		
34	34.4.1	Verwaltungsstruktur	Wurde die Zentralisierung des Standesamtes geprüft, sofern es mehrere diesbezügliche Dienststellen im Gebiet der Kommune gibt?	
35	SOZIALVERSICHERUNG			
35	35.1	Standardreduzierung		
35	35.1.1	Standardreduzierung	Kann vor dem Hintergrund der kostenfreien Rentenberatung durch die deutsche Rentenversicherung auf die kommunale Rentenberatung verzichtet werden?	Reduzierung auf ein absolutes Minimum Sprechzeitenregelung (z. B. 1x wchtl. oder 1x mtl.)
35	35.2	Verwaltungsstruktur		
35	35.2.1	Verwaltungsstruktur	Wurde die Aufgabe des Versicherungsamtes überprüft?	
36	STRASSENVERKEHR			
36	36.1	Gebühren und Entgelte		

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
36	36.1.1	Gebühren und Entgelte	Wurde eine Erhöhung der Entgelte für die Sondernutzung des öffentlichen Straßenraumes überprüft?	
36	36.2	Gebühren Schwertransporte		
36	36.2.1	Gebühren Schwertransporte	Wurde überprüft, ob eine Gebührenerhöhung für die Genehmigung von Schwertransporten erfolgen kann?	
36	36.3	Parkgebühren		
36	36.3.1	Parkgebühren	Wurde überprüft, ob eine Gebührenerhöhung bei öffentlichen, gebührenpflichtigen Parkplätzen im gesamten Stadtgebiet möglich ist?	
36	36.3.2	Parkgebühren	Wurde eine mögliche Gebührenerhöhung bei der Erteilung von Parkgenehmigungen überprüft?	Bewohnerparkausweise
36	36.3.3	Parkgebühren	Ist geprüft worden, welche zusätzlichen Einnahmen erzielt werden können, wenn Eheschließende nicht mehr kostenlos auf kostenpflichtigen Parkplätzen parken können?	Erwerb eines Parkscheins bei Vereinbarung Trauungstermin
36	36.3.4	Parkgebühren	Hat eine Überprüfung des Umfangs der Parkraumbewirtschaftung in allen Bereichen der Stadt stattgefunden?	auch außerhalb der Innenstadt
36	36.3.5	Parkgebühren	Wurde generell geprüft, wer Parkplätze kostenfrei benutzen darf (z. B. Ratsmitglieder, Mitarbeiter) und ob diese Befreiung aufgehoben werden kann?	
36	36.4	Personalkostenreduzierung		
36	36.4.1	Personalkosten- reduzierung	Wurde geprüft, inwieweit auf eine Doppelbesetzung bei den Überwachungstätigkeiten der Politessen verzichtet werden kann?	Beachtung von Sicherheitsaspekten
36	36.5	Privatisierung		
36	36.5.1	Privatisierung	Wurde überprüft, inwiefern die Parkraumbewirtschaftung durch Private rechtlich zulässig ist und ob dieses dann eine kostengünstigere Variante darstellt?	
36	36.6	Rahmengebühren Straßenverkehr		
36	36.6.1	Rahmengebühren Straßenverkehr	Wurde eine Erhöhung für Maßnahmen nach § 70 StVZO überprüft?	
36	36.7	Verkehrsüberwachung		
36	36.7.1	Verkehrsüberwachung	Ist geprüft worden, ob durch eine Intensivierung der Überwachung des ruhenden Verkehrs durch den Einsatz weiterer Politessen eine Einnahmesteigerung gesamtwirtschaftlich möglich ist?	
36	36.7.2	Verkehrsüberwachung	Ist geprüft worden, ob durch eine Optimierung der Einsatzzeiten für den Betrieb der Radarwagen zusätzliche Einsatzzeiten geschaffen werden können?	Schichtbetrieb zwischen 6 und 22 Uhr
36	36.7.3	Verkehrsüberwachung	Wurde geprüft, ob es rechtlich zulässig ist, die Überwachung des fließenden Verkehrs von einem privaten Dritten durchführen zu lassen und ob dies kostengünstiger wäre?	
36	36.7.4	Verkehrsüberwachung	Wurde geprüft, ob die stationären und mobilen Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen durch Ersatzbeschaffungen auf den Stand der Technik aufgerüstet werden können, sodass eine deutlich höhere Zahl auswertbarer Messergebnisse erreicht wird?	Messanlagen für Verkehrsteilnehmer nicht mehr sichtbar messen bei ungünstigen Wetterverhältnissen, Nachts, in Kurven
36	36.7.5	Verkehrsüberwachung	Wurde geprüft, ob die Zahl der Standorte, an denen Geschwindigkeitsüberwachungen stattfinden, deutlich ausgeweitet werden kann?	Ausweitung der mobilen und stationären Geschwindigkeitsüberwachung
36	36.8	Verwaltungsgebühren		
36	36.8.1	Verwaltungsgebühren	Wurde eine Anhebung der Verwaltungsgebühren für das Handeln des Bereiches "Verkehrsregelung und -lenkung" geprüft?	
36	36.9	Verwargelder		

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
36	36.9.1	Verwargelder	Wurde eine Erhöhung des Kostendeckungsgrades bei Verkehrs- und Ordnungswidrigkeiten überprüft?	
37 FEUERSCHUTZ				
37 37.1 Feuerwehrgebühren				
37	37.1.1	Feuerwehrgebühren	Wurde eine Erhöhung der Feuerwehrgebühren überprüft?	
37 37.2 Fuhrpark und Fahrdienstleistungen				
37	37.2.1	Fuhrpark und Fahrdienstleistungen	Hat eine Überprüfung der Leasingmöglichkeiten von Einsatzfahrzeugen (PKW/Busse) der Feuerwehr stattgefunden?	
37 37.3 Fuhrpark und Fahrdienstleistungen				
37	37.3.1	Fuhrpark und technische Ausstattung	Wurde das Feuerwehrfahrzeugkonzept sowie die insgesamt technische Ausstattung der Feuerwehr dahingehend geprüft, ob eine Standardreduzierung möglich ist?	
37	37.3.2	Fuhrpark und technische Ausstattung	Wurde geprüft, ob Anschaffungen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden können?	
37 37.4 Geschäftsprozessoptimierung				
37	37.4.1	Geschäftsprozess-optimierung	Wurde die Organisation des Rufbereitschaftsdienstes überprüft?	grundsätzlicher Bedarf, Umfang und organisatorische Zuordnung
38	37.4.2	Geschäftsprozess-optimierung	Wurde überprüft, ob Einsparungen im Bereich der Kampfmittelbeseitigung vorgenommen werden können?	
37 37.5 Interkommunale Zusammenarbeit				
37	37.5.1	Interkommunale Zusammenarbeit	Wurde die Möglichkeit der Einrichtung einer gemeinsamen Leitstelle mit anderen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten geprüft?	
37 37.6 Kostenerstattungen von Dritten				
37	37.6.1	Kostenerstattungen von Dritten	Wurde überprüft, ob eine Einnahmeerhöhung durch das Angebot von Erste-Hilfe-Kursen für Dritte erzielt werden kann?	
37 37.7 Rettungsdienstgebühren				
37	37.7.1	Rettungsdienstgebühren	Wurde geprüft, ob eine Erhöhung der Rettungsdienstgebühren möglich ist?	
37 37.8 Weiterleitung kostenpflichtiger Gebühren				
37	37.8.1	Weiterleitung kostenpflichtiger Gebühren	Sofern aus den gezahlten Gebühren auf freiwilliger Basis Anteile der Personalaufwände an die eingesetzte Löschgruppe weitergeleitet werden: Wurde die Einstellung dieser freiwilligen Leistung geprüft?	Reduzierung der freiwilligen Leistung
38 ZIVILSCHUTZ				
38 38.1 Standard-/ Personalkosten Jahresaufkommen im Gebührenbereich kann dieser Betrag für die Löschgruppen eine				
38	38.1.1	Standard-/ Personalkosten-reduzierung	Wurde die Personalausstattung im Bereich des "Zivilschutzes" einer quantitativen Überprüfung unterzogen?	
39 VETERINÄRWESEN				
39 39.1 Interkommunale Zusammenarbeit				
39	39.1.1	Interkommunale Zusammenarbeit	Wurden Möglichkeiten der Interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Untersuchungsämter geprüft?	
39 39.2 Kostenerstattungen				
39	39.2.1	Kostenerstattungen	Wurde überprüft, inwiefern im Bereich Verbraucherschutz, Lebensmittelhygiene, Veterinärwesen durch eine Ausweitung von Laboruntersuchungen für Dritte eine Einnahmesteigerung zu erzielen ist?	
39 39.3 Schlachthofgebühren				
39	39.3.1	Schlachthofgebühren	Wurde eine Anhebung der Schlachthofgebühr überprüft?	

AG	Nr.	Konsolidierungsbereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
39	39.3.2	Schlachthofgebühren	Wurde geprüft, ob der Schlachthof von einem privaten Dritten wirtschaftlicher geführt werden kann ?	Verpachtung oder Verkauf des kommunalen Schlachthofes
39	39.4	Standardreduzierung		
39	39.4.1	Standardreduzierung	Wurde geprüft, ob durch eine Reduzierung der Zahl der Probenuntersuchungen die dafür entsprechend erforderlichen Aufwendungen im Bereich Probentransporte gesenkt werden können?	

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
Bitte beachten Sie unbedingt auch die Prüffragen im Tabellenblatt "Zuordnung übergreifend". In diesen übergreifenden Hinweisen sind Prüfaspekte enthalten, die sich nicht ausschließlich auf eine oder vereinzelte Aufgabengruppen beziehen, sondern grundsätzlich auf alle Aufgabengruppen bezogen angewendet werden können. Dabei handelt es sich beispielsweise um Fragen zu Möglichkeiten der inter-/ intrakommunalen Zusammenarbeit, Standardreduzierungen, Prüfung von Personalausstattungen etc. Die dort benannten Hinweise sind daher ebenso von allen Organisationseinheiten zu prüfen, wie die aufgabenspezifischen in den AHG 1-8.				
40	SCHULEN			
40	40.1	Elternbeiträge		
40	40.1.1	Elternbeiträge	Wurde eine Erhöhung der Elternbeiträge (ausgenommen Essensentgelt) für die Betreuung der Schulkinder geprüft?	pauschale Erhöhung, einkommensabhängige Erhöhung
40	40.1.2	Elternbeiträge	Wurde eine Erhöhung der Elternbeiträge im Bereich der Offenen Ganztagschule geprüft?	pauschale Erhöhung, einkommensabhängige Erhöhung
40	40.1.3	Elternbeiträge	Wurde die Erhöhung der Elternbeiträge für Schülerhorte geprüft?	pauschale Erhöhung, einkommensabhängige Erhöhung
40	40.2	freiwillige Zuschüsse an Privatschulen		
40	40.2.1	freiwillige Zuschüsse an Privatschulen	Wurde geprüft, inwiefern freiwillige Zuschüsse an Privatschulen ggf. gekürzt oder aufgegeben werden können?	Einstellung der freiwilligen Zuschüsse; Reduzierung der freiwilligen Zuschüsse
40	40.3	Gastschulgelder		
40	40.3.1	Gastschulgelder	Wurden alle Möglichkeiten zum Erhalt von Gastschulgeldern geprüft ?	Einführung von Gastschulgeldern (z. B. auch für Abendgymnasien);
40	40.3.2	Gastschulgelder	Wurde eine Erhöhung bereits eingeführter Gastschulgelder geprüft?	pauschale Erhöhung, einkommensabhängige Erhöhung
40	40.4	Kopierservice in Schulen		
40	40.4.1	Kopierservice in Schulen	Wurde überprüft, ob die Kostenbeiträge der Schüler für Kopien eingeführt/erhöht werden können?	
40	40.5	Kostenerstattung durch Dritte		
40	40.5.1	Kostenerstattung durch Dritte	Wurde überprüft, ob Kosten für Veranstaltungstechniker bei außerschulischen und außersportlichen Veranstaltungen im Rahmen der Versammlungsstättenverordnung vom Veranstalter selbst übernommen werden?	
40	40.6	Landschulheime		
40	40.6.1	Landschulheime	Wurde geprüft, die Trägerschaft für Landschulheime aufzugeben?	Erhöhung des Kostendeckungsgrades
40	40.7	Lern- und Lehrmittel		
40	40.7.1	Lern- und Lehrmittel	Wurde eine Erhöhung der Eigenbeteiligung der Eltern an den Lern- und Lehrmitteln geprüft?	pauschale Erhöhung der Eigenbeteiligung, einkommensabhängige Erhöhung der Eigenbeteiligung
40	40.7.2	Lern- und Lehrmittel	Wurde geprüft, den Rabatt für Schulbuchbeschaffungen nicht mehr bei den Schulen zu belassen?	
40	40.8	Schülerbeförderung		
40	40.8.1	Schülerbeförderung	Hat eine Überprüfung der Kosten für den Schülerspezialverkehr stattgefunden, insbesondere wenn es sich um freiwillige Leistungen handeln sollte?	
40	40.8.2	Schülerbeförderung	Wurde überprüft, ob eine Standardreduzierung in der Schülerbeförderung möglich ist?	Straffung von Beförderungsfrequenzen
40	40.8.3	Schülerbeförderung	Wurde eine mögliche Erhöhung der Eigenanteile der Eltern bei der Schülerbeförderung überprüft?	Bemessung des Eigenanteils der Eltern auf Basis des jeweiligen Fahrpreises Bemessung des Eigenanteils der Eltern auf Basis des Elterneinkommens pauschale Erhöhung

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
40	40.8.4	Schülerbeförderung	Wurde überprüft, ob alle Schüler aller Schulformen bezogen auf die Zahlung eines Eigentanteils zur Schülerbeförderung gleichbehandelt werden und inwiefern eine Anpassung möglich ist bzw. Eltern zu einem höheren Eigenanteil herangezogen werden können?	
40	40.9	Schülerverpflegung		
40	40.9.1	Schülerverpflegung	Wurde überprüft, in welcher Größenordnung eine Erhöhung des Essensentgeltes bei der Schulverpflegung unter Berücksichtigung sozialer Komponenten möglich ist?	
40	40.10	Schulbetriebsmittel		
40	40.10.1	Schulbetriebsmittel	Wurde überprüft, ob eine Reduzierung der Schulbetriebsmittel, die die Schulen direkt und unabhängig von Vorgaben zur freien Verfügung haben, möglich ist?	
40	40.11	Schulbibliotheken		
40	40.11.1	Schulbibliotheken	Wurden die Frequentierung und die Ausleihzahlen von Schulbibliotheken geprüft? Wurde geprüft, inwiefern auf eine direkte, finanzielle oder eine indirekte (z.B. Mietfreiheit o.ä.) Förderung verzichtet werden kann?	Einstellung direkter oder indirekter Förderung Reduzierung des direkten oder indirekten Förderbetrags Zusammenlegung von Schulbibliotheken bzw. Integration in eine öffentliche Bibliothek
40	40.12	Schulbildstelle		
40	40.12.1	Schulbildstelle	Wurde die Aufgabe oder eine Standardreduzierung der Schulbildstelle geprüft?	Prüfung des Medienbestands Prüfung der Ausleihen Interkommunale Zusammenarbeit mit anderen Kommunen Kooperation mit VHS oder Bibliothek
40	40.13	Schulentwicklungsplanung/Schulbedarfsplanung		
40	40.13.1	Schulentwicklungsplanung/Schulbedarfsplanung	Wurde der Aspekt der Kostenoptimierung bei der Schulentwicklungsplanung berücksichtigt? Welche Priorität besitzt dieser Aspekt bei der Aufstellung der Schulentwicklungsplanung?	insbesondere im Hinblick auf die Ausweisung, Zusammenlegung bzw. Aufgabe von Schulstandorten
40	40.13.2	Schulentwicklungsplanung/Schulbedarfsplanung	Findet eine laufende Anpassung der Schulentwicklungsplanung an die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung statt?	
40	40.13.3	Schulentwicklungsplanung/Schulbedarfsplanung	Wurde die Auflösung von Schulen bzw. Schulstandorten überprüft?	Verkauf von Gebäuden mit dazugehörigen Flächen Reduzierung der Aufwendungen für Personal (Schulhausmeister, Schulsekretärinnen) sowie Sachmittel
40	40.14	Schulsekretärinnen		
40	40.14.1	Schulsekretärinnen	Findet eine laufende Anpassung der Personalausstattung in den Schulsekretariaten an die Entwicklung der Schülerzahlen statt?	
40	40.14.2	Schulsekretärinnen	Wurde geprüft ob den Schulsekretärinnen ggf. Aufgaben aus dem Bereich der inneren Schulangelegenheiten übertragen werden können?	
40	40.14.3	Schulsekretärinnen	Wurden die Möglichkeiten zur Zusammenlegung von Schulsekretariaten überprüft?	
40	40.15	Schulträgerschaft		
40	40.15.1	Schulträgerschaft	Wurde über eine Übertragung der Trägerschaft von Schulen nachgedacht, sofern dies gesetzlich zulässig ist?	
40	40.16	Energie an Schulen		
	40.16.1	Energie an Schulen	Sind in den Schulen sogenannte "Energiesparfische" eingesetzt? Findet ein "Wettbewerb" statt?	
41		KULTUR		
41	41.1	Betriebskostenzuschüsse		

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
41	41.1.1	Betriebskostenzuschüsse	Wird die Höhe der Betriebskostenzuschüsse für Kultureinrichtungen regelmäßig überprüft?	pauschale Senkung der Betriebskostenzuschüsse; Senkung der Betriebskostenzuschüsse inklusive Anreizpauschale (wenn Kultureinrichtung Betriebskosten senkt, verbleibt Restbetrag bei Kultureinrichtung)
41	41.2	Eintrittsgelder		
41	41.2.1	Eintrittsgelder	Wurde überprüft, inwiefern generell eine Erhöhung der Eintrittsgelder in den städtischen Kultureinrichtungen möglich ist?	pauschale Erhöhung; zielgruppenspezifische Preisgestaltung
41	41.3	Entgelte		
41	41.3.1	Entgelte	Wurde geprüft, inwiefern die Entgelte für die Nutzung von Konzerthallen-/ räumlichkeiten erhöht werden können?	
41	41.4	freie Kulturszene		
41	41.4.1	freie Kulturszene	Wurde überprüft, inwiefern direkte oder indirekte Förderungen der freien Kulturszene zur Erreichung eines definierten strategischen Ziels beitragen? Wurden die Förderungen daraufhin einer Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen?	Einstellung der Förderung der freien Kulturszene; Reduzierung der Förderung der freien Kulturszene
41	41.5	Sponsoring		
41	41.5.1	Sponsoring	Ist eine Kommunikationsstrategie zur Anwerbung von Sponsoren für kulturelle Veranstaltungen vorhanden?	
41	41.6	Unterhaltung von Kulturdenkmälern		
41	41.6.1	Unterhaltung von Kulturdenkmälern	Wurde überprüft, inwiefern eine Erhöhung der Gebühren für die Genehmigungen nach dem Denkmalschutzgesetz möglich ist?	
41	41.6.2	Unterhaltung von Kulturdenkmälern	Wurden weitere Finanzierungsmöglichkeiten wie Sponsoring usw. für Unterhaltungsmaßnahmen für Denkmäler überprüft?	
41	41.7	Vorhaltung Kulturangebot		
41	41.7.1	Vorhaltung Kulturangebot	Wurden für die Vorhaltung eines Kulturangebotes strategische Ziele und Zielgruppen definiert und die verschiedenen Kultureinrichtungen (auch die Kultureinrichtungen für die ausschließlich Zuschüsse gewährt werden) einer entsprechenden Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen?	Einstellung des Kulturangebotes; Reduzierung des Kulturangebotes; zielgruppenspezifische Ausgestaltung des Kulturangebotes
41	41.8	Zuschüsse		
41	41.8.1	Gewährung von Zuschüssen	Wurden die Zuschüsse an Vereinskartelle geprüft?	Reduzierung Streichung
41	41.8.2	Gewährung von Zuschüssen	Wurden die Zuschüsse für die sogenannten "Heimatbriefe" geprüft?	Reduzierung Streichung
42		BIBLIOTHEK		
42	42.1	Bibliotheksausstattung		
42	42.1.1	Bibliotheksausstattung	Wurde überprüft, ob eine Anpassung des Personalbestandes der Bibliotheken durch die Einführung von RFID (Radio Frequency Identification - (Scanverfahren)) erfolgt ist?	
42	42.1.2	Bibliotheksausstattung	Wurde überprüft, ob Fachgebiete aufgegeben werden können, weil die Nutzer dieser Medien nicht (zwingend) auf die Angebote der Bibliothek angewiesen sind und sich diese auch selber auf anderem Wege beschaffen können?	z. B. juristische Literatur, Reiseliteratur und dergl.
42	42.2	Bibliotheksgebühren		
42	42.2.1	Bibliotheksgebühren	Wurde die Höhe der Ausweis-, Leih- und Mahngebühren in der Bibliothek überprüft mit dem Ziel, diese angemessen anzuheben?	pauschale Erhöhung einkommensabhängige Erhöhung zielgruppenspezifische Gestaltung der Gebühren
42	42.3	Controlling		
42	42.3.1	Controlling	Wurden die mit der Einrichtung der Bibliothek zu erreichenden Ziele und Wirkungen messbar beschrieben? Werden diese laufend controlled?	
42	42.3.2	Controlling	Werden die Besucherströme, Ausleihzahlen, Ausleihmedien usw. in der Bibliothek erhoben?	Anpassung von Öffnungszeiten Prüfung des Bestands nach Umfang und inhaltlicher Art
42	42.4	Reduzierung Sachmittel		

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
42	42.4.1	Reduzierung Sachmittel	Wurde geprüft, in welcher Höhe der Beschaffungsetat vor dem Hintergrund von veränderten Nutzungs- und Leseverhalten der Besucher reduziert werden kann?	
42	42.5	Stadtebibliotheken		
42	42.5.1	Stadtebibliotheken	Ist die Schließung oder eine öffnungszeitenbezogene Standardreduzierung von Stadtebibliotheken geprüft worden?	
42	42.6	Veranstaltungen in Bibliotheken		
42	42.6.1	Veranstaltungen in Bibliotheken	Wurde überprüft, wie hoch der Deckungsbeitrag bei Veranstaltungen in der Bibliothek ist und ob eine 100%-ige Refinanzierung möglich ist?	Sponsoring
43		WEITERBILDUNG		
43	43.1	Entgelte für Leistungsangebote		
43	43.1.1	Entgelte für Leistungsangebote	Wurde die Höhe der Entgelte für die Leistungsangebote der Volkshochschule für die verschiedenen Zielgruppen überprüft?	
43	43.1.2	Entgelte für Leistungsangebote	Wurde die Angebotsstruktur der Volkshochschule systematisch überprüft nach entgeltfreien/entgeltpflichtigen Veranstaltungen?	generelle Einführung von Entgelten; Erhöhung bestehender Entgelte
43	43.2	Interkommunale Zusammenarbeit		
43	43.2.1	Interkommunale Zusammenarbeit	Wurden Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit bzw. eine Fusion mit anderen Volkshochschulen geprüft?	
43	43.3	Personalkostenreduzierung		
43	43.3.1	Personalkosten-reduzierung	Wird der Stellenbedarf in der Verwaltung der Volkshochschule laufend an die Fallzahlenentwicklung angeglichen?	
43	43.3.2	Personalkosten-reduzierung	Kann die Honorarhöhe für Lehrkräfte reduziert werden?	
43	43.3.3	Personalkosten-reduzierung	Wurde überprüft, ob der Unterricht kostengünstiger durch freiberuflich tätiges Personal geleistet werden kann?	
44		MUSIKSCHULE		
44	44.1	Entgelte für Unterricht		
44	44.1.1	Entgelte für Unterricht	Wurde überprüft, ob die Entgelte für den Musikschulunterricht vollkostendeckend sind?	pauschale Erhöhung der Musikschulgebühren; zielgruppenspezifische Gebührengestaltung der Musikschule
44	44.2	Interkommunale Zusammenarbeit		
44	44.2.1	Interkommunale Zusammenarbeit	Wurden Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit bzw. eine Fusion mit anderen Musikschulen geprüft?	
44	44.3	Musikschulangebot		
44	44.3.1	Musikschulangebot	Wurden Zielgruppen für das Unterrichtsangebot der Musikschule definiert?	
44	44.4	Musikschulveranstaltungen		
44	44.4.1	Musikschulveranstaltungen	Wurde überprüft, ob/wie im Bereich von Veranstaltungen der Musikschule eine höhere Kostendeckung möglich ist?	
44	44.5	Personalkostenreduzierung		
44	44.5.1	Personalkostenreduzierung	Wurde für den Bereich der Musikschulen überprüft, ob vermehrt Honorarkräfte eingestellt werden können?	
44	44.5.2	Personalkostenreduzierung	Wurde die Möglichkeit geprüft, befristete Arbeitsverträge für Kräfte in der Musikschule oder projektbezogene Arbeitsverträge einzuführen, um höchstmögliche Flexibilität zu erreichen?	Einführung bzw. Ausweitung befristeter Arbeitsverträge; Einführung projektbezogener Arbeitsverträge Honorarkräfte
44	44.5.3	Personalkostenreduzierung	Kann die Honorarhöhe für Lehrkräfte reduziert werden?	
44	44.5.4	Personalkostenreduzierung	Wurde überprüft, ob die Personalkosten in der Musikschule durch eine verstärkte Beschäftigung von Honorarkräften möglich ist?	
44	44.6	Public Private Partnership		

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
44	44.6.1	Public Private Partnership	Können die Leistungsangebote der Musikschule mit denen von privaten Anbietern verknüpft und ggf. weitestgehend von den Privaten übernommen werden?	
44	44.7	Unterrichtsangebot der Musikschulen		
44	44.7.1	Unterrichtsangebot der Musikschulen	Wird das Unterrichtsangebot der Musikschule laufend hinsichtlich der Kundennachfrage überprüft?	pauschale Absenkung des Unterrichtsangebotes; nachfrageorientierte Gestaltung des Unterrichtsangebotes
44	44.7.2	Unterrichtsangebot der Musikschulen	Wurde überprüft, wirtschaftliche Unterrichtsangebote zugunsten von Unterrichtsangeboten mit geringer Nachfrage auszubauen?	
45		MUSEUM		
45	45.1	Ausstellungsetats		
45	45.1.1	Ausstellungsetats	Wurde überprüft, welche Möglichkeiten bestehen, die Ausstellungsetats der Museen zu senken? Wurden alle Möglichkeiten des Sponsoring und Fundraising genutzt?	wirtschaftliche Zielvorgaben für Ausstellung; bsp. Zielwert prozentualer Anteil Sponsoring/Fundraising vor Bewilligung
45	45.2	Eintrittspreise/Entgelte		
45	45.2.1	Eintrittspreise/Entgelte	Wurde geprüft, ob die Gebühren für die Nutzung von Museumsräumen für Veranstaltungen und die Eintrittspreise der Museen erhöht werden können?	pauschale Erhöhung einkommensbezogene Erhöhung
45	45.2.2	Eintrittspreise/Entgelte	Wurde überprüft, die Beiträge für Führungen zu erhöhen?	
45	45.3	Kunstgegenstände		
45	45.3.1	Kunstgegenstände	Ist der Verkauf von in kommunalem Besitz befindlichen Kunstgegenständen geprüft worden?	
45	45.4	Nutzungsentgelte		
45	45.4.1	Nutzungsentgelte	Wurde überprüft, die Entgelte für die erstmalige Zulassung sowie die Jahres- oder Einzelfallgebühr von "freien" Museumsführern zu erhöhen?	
45	45.5	Öffnungszeiten		
45	45.5.1	Öffnungszeiten	Wurde überprüft, welche wirtschaftlichen Effekte damit verbunden sind, wenn die Öffnungszeiten für Individualbesucher der Museen reduziert und die Angebote für angemeldete Gruppen inkl. Führungen erweitert werden?	
45	45.6	Schließfächer		
45	45.6.1	Schließfächer	Wurde überprüft, in welcher Höhe die Gebühren für die Nutzung von Schließfächern erhöht werden können?	
45	45.7	Wach- und Schließdienste Museen		
45	45.7.1	Wach- und Schließdienste Museen	Wurde eine Überprüfung zur Optimierung des Wach- und Schließdienstes im Bereich der Museen durchgeführt?	z.B. durch neue Ausschreibungen
45	45.7.2	Wach- und Schließdienste Museen	Wurde hinsichtlich der Wach- und Schließdienste ein Vergleich der Wirtschaftlichkeit zwischen Eigen- und Fremdleistung durchgeführt?	
46		THEATER		
46	46.1	Orchester, Ensembles etc.		
46	46.1.1	Orchester, Ensembles etc.	Ist geprüft worden, ob die städtischen Orchester, Ensembles oder dergl. durch zusätzliche Gastspiele ihren Deckungsbeitrag verbessern können?	
46	46.1.2	Orchester, Ensembles etc.	Ist geprüft worden, ausschließlich "freie" Orchester mit Gaststatus auftreten zu lassen?	Honorarverträge
46	46.2	Theater		
46	46.2.1	Theater	Wurden für die Theater der Stadt strategische Wirkungsziele definiert und wurden die Theater einer Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen (z. B. Gegenüberstellung Auslastung/Zuschüsse)?	Einstellung der Förderung städtischer Theater Reduzierung der Förderung städtischer Theater
46	46.2.2	Theater	Wurde überprüft, ob bei den kommunalen Theatern Bereiche wie Marketing, Verwaltung, Werkstätten und dergl. zusammengelegt werden können?	Die Zusammenlegung dieser Bereiche kann zentral für alle Kultureinrichtungen erfolgen.
46	46.2.3	Theater	Ist geprüft worden, einzelne oder mehrere Sparten aufzugeben?	

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
46	46.2.4	Theater	Ist geprüft worden, sich von eigenen Ensembles ganz zu trennen und "nur" noch Tourneetheater-Gruppen auftreten zu lassen?	
47 ARCHIV				
47 47.1 Dienstleistungsangebot Stadtarchiv				
47	47.1.1	Dienstleistungsangebot Stadtarchiv	Wurden mögliche Mehreinnahmen des Stadtarchives durch Kostenersatz für bestimmte Dienstleistungen geprüft?	z. B. Forschungsarbeiten im Bereich Familiengeschichte
47 47.2 Digitalisierung des Archives				
47	47.2.1	Digitalisierung des Archives	Werden im Archivwesen alle Potenziale, die sich durch eine Digitalisierung ergeben, genutzt?	Reduzierung notwendiger Raumkapazitäten ggf. Vermietung/Verpachtung
47	47.2.2	Digitalisierung des Archives	Ist die Sachgerechtigkeit des Archivbestandes überprüft worden?	
47 47.3 Interkommunale Zusammenarbeit				
47	47.3.1	Interkommunale Zusammenarbeit	Ist geprüft worden, ob das eigene Archiv mit dem Archiv einer anderen Kommune zusammengeführt werden kann?	
48 MEDIENZENTRUM				
48 48.1 Bestand Medienzentrum				
48	48.1.1	Bestand Medienzentrum	Wurde überprüft, ob der Bestand des Medienzentrums reduziert werden kann?	Bezug der Bildungsmedien über das Internet
48 48.2 Dezentralisierung				
48	48.2.1	Dezentralisierung	Ist geprüft worden, wer die Hauptnutzer sind? Wenn es Schulen sind, ist geprüft worden, den Bestand des Medienzentrums auf eine oder mehrere Schulen zu verteilen?	
48 48.3 Interkommunale Zusammenarbeit				
48	48.3.1	Interkommunale Zusammenarbeit	Ist geprüft worden, ob das eigene Medienzentrum mit dem Medienzentrum einer oder mehrerer anderer Kommune zusammengeführt werden kann?	
48 48.4 Organisation Medienzentrum				
48	48.4.1	Organisation Medienzentrum	Wurde eine fachlich inhaltliche Prüfung der Konzeption des Medienzentrums sowie dessen organisatorische Anbindung geprüft?	
48 48.5 Vorhaltung Medienzentrum				
48	48.5.1	Vorhaltung Medienzentrum	Wurde die Möglichkeit der Schließung des Medienzentrums überprüft?	
48 48.6 Zusammenlegung mit der Bibliothek				
48	48.6.1	Zusammenlegung mit der Bibliothek	Ist geprüft worden, inwieweit eine Zusammenlegung mit der Bibliothek möglich ist?	

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
Bitte beachten Sie unbedingt auch die Prüffragen im Tabellenblatt "Zuordnung übergreifend". In diesen übergreifenden Hinweisen sind Prüfaspekte enthalten, die sich nicht ausschließlich auf eine oder vereinzelte Aufgabengruppen beziehen, sondern grundsätzlich auf alle Aufgabengruppen bezogen angewendet werden können. Dabei handelt es sich beispielsweise um Fragen zu Möglichkeiten der inter-/ intrakommunalen Zusammenarbeit, Standardreduzierungen, Prüfung von Personalausstattungen etc. Die dort benannten Hinweise sind daher ebenso von allen Organisationseinheiten zu prüfen, wie die aufgabenspezifischen in den AHG 1-8.				
50 SOZIALES				
50 50.1 Aufbau Controlling				
50	50.1	Aufbau Controlling	Wurde im Bereich der Hilfe zur Pflege ein kennzahlengestütztes Controlling aufgebaut?	
50 50.2 Entgelte ambulante Hilfe				
50	50.2.1	Entgelte ambulante Hilfe	Werden kostendeckende Entgelte beim "Mobilen Sozialen Hilfsdienst" erhoben?	
50 50.3 Fahrdienstgebühren				
50	50.3.1	Fahrdienstgebühren	Wurde eine mögliche Anpassung der Beförderungstarife beim Fahrdienst für Behinderte geprüft?	pauschale Erhöhung einkommensabhängige Erhöhung
50 50.4 Frauenhaus				
50	50.4.1	Frauenhaus	Werden für die Unterbringung in Frauenhäusern alle möglichen Kostenerstattungsansprüche gegen Dritte geltend gemacht?	
50 50.5 Geschäftsprozessoptimierung				
50	50.5.1	Geschäftsprozess-optimierung	Wurde bereits die Sinnhaftigkeit einer Zusammenführung der Aufgaben "Pflegeberatung, individuelle Leistungssteuerung, wirtschaftliche Hilfestellung, Qualitätssicherung, ergebnisorientierte Ausrichtung, Prozessorientierung" in der Bearbeitung der ambulanten Pflegefälle überprüft?	
50 50.6 Leistungsvereinbarungen mit Dritten				
50	50.6.1	Leistungsvereinbarungen mit Dritten	Wurde überprüft, ob im Sozialbereich eine institutionelle Bezuschussung umgestellt werden kann auf einzelfallbezogene Leistungspauschalen?	
50	50.6.2	Leistungsvereinbarungen mit Dritten	Hat eine Überprüfung der Leistungsvereinbarungen mit den verschiedenen Trägern im Sozialbereich stattgefunden?	Prüfung, welche Organisation bezogen auf welche Dienstleistungen die besten Leistungsvoraussetzungen hat Ziel muss es sein, bei pflichtigen Leistungen die normativ beschrieben sind, die Leistungsvereinbarungen bis auf ein Minimum zu reduzieren.
50 50.7 Liegenschaftsverwaltung				
50	50.7.1	Liegenschaftsverwaltung	Wurde geprüft, zu welchen Effekten es führt, wenn entgeltfreie Überlassungen von städtischen Gebäuden, die als Pflege- und Wohnheime genutzt werden, aufgehoben werden und echte Mieteinnahmen erzielt werden? Unterstützt diese Maßnahme ggf. die Zielsetzung der Ambulantisierung?	
50 50.8 Personalkostenreduzierung				
50	50.8.1	Personalkostenreduzierung	Wird das Entgelt der Verwalter jeweils an die Anforderungen des zu betreuenden Objektes angepasst?	
50	50.8.2	Personalkostenreduzierung	Wurde geprüft, ob die Verwaltung der Objekte durch die Übertragung auf einen privaten Dritten wirtschaftlicher erfolgen kann?	
50 50.9 Privatisierung				

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
50	50.9.1	Privatisierung	Wurde geprüft, ob die Schuldnerberatung wirtschaftlicher durch einen Freien Träger durchgeführt werden kann?	
50	50.9.2	Privatisierung	Wurde geprüft, ob die kommunalen Altenbegegnungsstätten wirtschaftlicher durch einen Freien Träger betrieben werden können?	
50 50.10 Reduzierung Transferleistungen				
50	50.10.1	Reduzierung Transferleistungen	Wurde überprüft, ob Angebote der Pflegeberatung evtl. früher in Anspruch genommen werden könnten, um entsprechend präventiv agieren zu können?	
50	50.10.2	Reduzierung Transferleistungen	Können die Kosten der Unterkunft dadurch gesenkt werden, dass Bedarfsgemeinschaften mit laufendem KdU-Bedarf ein günstigerer Wohnraum angeboten und Umzug durchgeführt wird?	Nutzung freistehender städtischer Wohnungen Kosten-Nutzen-Analyse im Hinblick auf die Höhe der Umzugskosten
50	50.10.3	Reduzierung Transferleistungen	Wird die Angemessenheit der Unterkunftskosten bei Empfängern von Leistungen nach dem SGB II regelmäßig geprüft?	
50	50.10.4	Reduzierung von Transferleistungen	Wurde analysiert, welche freiwilligen Leistungen im Sozialbereich erbracht werden und ob diese reduziert oder eingestellt werden können?	Weihnachtsbeihilfen freie Theaterbesuche für Senioren, Weihnachtsfeiern für Senioren
50	50.10.5	Reduzierung Transferleistungen	Hat eine Analyse zur Kostenoptimierung der sonstigen sozialen Leistungen stattgefunden?	
50	50.10.6	Reduzierung Transferleistungen	Wurde geprüft, in wie weit der Einsatz von Pflegefachkräften zur Umsetzung des Pflegekonzeptes mit passgenauen Hilfen, konsequenter Verfolgung der Unterhaltsansprüche und Spezialisierung der Sachbearbeitung die dauerhaften Kosten (Transferleistungen) senken könnte?	
50	50.10.7	Reduzierung Transferleistungen	Wurden Möglichkeiten der Intensivierung von Zusammenarbeiten mit Stadtteilteams zur Vermeidung von stationären Hilfen geprüft?	
50	50.10.8	Reduzierung Transferleistungen	Wurde ein Konzept erstellt zur Nutzung von Kurzzeit- und Tagespflege?	
50	50.10.9	Reduzierung Transferleistungen	Werden alle Möglichkeiten im Bereich der Hilfe zur Pflege nach dem Motto "ambulant vor stationär" genutzt?	
50	50.10.10	Reduzierung Transferleistungen	Wurden alle freiwilligen Leistungen hinsichtlich ihrer Art und ihres Umfangs identifiziert und auf Möglichkeiten der Kürzung geprüft?	Kürzung der freiwilligen Leistung Wegfall der freiwilligen Leistung
50	50.10.11	Reduzierung Transferleistungen	Wurde überprüft, ob der Internetauftritt - insbesondere vor dem Hintergrund der Maxime ambulant vor stationär - optimiert werden kann?	
50	50.10.12	Reduzierung Transferleistungen	Ist der Pflegebereich in die Qualitätssicherung eingebunden?	
50 50.11 Standardreduzierung				
50	50.11.1	Standardreduzierung	Wurden die kommunalen Altenbegegnungsstätten hinsichtlich weiterer Einsparmöglichkeiten untersucht?	Verkürzung von Öffnungszeiten
51 JUGEND				
51 51.1 Ausstattung mit IT-Hard- und Software				
51	51.1.1	Ausstattung mit IT-Hard- und Software	Wurde geprüft, ob im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe der Einsatz mobiler Technologie Wege spart und Effizienz erhöht?	In den Einrichtungen selbst für die Sozialarbeiter
51 51.2 Elternbeiträge Kita				
51	51.2.1	Elternbeiträge Kita	Wurde geprüft, ob bei den Essensgeldern in städtischen Kitas eine Erhöhung des Eigenanteils der Eltern möglich ist?	pauschale Erhöhung einkommensabhängige Erhöhung
51	51.2.2	Elternbeiträge Kita	Wurde die Möglichkeit der Anhebung der KITA Beiträge geprüft?	pauschale Erhöhung einkommensabhängige Erhöhung

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
51	51.2.3	Elternbeiträge Kita	Wurde eine mögliche Verabschiedung einer neuen Kitasatzung überprüft?	
51	51.3	Entgelte Liegenschaften		
51	51.3.1	Entgelte Liegenschaften	Ist sichergestellt, dass freien Trägern keine Liegenschaften mehr kostenlos überlassen werden?	
51	51.4	Geltendmachung von Kostenerstattungs-ansprüchen		
51	51.4.1	Geltendmachung von Kostenerstattungs-ansprüchen	Wurde geprüft, inwiefern eine bessere Realisierung von Rückforderungsansprüchen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) möglich ist?	
51	51.4.2	Geltendmachung von Kostenerstattungs-ansprüchen	Werden Elternanteile im Rahmen der festgestellten Leistungsfähigkeit gem. § 92 Abs. 3 SGB VIII ab dem Unterbringungstag des Kindes herangezogen?	
51	51.4.3	Geltendmachung von Kostenerstattungs-ansprüchen	Wird im Bereich des Unterhaltsvorschusses eine zeitlich unmittelbare Eintreibung von Unterhaltsbeträgen und -rückständen vorgenommen?	
51	51.5	Geschäftsprozessoptimierung		
51	51.5.1	Geschäftsprozessoptimierung	Werden die Besucherstrukturen der Jugendzentren laufend geprüft ?	Öffnungszeiten Besucherzahlen
51	51.5.2	Geschäftsprozessoptimierung	Werden die Angebotsstrukturen der Jugendzentren - auch hinsichtlich ihrer Wirkungen - geprüft?	
51	51.5.3	Geschäftsprozessoptimierung	Ist die Aufgabe zur Gewinnung sozialpädagogischer Pflegefamilien im Pflegekinderdienst konkret einer Person zugeordnet?	Koordination und ein Ansprechpartner
51	51.5.4	Geschäftsprozessoptimierung	Werden die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten laufend an den bestehenden Bedarf angepasst?	Überprüfung der Frequentierung zu unterschiedlichen Zeiten laufende Bedarfsfeststellungen
51	51.5.5	Geschäftsprozessoptimierung	Wurde überprüft, wie hoch die durchschnittlichen Reinigungskosten im Bereich der Kindertageseinrichtungen sind und wie die Kosten für die über dem Durchschnitt liegenden Einrichtungen auf das durchschnittliche Niveau gesenkt werden können?	
51	51.5.6	Geschäftsprozessoptimierung	Wurde geprüft inwiefern Synergien bei der Verwaltung der Kindertagesstätten und der Heime genutzt werden können?	
51	51.5.7	Geschäftsprozessoptimierung	Wurde geprüft ob bei der Einziehung von Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen eine Optimierung möglich ist?	
51	51.6	Leistungsvereinbarungen mit Dritten		
51	51.6.1	Leistungsvereinbarungen mit Dritten	Sind die Angebote der städtischen Einrichtungen und die Angebote der Freien Träger im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit in einem Gesamtkonzept so aufeinander abgestimmt, dass es zu einer Befriedigung der notwendigsten Bedarfe im Bereich der mobilen und stationären Leistungsangebote kommt?	
51	51.6.2	Leistungsvereinbarungen mit Dritten	Ist sichergestellt, dass durch eine Erhebung von Kosten- und Leistungsdaten sowie inhaltlichen und wirkungsbezogenen Aspekten das Controlling gegenüber den Freien Trägern der Jugendhilfe verbessert wird?	
51	51.6.3	Leistungsvereinbarungen mit Dritten	Wurde eine Übertragung der städtischen Kitas an freie Träger überprüft?	
51	51.6.4	Leistungsvereinbarungen mit Dritten	Wurde geprüft, welche Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit und der Hilfen für junge Menschen und ihrer Familien bei den Zuwendungen für Freie Träger realisieren lassen?	

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
51	51.6.5	Leistungsvereinbarungen mit Dritten	Wurde geprüft, in welchem Umfang sich Zuwendungen für Freie Träger im Rahmen der Grundversorgung und der Leistungen nach dem SGB XII reduzieren lassen?	
51	51.6.6	Leistungsvereinbarungen mit Dritten	Ist sichergestellt, dass die Ausgabeansätze bei den Einrichtungen der Erziehungshilfe dem prozentualen Auslastungsgrad der Einrichtungen angepasst sind?	
51	51.7	Personalkostenreduzierung		
51	51.7.1	Personalkostenreduzierung	Wird die Anpassung des Anstellungsschlüssels der städtischen Kindertageseinrichtungen laufend überprüft und ist sichergestellt, dass die Berufspraktikanten zu 100 % als Ergänzungskräfte in die Berechnung des Anstellungsschlüssels einbezogen werden?	
51	51.7.2	Personalkostenreduzierung	Wurde eine Umwandlung der Jugendhäuser in Jugendtreffs und die damit zusammenhängende Personaleinsparung überprüft?	
51	51.7.3	Personalkostenreduzierung	Findet eine zeitnahe Anpassung der Kita-Entwicklungsplanung an die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung statt?	
51	51.7.4	Personalkostenreduzierung	Wurde die Aufgabe von Wohnheimen überprüft?	
51	51.8	Privatisierung		
51	51.8.1	Privatisierung	Wurde geprüft, ob ein privater Anbieter die Reinigungsleistungen wirtschaftlicher erbringt?	
51	51.9	Reduzierung von Transferleistungen		
51	51.9.1	Reduzierung von Transferleistungen	Wurde die Streichung einer freiwilligen Weihnachtsbeihilfe für Kinder und Jugendliche geprüft?	Streichung Reduzierung
51	51.9.2	Reduzierung von Transferleistungen	Wurde geprüft, inwieweit der Ausbau von präventiven Leistungen mittelfristig zur Vermeidung von Leistungen führen kann?	Einrichtung eines Wirkungscontrollings
51	51.9.3	Reduzierung von Transferleistungen	Wird die Zahl der Bereitschaftspflegeeltern und Pflegeeltern zur Vermeidung von Heimunterbringungen erhöht?	gezielte Werbung
51	51.9.4	Reduzierung von Transferleistungen	Stehen ausreichend ambulante Hilfemaßnahmen im Bereich der Jugendhilfe zur Verfügung, um dem Grundsatz ambulante vor stationärer Hilfe gerecht werden zu können?	Vermeidung/Reduzierung von stationären Heimunterbringungen
51	51.9.5	Reduzierung von Transferleistungen	Gibt es im Bereich der Jugendhilfe ein laufendes, maßnahmenbezogenes Fallzahlen- und Kostencontrolling, das auch die Laufzeiten der Fälle enthält?	
51	51.9.6	Reduzierung von Transferleistungen	Wurde überprüft, ob die Leistungen des Kinderschutzes so ausgeprägt sind, dass eine anhaltende Steigerung der Leistungsdichte der Hilfe zur Erziehung vermieden werden kann?	
51	51.9.7	Reduzierung von Transferleistungen	Wurde der Aufbau eines präventiven Ansatzes durch die Hilfen nach § 31 SGB VIII überprüft?	
51	51.9.8	Reduzierung von Transferleistungen	Wurde geprüft, inwieweit eine Fallrevision mit dem Schwerpunkt bei den Heimerziehungsfällen junger Volljähriger und bei den Fällen der sozialpädagogischen Familienhilfe zu Einsparungen führen kann?	Das Ziel ist, dass durch eine Fallrevision kurz und mittelfristig Einsparungen erzielt werden können, wenn der laufende Bestand der Hilfen einer kritischen Fallanalyse hinsichtlich der Eingangsdiagnostik, des Hilfesettings und der Hilfedauer unterzogen werden.
51	51.9.9	Reduzierung von Transferleistungen	Findet eine laufende Analyse zur Kostenoptimierung der Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen statt?	

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
51	51.9.10	Reduzierung von Transferleistungen	Ist geprüft worden, ob alle Möglichkeiten zur Intensivierung der Tagespflege konsequent genutzt werden?	
51	51.10	Spielplätze		
51	51.10.1	Spielplätze	Wurde die Reduzierung der Anzahl von Spielplätzen geprüft?	Übertragung auf freiwillige Initiativen
51	51.12	Standardreduzierung		
51	51.12.1	Standardreduzierung	Ist geprüft worden, in welchem Umfang sich die Standards im Allgemeinen Sozialdienst (ASD) reduzieren lassen?	
51	51.12.2	Standardreduzierung	Wurden die Standards der von der Kommune bezuschussten Jugendeinrichtungen geprüft?	
51	51.12.3	Standardreduzierung	Findet ein laufendes Controlling hinsichtlich der Wirkungen der von den von der Kommune bezuschussten Einrichtungen angebotenen Leistungen statt?	
51	51.13	Wirkungscontrolling		
51	51.13.1	Wirkungscontrolling	Sind die Wirkungen der Maßnahmen in der Jugendhilfe beschrieben und werden diese laufend controlled?	
51	51.14	Zuschüsse an Dritte		
51	51.14.1	Zuschüsse an Dritte	Wurden Kündigungsmöglichkeiten hinsichtlich gewährter Zuschüsse an Betreuungsvereine geprüft?	
51	51.14.2	Zuschüsse an Dritte	Wurde überprüft, inwiefern Mietkostenzuschüsse an freie Träger von Kindertageseinrichtungen gestrichen werden können?	Streichung Reduzierung
51	51.14.3	Zuschüsse an Dritte	Wurde eine mögliche Reduzierung der Zuschüsse (§ 11, 74 SGB VIII) an freie Träger der Jugendhilfe im Rahmen der Förderung der freien Jugendarbeit überprüft?	
51	51.14.4	Zuschüsse an Dritte	Wurde geprüft, inwiefern die freiwilligen Zuschüsse an Träger von Kindertageseinrichtungen reduziert werden können?	
52	SPORT			
52	52.1	Entgelte Liegenschaften		
52	52.1.1	Entgelte Liegenschaften	Wurde eine Erhebung bzw. Anhebung der Pacht für städtische Tennisplätze überprüft?	Aufgabe der städtischen Tennisplätze?
52	52.2	Entgelte Sporteinrichtungen		
52	52.2.1	Entgelte Sporteinrichtungen	Wird die Höhe der Entgelte der Hallenbäder, Freibäder, Eissportstätten, Sporthallen, Sportplätze und Leichtathletikhallen laufend überprüft und ggf. angepasst?	
52	52.3	Entgelt Sportstätten		
52	52.3.1	Entgelt Sportstätten	Wurde eine zielgruppenspezifisch differenzierte Erhebung bzw. Anhebung von Sportstättennutzungsentgelten überprüft?	
52	52.4	Investitionscontrolling		
52	52.4.1	Investitionscontrolling	Wurde bei sanierungsbedürftigen Sportanlagen, speziell bei Bädern geprüft, in welchem Verhältnis die Höhe der Sanierungskosten zu dem Deckungsbeitrag und damit auch den Nutzerzahlen stehen?	
52	52.4.2	Investitionscontrolling	Ist geprüft worden, in welchem Verhältnis der anstehende Sanierungsbedarf für Bäder im Verhältnis zu deren Nutzungsvolumen steht?	
52	52.5	Leistungsvereinbarungen mit Dritten		
52	52.5.1	Leistungsvereinbarungen mit Dritten	Wird die Höhe der Betriebskosten (Platzpflege, Reinigung, Platzwarte und dergl.) für die Sportanlagen laufend überprüft, für die die Schlüsselgewalt und/oder die Pflege übertragen ist?	

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
52	52.6	Liegenschaftsverwaltung		
52	52.6.1	Liegenschaftsverwaltung	Wird eine Auslastungsfeststellung der Sporthallen und -plätze mit dem Ziel durchgeführt, die Zahl der Sportstätten bedarfsgerecht zu reduzieren?	
52	52.7	Privatisierung		
52	52.7.1	Privatisierung	Wurde eine Abgabe von Bädern an Trägervereine überprüft?	
52	52.7.2	Privatisierung	Wurde geprüft, ob die Reinigung der Bäder, unter Beachtung von Hygiene Gesichtspunkten, wirtschaftlicher durch Fremdreinigungsfirmen oder durch eigenes Personal erfolgen kann?	
52	52.7.3	Privatisierung	Wurde die Teilübertragung von Sportstätten an Dritte überprüft?	
52	52.8	Standardreduzierung		
52	52.8.1	Standardreduzierung	Wurde überprüft, ob in Abhängigkeit von den Nutzungszahlen die Öffnungszeiten für Hallen- und Freibäder reduziert werden können?	Schließung Reduzierung
52	52.8.2	Standardreduzierung	Wurde die Reduzierung des Schulschwimmens geprüft?	
52	52.8.3	Standardreduzierung	Wurde geprüft, ob im Sommer ein Parallelbetrieb von Hallen- und Freibädern aufgegeben werden kann?	
52	52.8.4	Standardreduzierung	Wurde ein möglicher Wegfall der Beckenbeheizung in den Freibädern überprüft?	Absenkung der Wassertemperatur
52	52.8.5	Standardreduzierung	Wurde die Schließung von Lehrschwimmbecken geprüft?	
52	52.9	Wirtschaftlichkeitsbetrachtung		
52	52.9.1	Wirtschaftlichkeitsbetrachtung	Wurde eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Badebetriebes überprüft?	
52	52.10	Zuschüsse an Dritte		
52	52.10.1	Zuschüsse an Dritte	Wurde eine Kürzung der Baukostenzuschüsse an Vereine geprüft?	
52	52.10.2	Zuschüsse an Dritte	Wurde überprüft, ob eine Reduzierung oder Abschaffung der Subventionierung von Grundstücksmieten für Sportvereine möglich ist?	
52	52.10.3	Zuschüsse an Dritte	Wurde geprüft, in welchem Umfang die Förderung von Bauvorhaben durch Sportvereine eingestellt werden kann?	
52	52.10.4	Zuschüsse an Dritte	Wurde überprüft inwiefern eine Reduzierung der Übungsleiterhonorare möglich ist?	
53	GESUNDHEIT			
53	53.1	Gebühren Gesundheitswesen		
53	53.1.1	Gebühren Gesundheitswesen	Wurde über eine Gebührenanpassung im Bereich der Gesundheitsuntersuchungen nachgedacht?	
53	53.1.2	Gebühren Gesundheitswesen	Wurde die Gebührenfrage im Bereich der Medizinal- und Apothekenaufsicht geprüft?	
53	53.2	Kostenerstattung durch Dritte		
53	53.2.1	Kostenerstattung durch Dritte	Ist bereits eine betriebswirtschaftliche Kalkulation von Leistungen, die interkommunal durchgeführt werden, erfolgt und wurden darauf aufbauend Verrechnungspreise eingeführt?	
53	53.3	Personalkostenreduzierung		
53	53.3.1	Personalkosten-reduzierung	Wird die Stellenausstattung aufgrund der demografischen Entwicklung im Bereich der AG 53 laufend angepasst?	
53	53.3.2	Personalkosten-reduzierung	Wurde eine mögliche Reduzierung der Beratungsstunden in der AIDS-Beratung überprüft?	
53	53.4	Privatisierung		

AG	Nr.	Konsolidierungs-bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
53	53.4.1	Privatisierung	Wurden alle Einsparpotenziale im Bereich Gesundheits- und Impfberatung geprüft, insb. die Auslagerung an private Hausärzte?	
53	53.4.2	Privatisierung	Wurde die Verlagerung der vertrauensärztlichen Untersuchungen geprüft (Hausärzte)?	
53	53.4.3	Privatisierung	Ist geprüft worden, ob durch eine Vergabe an Dritte Kosten bei den zahnärztlichen Schuluntersuchungen eingespart werden können?	
53	53.5	Standardreduzierung		
53	53.5.1	Standardreduzierung	Wurden freiwillige defizitäre Begutachtungen und Stellungnahmen an Dritte weitgehend eingestellt?	
53	53.6	Verwaltungsstruktur		
53	53.6.1	Verwaltungsstruktur	Wurde im Bereich des öffentlichen Gesundheitsdienstes die Zusammenlegung von Abteilungen unter fachlichen Gesichtspunkten überprüft?	
53	53.7	Zuschüsse an Dritte		
53	53.7.1	Zuschüsse an Dritte	Ist eine Bedarfsanalyse zur Feststellung der Notwendigkeit von Mittelvergaben - gekoppelt an die bestehenden strategischen Entscheidungen - durchgeführt worden?	
53	53.7.2	Zuschüsse an Dritte	Wurde die Reduzierung der Zuschüsse im Bereich Gesundheitsprävention, Selbsthilfe und Suchthilfe überprüft?	
53	53.7.3	Zuschüsse an Dritte	Ist geprüft worden, in welchem Umfang eine Reduzierung der Förderung/Unterstützung der Verbraucherberatung möglich ist?	

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
Bitte beachten Sie unbedingt auch die Prüffragen im Tabellenblatt "Zuordnung übergreifend". In diesen übergreifenden Hinweisen sind Prüfaspekte enthalten, die sich nicht ausschließlich auf eine oder vereinzelte Aufgabengruppen beziehen, sondern grundsätzlich auf alle Aufgabengruppen bezogen angewendet werden können. Dabei handelt es sich beispielsweise um Fragen zu Möglichkeiten der inter-/ intrakommunalen Zusammenarbeit, Standardreduzierungen, Prüfung von Personalausstattungen etc. Die dort benannten Hinweise sind daher ebenso von allen Organisationseinheiten zu prüfen, wie die aufgabenspezifischen in den AHG 1-8.				
61 STADTPLANUNG				
61 61.1 Investitionsfolgekostenrechnung				
61	61.1.1	Investitionsfolgekostenrechnung	Werden die Folgekosten geplanter baulicher Maßnahmen ermittelt und ausgewiesen? Existiert ein Bauinvestitionscontrolling?	
62 VERMESSUNG und KATASTER				
62 62.2 Bereitstellung von Geodaten				
62	62.2.1	Bereitstellung von Geodaten	Ist für die Bereitstellung von Geodaten über die Einführung eines e-government Bereiches nachgedacht worden?	
62	62.2.2	Bereitstellung von Geodaten	Wurde darüber nachgedacht, Daten in digitaler Form gegen eine Gebühr abzugeben?	
62	62.2.3	Bereitstellung von Geodaten	Ist geprüft worden, ob unter Berücksichtigung der rechtlichen Situation die Kommune zur Vorhaltung von Geo-Daten rechtlich verpflichtet ist?	
62	62.2.4	Bereitstellung von Geodaten	Inwieweit können Geodaten von anderen Institutionen genutzt werden, sodass eine eigene Organisation dafür nicht erforderlich ist?	z. B. von staatlichen Vermessungsämtern
62 62.3 Gebühren				
62	62.3.1	Gebühren	Wurde geprüft, ob eine höhere Gebühreneinnahme für die Erstellung von Gutachten im Bereich Grundstückswertermittlung möglich ist?	
62	62.3.2	Gebühren	Wurde überprüft, ob die Gebühren für Vermessungsarbeiten für Dritte vollkostendeckend sind?	
62 62.4 Geschäftsprozessoptimierung				
62	62.4.1	Geschäftsprozessoptimierung	Wurden im Bereich Grundstückswertermittlung die möglichen Effekte einer Zusammenführung der Aufgabenbereiche Gutachterausschuss und Kommunale Wertermittlung geprüft?	
62 62.5 Geschäftsprozessoptimierung				
62	62.5.1	Informationstechnischer Standard Vermessung, Kataster	Wurde über eine Umstellung auf DVR (Digitales Vermessungssystem) nachgedacht mit dem Ziel der Einsparung von Ressourcen?	
62	62.5.2	Informationstechnischer Standard Vermessung, Kataster	Wurde der Einsatz einer neuen, verbesserten Software im Bereich Geobasisdaten geprüft mit dem Ziel, die Kompatibilität mit anderen Softwareprodukten sicherzustellen, um Datenbrüche zu vermeiden?	
62	62.5.3	Informationstechnischer Standard Vermessung, Kataster	Wurde geprüft, ob gegen Gebühr ein Internetzugriff auf die Geodaten für öffentlich bestellte Vermessungsingenieure eingerichtet werden kann?	
62 62.6 Privatisierung				
62	62.6.1	Privatisierung	Wurde ein Markttest (Wirtschaftlichkeitsvergleich) zwischen der Eigenerstellung und Fremdvergabe von Vermessungsleistungen durchgeführt?	
63 BAUORDNUNG				
63 63.1 Aufwendungen für nicht-städtische Baulasten				

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
63	63.1.1	Aufwendungen für nicht- städtische Baulasten	Wurde eine mögliche Reduzierung von städtischen Aufwendungen für die Sanierung von Brücken und Stegen, die sich nicht in der Baulast der Stadt befinden, überprüft?	
63 63.2 Bau- und Planungsberatung				
63	63.2.1	Bau- und Planungsberatung	Wurde überprüft, inwiefern durch eine Ausweitung von Statikprüfungen für Dritte Mehreinnahmen erzielt werden können?	
63 63.3 Bußgelder für bauliche Ordnungswidrigkeiten				
63	63.3.1	Bußgelder für bauliche Ordnungswidrigkeiten	Wurde geprüft, ob durch eine verstärkte Durchführung von Bauabnahmen und -überwachungen zusätzliche Bußgeldbeträge bei festgestellten Ordnungswidrigkeiten erhoben werden können? Wurde überprüft ob eine mögliche Mehreinnahme von Bußgeldern die Vollkosten für die verstärkte Durchführung von Bauabnahmen und -überwachungen deckt?	
63 63.4 Gebühren				
63	63.4.1	Gebühren	Wurde eine Einführung/Erhöhung der Beratungsgebühren für Bau- und Planungsberatung gegenüber Architekten geprüft?	
63	63.4.2	Gebühren	Wurde geprüft, ob eine Erhöhung der Gebühren für Vorkaufsrechtsverzichtserklärungen möglich ist?	
63 63.5 Gebühren für bauordnungsbehördliche Maßnahmen				
63	63.5.1	Gebühren für bauordnungsbehördliche Maßnahmen	Wurde eine Gebührenerhöhung für die Hausnummernerteilung überprüft?	
64 WOHNUNGSFÖRDERUNG				
64 64.1 Geschäftsprozessoptimierung				
64	64.1.1	Geschäftsprozess- optimierung	Ist die Zentralisierung der Bearbeitung von Wohngeldanträgen überprüft worden?	
64	64.1.2	Geschäftsprozess- optimierung	Ist geprüft worden, ob die Bearbeitung von Wohngeldanträgen auch im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit möglich ist?	front-office / back - office
64 64.2 Reduzierung Förderleistungen				
64	64.2.1	Reduzierung Förderleistungen	Sofern ein Wohnbauförderprogramm für eine bestimmte Zielgruppe aufgesetzt ist: Wurde das Wohnbauprogramm hinsichtlich seiner Kosten-Nutzen-Relation überprüft?	
64 64.3 Standardreduzierung				
64	64.3.1	Standardreduzierung	Wurde geprüft, ob eine Reduzierung der Leistungsstandards im Bereich Wohnungsvermittlung möglich ist?	
65 HOCHBAU				
65 65.1 Bauinvestitionen				
65	65.1.1	Bauinvestitionen	Wurde die Anwendung eines Bauinvestitionscontrollings überprüft?	
65	65.1.2	Bauinvestitionen	Werden die Bauinvestitionen dahin gehend überprüft, inwieweit das kalkulierte Baukostenvolumen eingehalten bzw. in welchem Umfang überschritten wurde?	Implementierung eines Verfahrens zum Bauinvestitionscontrolling; Folgekostenberechnungen
65 65.2 Betriebskosten				
65	65.2.1	Betriebskosten	Wurde die Höhe der Betriebskosten in Jugendfreizeiteinrichtungen überprüft?	Einsparungen durch Verhaltensveränderungen in Bezug auf den Verbrauch von Strom und Wasser und die Reduzierung von Müll
65 65.3 Denkmalschutz				
65	65.3.1	Denkmalschutz	Wurde überprüft, ob die Erhaltung von Denkmälern im städtischen Besitz auf einen Mindeststandard abgesenkt oder aufgegeben werden kann?	Absenkung auf Mindeststandard, Aufgabe von einzelnen denkmalerhaltenden Maßnahmen
65 65.4 Energiemanagement				

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
65	65.4.1	Energiemanagement	Wurde überprüft, ob alle energiesparenden Möglichkeiten für Verwaltungsgebäude, Schulgebäude und sonstige Gebäude der Kommune ausgeschöpft wurden?	Amortisationsrechnung zwischen Investitionskosten und Einsparungen durch energetische Maßnahme
65	65.5	Gebäudemanagement		
65	65.5.1	Gebäudemanagement	Ist die Organisation und Zuständigkeitsverteilung für das technische, infrastrukturelle und kaufmännische Gebäudemanagement für alle stadt-eigenen Objekte überprüft worden mit dem Ziel, alle Dienstleistungen in einer Organisation zu bündeln?	interkommunale Zusammenarbeit
65	65.5.2	Gebäudemanagement	Werden die Konzessions- und Stromlieferverträge insbesondere dahingehend überprüft, dass die Kommune und ihre Beteiligungen für alle Abnahmestellen als ein Kunde behandelt werden und damit der größtmögliche Großkundenrabatt generiert werden kann?	
65	65.5.3	Gebäudemanagement	Wurde geprüft, ob ein neues, strategisches Raumkonzept zu Ersparnissen führen würde?	Dieses Raumkonzept müsste Informationen enthalten u. a. zu Aspekten wie Nutzungs- und Kostenintensität, Qualität der Substanz, Lage der Flächen, Eigentums- oder Mietverhältnisse, Dauer der Mietverhältnisse und dergl.
65	65.6	Gebäudereinigung		
65	65.6.1	Gebäudereinigung	Sind alle Reinigungsdienste/-leistungen (incl. der Ausschreibungen) in einer Hand organisatorisch gebündelt?	Bündelung von auszuschreibenden Reinigungsflächen
65	65.6.2	Gebäudereinigung	Wurde geprüft, ob eine Anpassung der Standards bezogen auf die Überwachung der Reinigungsleistungen möglich ist?	Die Prüfung kann sich beziehen auf eine Reduzierung der Überwachungstätigkeiten um Personal zu sparen, aber auch auf eine Erhöhung, um die vertragsgemäße Leistungserbringung sicher zu stellen.
65	65.6.3	Gebäudereinigung	Wird laufend für alle Gebäude geprüft, welche Möglichkeiten zur Optimierung der Reinigungskosten bestehen und welche Einspareffekte sich daraus ergeben?	Standards, Intensität, Intervalle
65	65.6.4	Gebäudereinigung	Ist geprüft worden, ob eine Eigenreinigung unter Zugrundelegung eines Markttestes gemäß der KGSt-Materialie 1/2009 "Marktorientiert steuern statt traditionell konsolidieren: Positive Erfahrungen aus der Landeshauptstadt Dresden" kostengünstiger ist?	
65	65.7	Hausmeister		
65	65.7.1	Hausmeister	Ist geprüft worden, ob der Mitarbeiterinsatz für Hausmeister-tätigkeiten sich in erster Linie am Bedarf gebäudewirtschaftlicher Aufgaben orientiert?	Laubbeseitigung durch das Grünflächenamt Winterdienst durch den Bauhof
65	65.7.2	Hausmeister	Ist geprüft worden, ob eine Reduzierung von Fremdvergaben für kleine und größere Bauunterhaltungsmaßnahmen und die Pflege der Außenanlagen zugunsten einer Eigenleistung erfolgen kann?	Rekommunalisierung
65	65.7.3	Hausmeister	Können die Präsenzzeiten von Hausmeistern reduziert werden?	
65	65.7.4	Hausmeister	Wurden Optimierungsmöglichkeiten im Bereich der Dienste von Hausmeistern von Verwaltungsgebäuden und Schulhausmeistern geprüft etc.?	Einrichtung eines Hausmeisterpools zentral angesiedelt bei der für das Gebäudemanagement zuständigen Organisationseinheit; Konzentration von Elternabenden an Schulen (mehrere Veranstaltungen parallel an einem Tag)
65	65.7.5	Hausmeister	Werden laufend Möglichkeiten zur Reduzierung von Überstunden im Bereich der Schulhausmeister geprüft?	
65	65.8	lfd. Anpassung der Unterbringungs-kapazitäten an die Fallzahlen		

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
65	65.8.1	lfd. Anpassung der Unterbringungskapazitäten an die Fallzahlen	Ist überprüft worden, ob die Unterkunftskapazitäten in Übergangsheimen dem tatsächlichen und zukünftigen Bedarf angepasst wurden?	Reduzierung von Raumkapazitäten
65 65.9 Mieten und Pachten für Liegenschaften				
65	59.9.1	Mieten und Pachten für Liegenschaften	Wurde überprüft, inwiefern die kommunalen Immobilien für die Vermarktung von Solaranlagen geeignet sind?	
65 65.10 PublicPrivatePartnership				
65	65.10.1	PublicPrivatePartnership	Wurde geprüft, inwiefern die Einbringung der im Besitz der Kommune befindlichen Verwaltungsgebäude in ein PPP zur Steigerung von Erlösen führt?	
65 65.11 Raumkonzept				
65	65.11.1	Raumkonzept	Werden die in kommunalem Besitz befindlichen Gebäude laufend hinsichtlich ihres Auslastungsgrades überprüft?	Ermittlung von Flächenüberhängen Umzugsmaßnahmen Vermietung/Verpachtung/Verkauf freierwerdender Kapazitäten
65 65.12 Restmüllvolumen				
65	65.12.1	Restmüllvolumen	Wurde überprüft, wie hoch das Restmüllvolumen in den kommunalen Mietwohnungen ist und ob die zur Verfügung gestellten Mülltonnen / Container dem tatsächlichen Bedarf entsprechen?	
65 65.13 Sanierungsarbeiten				
65	65.13.1	Sanierungsarbeiten	Wurden anstehende Sanierungsarbeiten an städtischen Gebäuden auf ihre Erforderlichkeit hin überprüft?	
65 65.14 Sport- und Festhallen				
65	65.14.1	Sport- und Festhallen	Wurde überprüft, ob öffentliche Sporthallen/Festhallen noch benötigt werden (auch unter dem Gesichtspunkt der demografischen Bevölkerungsentwicklung)?	
65	65.14.2	Sport- und Festhallen	Wurden die Folgekosten der bestehenden Hallen für die nächsten Jahre beziffert?	
65 65.15 stadinterne Organisation Gebäudemanagement				
65	65.15.1	stadinterne Organisation Gebäudemanagement	Ist geprüft worden, ob und in welchem Umfang durch die Einführung eines Mieter-/Vermieterverhältnisses und einer damit verbundenen Ressourcenverantwortung bei den für das Produkt verantwortlichen Organisationseinheiten Kosten gespart werden können?	
65	65.15.2	stadinterne Organisation Gebäudemanagement	Ist im Bereich der Gebäudebewirtschaftung eine Budgetierung umgesetzt und ein klares Auftraggeber-/Auftragnehmerverhältnis implementiert?	
65 65.16 Energiemanagement				
65	65.16.1	Energiemanagement	Wurde die Einführung einer Nutzungsgebühr für den Betrieb privater elektrischer Geräte in den Räumen der Verwaltung geprüft?	
65 65.17 Bauinvestitionen				
65	65.17.1	Bauinvestitionen	Werden bei der wirtschaftlichen Planung von Bauprojekten Kostensteigerungen, die sich aus denkmalschutzrelevanten Aspekten ergeben, entsprechend berücksichtigt?	
65 65.18 Energiemanagement				
65	65.18.1	Energiemanagement	Wurde überprüft, ob für energetische Maßnahmen in Verwaltungsgebäuden, Schulgebäuden und sonstigen Gebäuden die erforderlichen Mittel rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen?	
65	65.18.2	Energiemanagement	Wurde geprüft, ob alle notwendigen energetischen Maßnahmen an Gebäuden durchgeführt werden können?	

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
65	65.18.3	Energiemanagement	Wurde gezielt auf den Energieverbrauch im Standby-Modus elektrischer Geräte hingewiesen und auf die notwendige Abschaltung hingewiesen?	
65	65.19	Gebäudemanagement		
65	65.19.1	Gebäudemanagement	Wurde geprüft, welche Mehreinnahmen durch die Vermietung von Werbeflächen an kommunalen Gebäuden erzielt werden können?	
65	65.19.2	Gebäudemanagement	Wurde geprüft, ob durch den Verkauf oder die Nutzungsänderung von Hausmeisterwohnungen Mehreinnahmen erzielt werden können?	
66	66	TIEFBAU		
66	66.1	Anliegerbeiträge		
66	66.1.1	Anliegerbeiträge	Wurde überprüft, ob die Höhe der Straßenausbaubeiträge für die Anlieger erhöht werden kann?	
66	66.2	bürgerschaftliches Engagement		
66	66.2.1	bürgerschaftliches Engagement	Wurde geprüft, inwieweit Aufgaben des Bauhofs durch ehrenamtlich Tätige, Bürgerinitiativen, Vereine etc. übernommen werden können?	Baumpatenschaften Anlagenpflege Müllsammelaktionen im Frühjahr
66	66.3	Energiemanagement		
66	66.3.1	Energiemanagement	Wurde geprüft, ob die Betriebszeiten der Straßenbeleuchtung sowie der Umfang der Beleuchtung reduziert werden kann?	
66	66.3.2	Energiemanagement	Wurde geprüft, inwiefern eine Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung außerhalb geschlossener Bebauungsgebiete möglich ist?	
66	66.4	Entgelte Aufbruchgenehmigungen		
66	66.4.1	Entgelte Aufbruchgenehmigungen	Wurde die Höhe der Entgelterhebung für die Erteilung von Aufbruchgenehmigungen auch gegenüber eigenen Beteiligungen überprüft?	
66	66.5	Geschäftsprozessoptimierung		
66	66.5.1	Geschäftsprozessoptimierung	Wurde geprüft, inwieweit die manuellen Aufgaben in den Bereichen Bauhof, Friedhöfe und dergl. zusammengefasst werden können, um Synergien zu nutzen?	Ziel: Schaffung größerer und umfassender verantwortlicher Organisationseinheiten, um Personal und Gerätschaften effektiver und Finanzressourcen variabler einsetzen zu können.
66	66.5.2	Geschäftsprozessoptimierung	Wurde überprüft, inwiefern die städtischen Werkstätten bei Beteiligungen und auch in den Baubereichen der Stadtverwaltung besser vernetzt werden können mit dem Ziel, die Werkstattkosten zu reduzieren?	Kontrahierungszwang - soweit möglich - zur optimalen Auslastung der Werkstätten
66	66.5.3	Geschäftsprozessoptimierung	Liegt ein Leistungsverzeichnis der von den Werkstätten angebotenen Leistungen inklusive der dazugehörigen Standards dieser Werkstätten vor?	
66	66.6	Kostenerstattung durch Dritte		
66	66.6.1	Kostenerstattung durch Dritte	Können Serviceleistungen im Planungsbereich gegenüber privaten Bauherren (z. B. Erschließung von Großmärkten) nur noch gegen Kostenerstattung erbracht werden?	
66	66.6.2	Kostenerstattung durch Dritte	Kann die Ausleihe von Abspermaterial an private Veranstalter nur gegen Kostenerstattung erfolgen?	100%-ige Kostenerstattung; teilweise Kostenerstattung
66	66.7	Privatisierung		
66	66.7.1	Privatisierung	Wurde die Wirtschaftlichkeit einer gewerblichen Unterhaltung von Straßenbeleuchtungen überprüft?	
66	66.7.2	Privatisierung	Wurde geprüft, ob durch eine gewerbliche Unterhaltung von Lichtsignalanlagen Einsparungen erzielt werden können?	

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
66	66.7.3	Privatisierung	Wurde für Ingenieurleistungen des Tief-, Straßen- und Brückenbaus ein Markttest (siehe KGSt-Materiale 1/2009) zwischen Eigenerstellung und Fremdvergabe durchgeführt?	
66	66.7.4	Privatisierung	Wurde geprüft, ob und inwieweit Leistungen des Bauhofs wirtschaftlicher durch Dritte erledigt werden können?	
66 66.8 Reduzierung von Sachkosten				
66	66.8.1	Reduzierung von Sachkosten	Wurde eine Reduzierung von Ausgaben zur Unterhaltung und Steuerung der Straßen, Wege, Plätze, Straßenbeleuchtung und Lichtsignalanlagen durch qualitative und quantitative Anpassungen überprüft?	
66	66.8.2	Reduzierung von Sachkosten	Kann durch Verhandlungen mit den Energielieferanten eine Preisanpassung für die Straßenbeleuchtung erreicht werden?	
66 66.9 Sondernutzungsgebühren				
66	66.9.1	Sondernutzungsgebühren	Wurde eine Erhöhung der Sondernutzungsgebühren für Tische, Stühle, Bauzäune und dergl. überprüft?	
66 66.10 Stadtinterne Organisation Bauhof				
66	66.10.1	stadtinterne Organisation Bauhof	Erhält der Bauhof seine Aufträge durch ein konsequentes Auftraggeber-/Auftragnehmerverhältnis und ist sichergestellt, dass die Abrechnung (auch im Rahmen der internen Leistungsverrechnung) auf Vollkostenbasis erfolgt?	
66	66.10.2	stadtinterne Organisation Bauhof	Wurden die Effekte aus einer Standortverringerung der Bauhöfe geprüft?	Zentralisierung EDV-gestützte Einsatzplanung
66 66.11 Standardreduzierung				
66	66.11.1	Abwasser	Wurde die Reduzierung von Maßnahmen im Rahmen der Überwachung des Abwassers von Indirekteinleitern, der Überwachung des Grundwassers im Bereich von Altlasten geprüft?	
67	66.11.2	Wirtschaftswege	Wurde überprüft, ob durch eine Einziehung von Wirtschaftswegen eine Absenkung von Unterhaltungs- und Abschreibungskosten erfolgen kann?	
66	66.11.3	Straßenbeleuchtung	Wurde über eine öffentliche Ausschreibung der Energielieferung für die Straßenbeleuchtung unter Beachtung der noch gültigen Verträge nachgedacht?	
66 66.12 Straßenbaulast / Verkehrslenkung				
66	66.12.1	Straßenbaulast / Verkehrslenkung	Wurde der Bau von Kreisverkehren zur Reduzierung von Ampelkreuzungen geprüft, um eine Senkung der Aufwendungen für die Ampeln ebenso wie für Beschilderungs- und Markierungskosten zu erreichen?	
66 66.13 Straßenverwaltung				
66	66.13.1	Straßenverwaltung	Wurde eine mögliche Reduzierung des bestehenden Verkehrsschilderwaldes sowie die Anordnung neuer Schilder nach dem Minimalprinzip überprüft?	
66 66.14 technische Umstellungen				
66	66.14.1	technische Umstellungen	Wurde die Umstellung von Hochvoltlichtanlagen in Ampelanlagen auf LED-Technik geprüft, um Energieeinsparungen erzielen zu können?	PPP-Modell
66 66.15 Unterhaltung von Brunnen				
66	66.15.1	Unterhaltung von Brunnen	Wurde überprüft, ob für die Brunnen sog. Brunnenpaten gefunden werden können, die die laufenden Betriebskosten ganz oder teilweise übernehmen?	Sponsoring

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
66	66.15.2	Unterhaltung von Brunnen	Wurde überprüft, welche Möglichkeiten bestehen, die Anzahl der Brunnenanlagen zu reduzieren bzw. deren Betrieb zu reduzieren?	
66	66.16	Kostenerstattung durch Dritte		
66	66.16.1	Kostenerstattung durch Dritte	Werden Erschließungsmaßnahmen zeitnah abgeschlossen und abgerechnet?	
67	GRÜNFLÄCHEN			
67	67.1	Grünflächen		
67	67.1.1	Grünflächen	Wurden die Sachausgaben und Personalkosten im Grünbereich überprüft?	unter Einhaltung der Maßnahmen zur Verkehrssicherungspflicht Prüfung, ob die Standards abhängig von den örtlichen Gegebenheiten auf ein Minimum reduziert werden können
67	67.1.2	Grünflächen	Sind in den Grünanlagen weniger pflegeintensive Pflanzungen möglich?	
67	67.1	Grünflächenmanagement		
67	67.1.1	Grünflächenmanagement	Wurde der Aufbau eines Grünflächenmanagements und die Optimierung von Planung, Bau und Unterhaltung der Grünflächen überprüft?	Zuordnung der tatsächlichen Kosten zu den einzelnen Grünflächen Optimierung der Steuerung
67	67.2	Kleingartenwesen		
67	67.2.1	Kleingartenwesen	Wurden sämtliche Kosten im Bereich Kleingartenwesen überprüft und würde deren Reduzierung auf ein Minimum zu Ersparnissen führen?	
67	67.2.2	Kleingartenwesen	Wurde die Möglichkeit der Beteiligung der Kleingärtner an den Investitionskosten beim Bau neuer Kleingartenanlagen geprüft?	
67	67.3	Reduzierung des Pflegeaufwandes		
67	67.3.1	Reduzierung des Pflegeaufwandes	Wurden alle Optionen überprüft, den Pflegeaufwand des Straßenbegleitgrüns zu reduzieren?	unter Beachtung der Verkehrssicherungspflicht: Reduzierung des Bestandes (Asphaltierung, Pflasterung) Übertragung der Pflege auf die Anlieger und/oder Paten Veräußerung der Grundstücke an die Anlieger Reduzierung der Pflegeintensität
67	67.4	Interne Orga Bauhof		
67	67.4.1	Interne Orga Bauhof	Wurde überprüft, ob eine Zentralisierung der Standorte der Bauhöfe hinsichtlich Lagerhaltung, Maschinen- und Personaleinsatz zur Nutzung von Synergien im Bereich "Öffentliches Grün" führen könnte?	
67	67.5	Stadtmöblierung		
67	67.5.1	Stadtmöblierung	Wurde überprüft, inwieweit sich die Stadtmöblierung reduzieren lässt?	Blumenkübel, Bänke etc.
67	67.6	Standardreduzierung		
67	67.6.1	Standardreduzierung	Hat eine Überprüfung aller Standards bei Unterhaltungs- und Pflegemaßnahmen im Bereich "Grün" stattgefunden, mit dem Ziel, diese zu reduzieren?	
67	67.6.2	Standardreduzierungen	Wurde geprüft, inwieweit der weitere Ausbau von öffentlichem Grün reduziert werden kann?	Reduzierung der Kosten für Planungsarbeiten, Realisierungskosten sowie Kosten für laufende Pflege
67	67.6.3	Standardreduzierungen	Wurde überprüft, ob im Bereich "Grün" Einsparungen bei Neupflanzungen vorgenommen werden können?	
67	67.6.4	Standardreduzierung	Wurde geprüft, welche Effekte sich aus einer Reduzierung der sog. Wechsel flora ergeben?	
67	67.7	Unterhaltung Friedhöfe		

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
67	67.7.1	Unterhaltung Friedhöfe	Können die Friedhofparzellen weiter konzentriert werden, um größere zusammenhängende Grünflächen zu schaffen?	Veräußerung nicht benötigter Flächen
67	67.7.2	Unterhaltung Friedhöfe	Ist eine generelle Reduzierung der Friedhofsflächen als Reaktion auf das veränderte Bestattungsverhalten möglich?	Veräußerung nicht benötigter Flächen
67	67.8	Gärtnerei		
67	67.8.1	Gärtnerei	Wurden für die Gärtnerei alle Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit geprüft?	Wurde geprüft, welche zusätzlichen freien Flächen hierdurch gewonnen werden und welche Verpachtungs-/ Veräußerungsgewinne hiermit verbunden sein könnten?
69	NATUR und UMWELT			
69	69.1	bürgerschaftliches Engagement		
69	69.1.1	bürgerschaftliches Engagement	Wurden alle Möglichkeiten zur Einbindung von Ehrenamtlichen bei der Durchführung von Naturschutzmaßnahmen geprüft?	
69	69.2	freiwillige Leistungen		
69	69.2.1	freiwillige Leistungen	Wurde überprüft, inwiefern freiwillige Leistungen im Bereich Klimaschutz und Energieberatung aufgegeben werden können oder ggf. gebührenpflichtig werden?	
69	69.3	Interkommunale Zusammenarbeit		
69	69.3.1	Interkommunale Zusammenarbeit	Wurde überprüft, inwiefern bei Luftgüteuntersuchungen Einsparungen durch IKZ möglich sind?	
69	69.4	Naturschutzmaßnahmen		
69	69.4.1	Naturschutzmaßnahmen	Wurden die Kosten, die für die Arbeiten im Zusammenhang mit der Krötenwanderung entstehen, überprüft?	bürgerschaftliches Engagement
69	69.5	Privatisierung		
69	69.5.1	Privatisierung	Wurden die Einsparmöglichkeiten im Bereich der Erteilung von Aufträgen zur Pflege von Kompensationsflächen geprüft?	
69	69.6	Standardreduzierung		
69	69.6.1	Standardreduzierung	Wurde geprüft, inwieweit die Umweltberatung quantitativ und qualitativ reduziert werden kann?	
69	69.6.2	Standardreduzierung	Wurde untersucht, ob bei der Aufgabenwahrnehmung als untere Naturschutzbehörde weniger Gutachten, Analysen und Proben vorgenommen werden könnten?	

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
Bitte beachten Sie unbedingt auch die Prüffragen im Tabellenblatt "Zuordnung übergreifend". In diesen übergreifenden Hinweisen sind Prüfaspekte enthalten, die sich nicht ausschließlich auf eine oder vereinzelte Aufgabengruppen beziehen, sondern grundsätzlich auf alle Aufgabengruppen bezogen angewendet werden können. Dabei handelt es sich beispielsweise um Fragen zu Möglichkeiten der inter-/ intrakommunalen Zusammenarbeit, Standardreduzierungen, Prüfung von Personalausstattungen etc. Die dort benannten Hinweise sind daher ebenso von allen Organisationseinheiten zu prüfen, wie die aufgabenspezifischen in den AHG 1-8.				
70 ABFALLBESEITIGUNG und STADTREINIGUNG				
70 70.1 Gebühren Straßenreinigung				
70	70.1.1	Gebühren Straßenreinigung	Wurde überprüft, ob die Beiträge der Anwohner für die zu reinigenden Straßen dem tatsächlichen Aufwand entsprechen?	
70 70.2 Interkommunale Zusammenarbeit				
70	70.2.1	Interkommunale Zusammenarbeit	Wurden bei der Erstellung und Bearbeitung von Gebührenbescheiden alle Möglichkeiten zur Interkommunalen Zusammenarbeit überprüft?	
70 70.3 Privatisierung / Aufgabe von Leistungen				
70	70.3.1	Privatisierung / Aufgabe von Leistungen	Wurde überprüft, ob öffentliche Bedürfnisanstalten der Stadt an private Betreiber abgegeben oder aufgegeben werden können?	
70 70.4 Stadtreinigung				
70	70.4.1	Stadtreinigung	Wurden alle Möglichkeiten zur Rückübertragung von Reinigungsaufgaben der Straßenreinigungspflicht auf die Anlieger geprüft?	
70 70.5 Standardreduzierung				
70	70.5.1	Standardreduzierung	Wurde geprüft, ob durch Veränderungen in der Reinigungsintensität und den Reinigungsintervallen Einsparungen bei der Stadtreinigung möglich sind?	
70	70.5.2	Standardreduzierung	Wurde geprüft, inwieweit durch eine Standardabsenkung der kommunale Anteil an den zu leistenden Straßenreinigungskosten gesenkt werden kann?	

AG	Nr.	Konsolidierungs- bereich	Prüffragen	Hinweise zu möglichen Gestaltungsoptionen - soweit erkennbar und zweckmäßig
Bitte beachten Sie unbedingt auch die Prüffragen im Tabellenblatt "Zuordnung übergreifend". In diesen übergreifenden Hinweisen sind Prüfaspkte enthalten, die sich nicht ausschließlich auf eine oder vereinzelte Aufgabengruppen beziehen, sondern grundsätzlich auf alle Aufgabengruppen bezogen angewendet werden können. Dabei handelt es sich beispielsweise um Fragen zu Möglichkeiten der inter-/ intrakommunalen Zusammenarbeit, Standardreduzierungen, Prüfung von Personalausstattungen etc. Die dort benannten Hinweise sind daher ebenso von allen Organisationseinheiten zu prüfen, wie die aufgabenspezifischen in den AHG 1-8.				
80 WIRTSCHAFTS- und VERKEHRSFÖRDERUNG				
80	80.1	Einnahmeerhöhung		
80	80.1.1	Einnahmeerhöhung	Können die Fahrpreise für die Nutzung des ÖPNV zielgruppenspezifisch erhöht werden?	
80	80.2	Fuhrpark		
80	80.2.1	Fuhrpark	Hat eine Überprüfung der Abschreibungszeiten bei Fahrzeugen des ÖPNV stattgefunden und können diese verlängert werden?	
80	80.3	Interkommunale Zusammenarbeit		
80	80.3.1	Interkommunale Zusammenarbeit	Wurde eine Interkommunale Zusammenarbeit mit Kommunen der Region bei Marketing und Tourismusförderung geprüft?	
80	80.4	Sponsoring		
80	80.4.1	Sponsoring	Wurde das Sponsoring für Veranstaltungen der Wirtschaftsförderung überprüft?	
80	80.5	Standardreduzierung		
80	80.5.1	Standardreduzierung	Wurde das Leistungsniveau des ÖPNV überprüft und können durch Standardreduzierungen (insbesondere in schwachen Verkehrszeiten) Kosten gespart werden?	
80	80.6	Werbung		
80	80.6.1	Werbung	Können durch eine Ausweitung der Werbeflächen auf Fahrzeugen des ÖPNV die Werbeeinnahmen verbessert werden?	
82 FORSTEN				
82	82.1	Holzeinschlag		
82	82.1.1	Holzeinschlag	Ist sichergestellt, dass der Umfang des Holzeinschlages unter Berücksichtigung der Marktsituation, realisiert wird?	
82	82.2	kommunale Jagdflächen		
82	82.2.1	kommunale Jagdflächen	Wurden alle Möglichkeiten zur Verpachtung der kommunalen Jagdflächen geprüft?	
82	82.3	Waldverkauf		
82	82.3.1	Waldverkauf	Wurde ein möglicher Verkauf von Wald- und Forstflächen überprüft?	Streubesitz
82	82.3.2	Waldverkauf	Wurde geprüft, welche Kosteneinsparungen sich durch die Verlagerung der kommunalen Forsten auf die Forsten Dritter (Bundesland, kirchlich) ergeben können?	